Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

29. Januar 1979
Jg. 7 Nr. 5

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Carters „eiserner" Budgetentwurf für 1980

z.gek. Im Budgetentwurf Carters für das Fiskaljahr 1980 wird die Neuverschuldung des Bundes bei den Banken auf knapp 30 Milliarden beschränkt, um die Schuldendienstzahlungen (zwischen 57 und 67 Milliarden $, je nach Entwicklung der Zinssätze) flüssig zu halten und mit der Steuerausplünderung nachzukommen. Die Einnahmen des Bundes aus der Lohn- und Einkommenssteuer sollen zwischen 1978 und 1980 um 25%, die Sozialversicherungssteuern und -abgaben (die Teil des Staatsbudgets sind) um 31% gesteigert werden. – Das Budget sieht eine Steigerung der Militärausgaben um gut 10% auf 126 Mrd. $ vor, Carters „erste Priorität". Der Druck auf die verarmten Arbeitermassen und die Farmer wird planmäßig verschärft: gestrichen werden sollen warme Mahlzeiten für Schulkinder, oder die 225 $ Sterbegeld der Rentenversicherung.

Sozialimperialistischer Kriegshaushalt für 1979

z.pek. Lauthals preisen die Sozialimperialisten ihren Wirtschaftsplan für 1979 als „Beweis ihrer Friedenspolitik". Das sei insbesondere an der hohen Zuwachsrate für die Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie zu erkennen, wie auch daran, daß für die Militärausgaben keine Steigerung ausgewiesen ist. Der Betrug ist leicht zu durchschauen. Schon in den letzten Jahren wurde das im Plan ausgewiesene Investitionsvolumen für die Nahrungsmittel- und Konsumgüterindustrie nie voll ausgeschöpft und zu einem beträchtlichen Teil für die ständig steigenden Ausgaben für die Kriegsrüstung abgezweigt. Mit Mangel an Schuhen, Textilien, Fleisch und Gemüse sollen die sowjetischen Volksmassen für die Aggression gegen die Dritte Welt zahlen.

Internationale Niederlagen der „deutschen Afrika-Politik"

z.anb. Ende letzter Woche hat die UNO-Generalversammlung den Sicherheitsrat aufgefordert, konkrete Maßnahmen einzuleiten, um ein Verbot von Investitionen sowie ein Handelsembargo gegen die südafrikanischen Rassisten in die Tat umzusetzen. Eine entsprechende Resolution ist mit

Internationale Niederlagen der „deutschen Afrika-Politik"

z.anb. Ende letzter Woche hat die UNO-Generalversammlung den Sicherheitsrat aufgefordert, konkrete Maßnahmen einzuleiten, um ein Verbot von Investitionen sowie ein Handelsembargo gegen die südafrikanischen Rassisten in die Tat umzusetzen. Eine entsprechende Resolution ist mit 96 Ja-Stimmen bei 23 Enthaltungen angenommen worden. Dagegen gestimmt haben Frankreich, USA, Großbritannien, Israel und die westdeutschen Imperialisten. Am 12. Januar haben die Vertreter der Regierungen von mehr als 20 afrikanischen Staaten in Arusha, Tanzania, die Tagung der „Friedrich-Ebert-Stiftung" unter dem Leitgedanken „Perspektiven afrikanisch-deutscher Zusammenarbeit" in ein Tribunal gegen die imperialistische Politik der Bundesregierung verwandelt. „Viele deutsche Teilnehmer waren überrascht über die Härte" des Angriffs, so die „Frankfurter Allgemeine".

Kaffeeproduzenten setzen Fonds gegen Preissenkungen ein

z.elb. Die lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder haben große Mengen Kaffee auf dem New Yorker Markt aufgekauft. Damit versuchen sie, den Imperialisten die Waffe der Kaffeehortung aus der Hand zu schlagen. Vor zwei Monaten richteten sie einen Fonds in Höhe von 140 Mio. $ zur Stützung des Kaffeepreises ein, um die Konkurrenz untereinander beim Verkauf des Kaffees zu bekämpfen. Dieser Fonds bereitet den Imperialisten heftige Sorgen: Der Preis des Kaffees, den sie im Dezember 78 auf durchschnittlich 1,31 $ pro Pfund drücken konnten, stieg im Januar durch den Ankauf mit Hilfe des Fonds bereits um 3 Cents an. Auf der Konferenz der Internationalen Kaffeeorganisation im September 1978 war es den Imperialisten gelungen, die Forderung der kaffeeproduzierenden Länder nach Wiedereinführung der Exportquoten zurückzuschlagen (s. KVZ 41/78).

Machtvolle Streikbewegung gegen die Lohnraubpolitik

Niedrigstlöhne im öffentlichen Dienst Britanniens / Streik der LKW-Fahrer dauert an / Wüste Hetze

z.hef.London. Mit Streiks und Bummelstreiks legen Arbeiter der lokalen Behörden und der Krankenhäuser sowie Krankenschwestern große Teile des britischen Staatsapparats lahm. Am letzten Montag traten 1,5 Mio. in einen eintägigen Warnstreik. Die vier beteiligten Gewerkschaften organisieren jetzt „selektive Streiks". Die Müllarbeiter und Straßenkehrer in verschiedenen Bezirken streiken, ebenso Wasserwerksarbeiter, Schulbusfahrer, Hausmeister von Schulen und Universitäten. Im Londoner Stadtteil Harringey mußte die Behörde die Schulen für 37000 Schüler schließen. Die Gewerkschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (National Union of Public Employees, NUPE) hat ihre 706000 Mitglieder außer zu Streikaktionen zu einem landesweiten Bummelstreik aufgerufen. Telefonistinnen bedienen nicht mehr alle Leitungen. Die Operationsschwestern in mehr und mehr Krankenhäusern weigern sich, bei anderen als Notfalloperationen zu arbeiten. In Cumbria behandeln alle Krankenhäuser nur noch Notfälle. Die Krankenwagenfahrer rücken vielerorts nur noch bei Notfällen aus.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden von Angestellten und Beamten unterstützt, deren Tarifverhandlungen noch nicht laufen. Die Mitglieder der Gewerkschaft der Angestellten bei lokalen Behörden (NALGO) beteiligten sich in weiten Teilen des Landes, z.B. London, an dem Warnstreik, ebenso die Mitglieder der Lehrergewerkschaft. Streikpostenketten vor Schulen, Krankenhäusern und Verwaltungsgebäuden werden nicht überschritten. Die Vereinigung der Oberlehrer und Schulrektoren forderte ihre Mitglieder auf, Schulen nicht mit den eigenen Schlüsseln aufzuschließen, wenn die Hausmeister streiken. Die Lohnbewegung reicht weit. 40000 Mitglieder des Instituts der Regierungsbeamten nehmen keinerlei Instruktionen mehr an, die nicht schriftlich gegeben werden, und verkehren im Dienstverkehr nur noch per Brief. Die Beamten der Kriegsschiff-Planungsbehörde erzeugen so bereits „beträchtliche Störungen".

aufzuschließen, wenn die Hausmeister streiken. Die Lohnbewegung reicht weit. 40000 Mitglieder des Instituts der Regierungsbeamten nehmen keinerlei Instruktionen mehr an, die nicht schriftlich gegeben werden, und verkehren im Dienstverkehr nur noch per Brief. Die Beamten der Kriegsschiff-Planungsbehörde erzeugen so bereits „beträchtliche Störungen".

Zehntausende demonstrierten am Tag des Warnstreiks durch London und andere Städte. Nahezu die Hälfte der Demonstranten waren Frauen. Die Mitgliedschaft der NUPE besteht mehrheitlich aus Frauen, überwiegend Teilzeitarbeiterinnen: Schulköchinnen, Küchenhelferinnen, Putzfrauen. 28 Pfund netto (105 DM) für 36 Stunden als Schulköchin sind normal. „Wir haben viel zu lange gewartet", war von vielen auf der Demonstration zu hören. Die Bourgeoisie senkte in den letzten vier Jahren die Löhne im öffentlichen Dienst noch mehr als in anderen Bereichen. Der durchschnittliche Wochenlohn eines männlichen Arbeiters bei den Gemeindeverwaltungen beträgt 66,70 Pfund brutto, in den Krankenhäusern 67,70 brutto, einschließlich Überstunden und Zuschlägen. Die Durchschnittszahl für Britannien liegt knapp über 90 Pfund. Der Grundlohn der Gemeindearbeiter beträgt dabei nur 42,40 Pfund brutto – und die Teilzeitarbeiterinnen machen keine Überstunden und erhalten keine Zuschläge, sondern nur anteilsmäßig diesen Grundlohn. Im Durchschnitt verdienen 5,6% der Arbeiter weniger als 50 Pfund brutto (ca. 190 DM), bei den Gemeindearbeitern sind es 13,1%, bei den Gemeindearbeiterinnen, die Vollzeit arbeiten, 70,1%.

Knapp 60% der Frauen zwischen 16 und 60 Jahren verkaufen in Britannien ihre Arbeitskraft, viele zu ähnlichen Bedingungen. Das muß man im Kopf haben, wenn der Spiegel oder das ZDF berichten, daß die „Hausfrauen genug haben".

Fortsetzung Seite 2

Das kampucheanische Volk hat den langandauernden Volkskrieg begonnen



Es ist den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nicht gelungen, die Revolutionäre Armee Kampucheas zu schlagen und das kampucheanische Volk von seiner Führung, der Kommunistischen Partei Kampuchea, zu trennen. Nur mühsam können die Invasoren in den Filmen über angebliche Siegesfeiern verbergen, daß nur kleine Gruppen die Kulisse für den kläglichen Triumph abgeben. Die Besatzer haben die Städte, aber sie haben nicht das Land und vor allem nicht das Volk Kampucheas. Aus allen Teilen des Landes werden Angriffe auf die Nachschublinien und Stützpunkte der Aggressoren gemeldet. Das kampucheanische Volk hat sich auf den Volkskrieg gut vorbereitet. Das zeigen die Bilder.



Es ist den sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren nicht gelungen, die Revolutionäre Armee Kampucheas zu schlagen und das kampucheanische Volk von seiner Führung, der Kommunistischen Partei Kampuchea, zu trennen. Nur mühsam können die Invasoren in den Filmen über angebliche Siegesfeiern verbergen, daß nur kleine Gruppen die Kulisse für den kläglichen Triumph abgeben. Die Besatzer haben die Städte, aber sie haben nicht das Land und vor allem nicht das Volk Kampucheas. Aus allen Teilen des Landes werden Angriffe auf die Nachschublinien und Stützpunkte der Aggressoren gemeldet. Das kampucheanische Volk hat sich auf den Volkskrieg gut vorbereitet. Das zeigen die Bilder.

Bundeshaushalt 1979 verabschiedet: verschärfte Gangart der Expansion

Bundesbank: 15,5 Mrd. DM aus dem Verkehr gezogen / Bundesregierung: Erhöhung der Zinssätze auf Bundesanleihen

z.brp. In der vergangenen Woche, *vor* der Debatte des Bundeshaushaltes, gab das Bundesfinanzministerium die Erhöhung der Zinssätze für Bundesschatzbriefe und Finanzierungsschätze des Bundes zum Monatsende bekannt. Am Mittwoch darauf erhöhten die ersten Banken die Zinssätze auf Bundesanleihen um 0,5%. Ein Coup Matthöfers, um die Neuverschuldung des Bundes um 31,24 Mrd. DM bei den Banken plazieren zu können? Diese Maßnahme ist Ausdruck der verschärften Gangart des Finanzkapitals, die die Bundesbank in den letzten zwei Monaten eingeleitet hat und die die Bundesregierung zu stützen und durchzusetzen hat: Bereits im November erhöhte die Bundesbank die Mindestreserven um 4 Mrd. DM, für 3,5 Mrd. DM wurden Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere aus dem Verkehr gezogen, zum Jahresanfang wurden die Rediskontkontingente um 5 Mrd. DM gekürzt und der Lombardsatz von 3,5% auf 4% erhöht, für Februar ist eine weitere Erhöhung der Mindestreservesätze um 5% vorgesehen: 15,5 Mrd. DM, die als Zahlungsmittel aus dem Verkehr gezogen werden. Die Folge ist sowohl eine Erhöhung der Zinssätze auf Darlehen und Kredite als auch eine Einschränkung bei der Kreditvergabe. Bereits in der vorigen Woche hatte sich der neue Lombardsatz auf alle Tagessätze durchgesetzt.

Grund für diese „restriktive Geldmengenpolitik" ist, die Ausgangsbedingungen für das Monopolkapital bei der im letzten Jahr verschärften Kapitalexportschlacht zu verbessern, denn, so der Wirtschaftsminister Lambsdorff: „Die unübersehbaren Risiken, die von der weltwirtschaftlichen Entwicklung und den Wechselkursen drohten, seien jedoch nicht zu übersehen". Er hat *unübersehbar* seine Lektion gelernt: Für die weitere Konzentration des Kapitals müssen kleinere Kapitale ruiniert werden. Diesem Konzept trägt die Bundesregierung Rechnung: Der Haushaltsplanentwurf für 1979 sah Ausgaben in Höhe von 204,6 Mrd. DM vor, er wurde in den Ausschußsitzungen um fast eine Milliarde DM auf 203,86 Mrd. DM gekürzt. Das Wirtschaftsministerium (Entwurf 5112,6 Mio. DM, jetzt 5137,25 Mio. DM), das Ehrenberg-Ministerium (Entwurf 46487 Mio. DM, jetzt 47199,43 Mio. DM) und das Verteidigungsministerium haben die höchsten Ausgaben. *Darüber* haben die bürgerlichen Parteien kein Schattenboxen ausgetragen. Im Gegenteil, dem Wirtschaftsministerium wurde noch ein Zuschlag von 1 Mrd. DM zusätzlich erteilt: damit soll im Rahmen der „regionalen Investitionsförderung" über 10-prozentige Investitionszulagen die Rationalisierung in der Werft- und Stahlindustrie finanziert werden. Um die Kosten für das konstante Kapital gering zu halten, in der Erforschung neuer Wege in der Rationalisierung mit computergesteuerte Großanlagen gegenüber der amerikanischen und japanischen Konkurrenz aufzuholen – „bei den Elektrowerten setzte sich die Abwärtsbewegung ... fort" (Handelsblatt, 26.1.79) – sind die Ausgaben der Ministerien Verkehr, Städtebau/Raumordnung und Forschung gegenüber dem Etatentwurf weiter erhöht worden.

Das forcierte Expansionsprogramm der Finanzbourgeoisie ist mit der Verabschiedung im Bundestag gegenüber den Volksmassen längst nicht durchgesetzt. Der Streik der Stahlarbeiter hat ihr einen Strich durch die Rechnung gemacht, und wenn auch der Metallabschluß „maßgeschneidert" (Matthöfer) Lohnsenkung ist, die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst ist nicht eingesackt, und alle Triebkräfte gegen die dauernden Lohnsenkung bleiben bestehen. Der BDI-Vorsitzende Esser verlangt die Durchsetzung von noch niedrigeren Lohnabschlüssen als 1978. Das ist vor allem an die Reformisten und christlichen Reaktionäre gerichtet. Sie sollen die Arbeiterklasse tief spalten, die Arbeiter von den Volksmassen isolieren, die Jugend gegen die erwachsenen Arbeiter hetzen, die Arbeiter gegen die Rentner, die Arbeitslosen gegen die in Arbeit stehenden formieren. *Alle* Regierungsmaßnahmen wirken bereits *so*. Die Steuerreform plus Mehrwertsteuererhöhung. Das 21. Rentenanpassungsgesetz und das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz. Das erhöhte Kindergeld und die Neufassung der Jugendhilfe und des elterlichen Sorgerechts. Die „zumutbare" Arbeit und die ABM-Maßnahmen. Und diese Maßnahmen sollen zur Steigerung der Ausbeutung forciert werden. Neben der Neufassung der Arbeitszeitordnung soll die Nacht- und Schichtarbeit, in die bisher schon 8,6 Millionen Arbeiter gezwungen wurden, über die „Gleichbehandlung der Frau" ausgeweitet werden. Die Teilzeitarbeit bei voller Vernutzung der Arbeitskraft und halbem Lohn soll über den „Mutterschaftsurlaub" durchgesetzt werden. Von „Steuervereinfachung" (Matthöfer) oder Steuererleichterungen durch weitere Bereinigung der Progressionszone (CDU) kann keine Rede sein: Über die enorme Staatsverschuldung sichert sich das Finanzkapital diese Einnahmequelle aus Lohn; Matthöfers Beschwörung: „Bis 1980 keine Steueränderung" heißt, ab dann wird die Besteuerung auf den Lohn noch stärker werden.

Allerdings, um diese Strategie durchzusetzen, fehlt das richtige Konzept. Die SPD muß bluten. Kanzler Schmidt an die CDU/CSU gewandt: „Ich finde, es war gut und richtig, daß die Bundesregierung dem *allzu frühen* Drängen und *allzu durchsichtigen* Drängen nach Einmischung in diesen Arbeitskonflikt nicht nachgegeben hat. Es war gut." (Bundestagsdebatte) Und Kohls „Generalabrechnung" mit der Regierung ließ so sehr das eigene Konzept gegen die Arbeiterbewegung missen, die Munition war so schwach, daß der Kanzler eine eigene „Analyse" der Lage lieber bleiben ließ.

Machtvolle Streikbewegung gegen die Lohnraubpolitik

Fortsetzung von Seite 1

60 Pfund Mindestlohn ist die Forderung aller vier Gewerkschaften. Ende 1974 unterzeichneten die Gewerkschaftsführungen mit der frisch ins Amt gekommenen Labour-Regierung ein Abkommen, nach dem der Grundlohn im öffentlichen Dienst ⅔ des Durchschnittslohns der Arbeiter in allen Bereichen (einschließlich Überstunden etc.) ausmachen sollte. Damals lag dieser Durchschnitt bei 45 Pfund, für den Grundlohn im öffentlichen Dienst wurden 30 Pfund durchgesetzt. Inzwischen liegt der Durchschnittslohn über 90 Pfund, der Grundlohn im öffentlichen Dienst bei 42,40 Pfund. Daß die Gewerkschaftsführer vorhaben, die 60-Pfund-Forderung durchzusetzen, glaubt niemand. Bei den Wasserwerks arbeitern haben sie die Annahme eines Angebots von 14% empfohlen. Am Freitag haben die Wasserwerksarbeiter das Angebot abgelehnt. Die Beziehung der Forderung auf die Löhne der ,,anderen'' Arbeiter soll Spaltungsmöglichkeiten öffnen. Die Gewerkschaften müßten wieder sozialistisch werden, sagte ein Labour-Abgeordneter nach der Demonstration im Parlamentsgebäude zu Arbeitern, die dort Abgeordneten ihre Sache ,,vortragen'' sollten. Die besser verdienenden Gruppen dürften nicht nur an sich denken, sondern müßten etwas für die weniger gut verdienenden übrig lassen.

Diese Hetze richtet sich direkt gegen die gleichzeitig streikenden LKW-Fahrer und Lokführer. Der Streik der LKW-Fahrer, die weiterhin alle Häfen und Frachthöfe weitgehend blockieren, soll jetzt zerknüppelt werden. Am Freitag urteilte ein Londoner High Court, daß Streikposten gegen Kapitalisten, gegen die der Streik nicht direkt gerichtet ist, ungesetzlich seien. Das Verfahren war durch eine einstweilige Anordnung der Keksfabrik United Biscuits gegen einen Vertrauensmann bewirkt worden. Der Vorstandsvorsitzende von United Biscuits ist ,,enger Berater'' der Oppositionsführerin Thatcher.

Am Donnerstag gab der Staatsrundfunk BBC in den Nachrichten zu, daß die Einschüchterungs- und Spaltungs anstrengungen mit Horrorgeschichten über Kurzarbeit für Millionen und leere Läden gescheitert sind. ,,Eine Million Kurzarbeiter am Ende nächster Woche, sagte Mr. Healey, ... und der CBI sprach von Hunderttausenden. *Die Vorhersagen erwiesen sich als befremdlich falsch.* Weniger als 200000 Kurzarbeiter wird es Anfang der Woche geben.'' ,,Und während die Öffentlichkeit sich auf die *vergleichsweise geringen Verknappungen* in den Geschäften konzentriert, ist es die Industrie, die auf lange Sicht der große Verlierer ist.''

Weder konnten die LKW-Fahrer isoliert und der Streik zerkrümelt werden – 2000 Fahrer in Devon und Cornwall beschlossen zusätzlich in den Streik zu treten –, noch ist das Ziel, die anderen Teile der Arbeiterklasse vor Kampfaktionen zu schrecken, gelungen. Die Stahlarbeitergewerkschaft hat ein 5%-Angebot des Staatsmonopols abgelehnt, die Bergarbeitergewerkschaft will in der nächsten Woche Versammlungen über einen möglichen Überstundenstreik gegen ein 3,5%-Angebot der Kohlebehörde abhalten.

Die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst bedroht ernsthaft die Lohnsenkung, die den britischen Imperialisten in den letzten vier Jahren gelungen ist, wozu die Abspaltung eines Niedrigstlohn erhaltenden Teils der Arbeiterklasse ein wesentliches Mittel war. Zustimmend zitiert der ,,Daily Mirror'' am Freitag die New York Times: ,,Die sehr real vorhandenen momentanen Schwierigkeiten Britanniens zeigen den *Erfolg* der bisherigen Anstrengungen der Labour-Party für freiwillige Beschränkungen bei inflationären Lohn abschlüssen, nicht ihr Scheitern... Mehr als ein Beobachter stellte fest: hätte eine konservative Regierung versucht, die harten Opfer durchzusetzen, die Labour von dem gewerkschaftlichen Briten erlangte, könnte das Land eine bewaffnete Revolution erlebt haben.'' Aber der Nutzen der Labour-Regierung beginnt zu schwinden. Die Schatzkanzlei stellt im Dezember fest: ,,Während der Lohnrunde 1976/77 stiegen die Lohnstückkosten in unserem Land etwas schneller als in Westdeutschland, aber langsamer als in den meisten anderen Ländern – deshalb behielt das Vereinigte Königreich im wesentlichen seine Konkurrenzfähigkeit. In den letzten 12 Monaten jedoch... sind die Kosten schneller als in jedem der 5 anderen (EG-)Ländern gestiegen.''

Der Unterstützung durch die westdeutschen Sozialdemokraten gegen die Arbeiter ist sich Callaghan sicher. Schmidt hat auf seiner Parteitagsrede zu den Europawahlen nicht umsonst die ,,Orientierung an gemeinsamen Zielen'' gefordert, ,,insbesondere am gemeinsamen Ziel der Vollbeschäftigung und Stabilität''. Der Spiegel gibt die Linie aus. In derselben Ausgabe wird früheren Kolonialverbrechen Britanniens Beifall gespendet und Dahrendorf zitiert, der für heute ,,eine Art Anarchie'' feststellt. Dankend wird die ideologische Schützenhilfe gegen die Arbeiterklasse angenommen. Die BBC-Fernsehnachrichten berichten über diese Artikel: ,,Das Empire, Tee, Kricket, Ascot und Fuchsjagden erhalten den üblichen Anteil der Aufmerksamkeit, und das nicht überraschende Ergebnis ist, daß die Gewerkschaften die Wirtschaft abgeschlachtet haben, indem sie nicht so produktiv sind wie die westdeutschen''.

z.ere. **Energieverbrauch in Westdeutschland.** Neben positiven Elementen gäbe es gravierende Belastungsfaktoren für die konjunkturelle Entwicklung des Jahres 1979, stellt der Bundesverband der Deutschen Industrie besorgt fest. Besonders die ,,harten Arbeitskämpfe Ende des letzten Jahres'' hätten das ,,wirtschaftliche und soziale Klima erheblich belastet, ganz abgesehen von den ökonomischen Konsequenzen''. Die von der OPEC beschlossene Erhöhung der Mineralölpreise habe zudem die ,,Ruhe abrupt dahinschwinden lassen''. In puncto Versorgung mit energietragenden Rohstoffen unternehmen die BRD-Imperialisten die größten Anstrengungen, um ihre strategischen Interessen verfolgen zu können. Mit Nachdruck arbeiten sie an Energieprogrammen, die den Energiebedarf ihrer kapitalistischen Konkurrenzschlacht decken können. Mit dem am 15. Oktober letzten Jahres verabschiedeten neuen Energieprogramm schuf die Bundesregierung dafür weitere Voraussetzungen. Vorgesehen sind Steuervergünstigungen für die Kapitalisten, die ihre Energieversorgung auf Kohle umstellen, ebenso wie die Freigabe des Preises für neuentdecktes Erdgas. Der Anteil des Rohöls an den Gesamtimporten ist zum ersten Mal seit Beginn der siebziger Jahre nicht weiter gestiegen. Er sank von 21% in den letzten drei Jahren auf 18% in 1978. Den erforderlichen Ausgleich zu erzielen, einigten sich die europäischen Kapitalisten auf ein ,,gemeinsames Beihilfesystem für den Austausch von Kraftwerkskohle''. Aufgrund der überdurchschnittlichen Arbeiterausbeutung rechnen sich die BRD-Imperialisten besondere Konkurrenzvorteile bei diesem System aus. In den Zechen der EG liegt die Schichtleistung pro Mann unter Tage durchschnittlich bei 3,5 t. Die westdeutschen Kapitalisten pressen den Bergarbeitern 4,1 t ab.

beiterausbeutung'' rechnen sich die BRD-Imperialisten besondere Konkurrenzvorteile bei diesem System aus. In den Zechen der EG liegt die Schichtleistung pro Mann unter Tage durchschnittlich bei 3,5 t. Die westdeutschen Kapitalisten pressen den Bergarbeitern 4,1 t ab.

Vorteile gegenüber europäischer Konkurrenz. Auch wenn der BDI die Erhöhung der Mineralölpreise beklagt, so versprechen sich die Kapitalisten doch einen erheblichen ,,Preisvorteil'' aufgrund der ,,Dollarschwäche'' beim Ölimport. Statt der 255 DM, die die BRD-Imperialisten Anfang 1974 je Tonne zahlen mußten, werden die Preise von heute 205 DM über 215 und 230 auf 240 DM steigen. ,,Für die Bundesrepublik mit ihrer positiven Zahlungsbilanz werden daraus kaum Probleme entstehen'', ließ Axel Springer beruhigt verlauten. Gegenüber ihren europäischen Konkurrenten stützen sich die westdeutschen Bourgeois auf diesen Vorteil ihres Zahlungsbilanz überschusses.

Sicherung der Rohstoffbasis. Im Kampf um die maximale Kapitalverwertung, um den Höchstprofit, verfolgen besonders die beiden Supermächte die Sicherung der strategisch wichtigen Energieversorgung. Mit wirtschaftlicher Erpressung, Subversion, Intervention von und in Ländern der Dritten Welt versuchen sie, ihre gigantischen Raubzüge zu sichern und die Rohstoff ressourcen im eigenen Land zu erhalten. Die auf der OPEC-Sitzung in Abu Dhabi beschlossene Erhöhung der Rohölpreise ist ein geeignetes Instrument im Kampf gegen diese Bestien.

Stromerzeugung: BRD: 346; Japan 431; UdSSR: 1150 und USA: 2110 Mrd. kWh. **Steinkohleförderung:** BRD: 133; Japan 19; UdSSR: 712; USA 672 Mio. t. **Erdölförderung:** BRD: 9,12; Japan: 0,7; UdSSR: 520 und USA 393 Mio. t.

Kampf des iranischen Volkes vor Entscheidung

US-Imperialisten bereiten Intervention vor / ,,Wir stellen Volksarmee für den Kampf gegen die Armee auf''

z.scc. Der Schah selbst mußte bereits gehen. Ayatollah Khomeiny, den der Schah vor gut 15 Jahren als den Führer des Volkswiderstandes gegen die

rend sich der US-Flugzeugträger Constellation, die nach Saudi-Arabien verlegten US-Jagdstaffeln, die Tausende US-,,Berater'' im Iran und das hohe

Elemente, Savak-Kreaturen, die auf jede Gelegenheit zur Provokation lauern. Doch schnappt diese Falle ebensowenig zu wie andere. Der Versuch,

rer Mehrheit die nationalrevolutionäre Bewegung. Ihr weitverzweigtes und gut entwickeltes Organisationsnetz leistet dabei gute Dienste.

Kampf des iranischen Volkes vor Entscheidung

US-Imperialisten bereiten Intervention vor / ,,Wir stellen Volksarmee für den Kampf gegen die Armee auf''

z.scc. Der Schah selbst mußte bereits gehen. Ayatollah Khomeiny, den der Schah vor gut 15 Jahren als den Führer des Volkswiderstandes gegen die ,,Weiße Revolution'' aus dem Land vertrieben hatte, hat seine Rückkehr und die Errichtung der ,,Islamischen Republik Iran'' angekündigt. Aber freiwillig geben sich die Imperialisten nicht geschlagen: Fieberhaft bereiten sie die bewaffnete Intervention vor.

Carter – schweigt beredt. Mit einem Satz lediglich streifte er in seiner Regierungserklärung vergangene Woche die Lage im Iran. Umso lauter kläfft die gesamte imperialistische Pressemeute. Sie fordert Taten, und zwar bald. Auf Einmischung lauern auch die Sozialimperialisten, die mit der von ihr gelenkten Tudeh-Partei eine Karte in der Hinterhand zu haben glauben. Während sich der US-Flugzeugträger Constellation, die nach Saudi-Arabien verlegten US-Jagdstaffeln, die Tausende US-,,Berater'' im Iran und das hohe Offizierskorps der Schah-Armee bereithalten, während diese Armee sich rasch zersetzt, wachsende Teile der Soldaten offen auf die Seite des Volkes übergehen, die Mannschaften und Offiziere der Luftwaffenbasis Hamadan streiken, waltet die Regierung des Großgrundbesitzers Bakhtiar ihres einzigen Amtes: die Lage zu schaffen, die die Imperialisten zur Intervention brauchen.

Um der ,,verfassungsmäßigen Regierung'' zu Hilfe zu eilen, brauchen sie z.B. den ,,Beweis'', daß die ,,schweigende Mehrheit'' Bakhtiar unterstütze; also läßt der ,,Unterstützung'' demonstrieren, ein paar Tausend gekaufte Elemente, Savak-Kreaturen, die auf jede Gelegenheit zur Provokation lauern. Doch schnappt diese Falle ebensowenig zu wie andere. Der Versuch, durch Sperrung der Flughäfen ,,Ausschreitungen'' zu provozieren, ist gescheitert. Die Demonstration der Einsatzbereitschaft der 50000 Mann starken Elitetruppen hat ebensowenig die gewünschte Wirkung wie die Massaker, die blindwütige Truppenteile in den vergangenen Tagen erneut unter den Demonstranten angerichtet haben. Die Volksmassen lassen sich nicht einschüchtern, sie setzen ihre Kampfaktionen fort, und sie sind zu bewaffnetem Kampf gegen die Konterrevolution bereit.



Gemeinsam mit Soldaten feiern die Volksmassen die Vertreibung des Schah.

Zwei Tatsachen vor allem vereiteln, daß die Imperialisten ein totales Chaos anrichten, um ihre Interventionsgelegenheit zu haben: die hohe Disziplin und Organisiertheit des Kampfes und die Tatsache, daß die Lebensmittelversorgung der Volksmassen funktioniert.

In der Organisation des Kampfes spielen die Mullahs, die islamischen Geistlichen, eine wichtige Rolle: zum großen Teil aus dem Volk stammend und direkt von ihm bezahlt, nehmen sie als Lehrer und Rechtspfleger in zivilen Streitfällen traditionell zentrale Funktionen im Leben der Volksmassen wahr. Den Hass der Imperialisten zogen sie sich bereits zu, als diese vor 16 Jahren die bauernvernichtende ,,Landreform'' u.a. durch eine ,,Schulreform'' ergänzten zu dem einen Zweck: gerade die ländliche Jugend lückenlos zu kontrollieren und zu unterdrücken. So wie die Mullahs sich damals in die vorderste Front gegen die ,,Weiße Revolution'', den blutigen ,,Fortschritt'' der Unterwerfung des Landes unter das imperialistische Kapital, eingereiht hatten, so unterstützen sie heute in ihrer Mehrheit die nationalrevolutionäre Bewegung. Ihr weitverzweigtes und gut entwickeltes Organisationsnetz leistet dabei gute Dienste.

Ähnlich den Mullahs sind die Bazarhändler, die Masse der städtischen Kleinbourgeoisie, Zielscheibe giftigen imperialistischen Hohns über den ,,rückschrittlichen Moslem''. Auch das hat Methode. Wenn nämlich trotz der seit Monaten angespannten Lage, trotz der Liefersperren der Imperialisten, die Versorgung der Volksmassen mit dem Lebensnotwendigen *nicht* zusammengebrochen ist, ist das nicht zuletzt den Bazarhändlern geschuldet, den Vermittlern des Austausches zwischen Stadt und Land, die selten nur Händler und meist zugleich auch Handwerker sind. Entgegen allen Lügenmärchen backen nämlich z.B. die Bäcker weiter Brot, weil sie die Revolution unterstützen, weil die Bauern das Getreide und die streikenden Erdölarbeiter das notwendige Heizmaterial liefern. Durch die Konkurrenz ihrer Waren, mit denen sie die Märkte überschwemmen, haben die Imperialisten das einst technisch und kulturell hochentwickelte Gewerbe im Iran an den Rand des Ruins getrieben, die traditionellen Bande zwischen Stadt und Land zu zerreißen versucht. Bei den Konsumtionsmitteln ist der Iran heute bis zu 93% von imperialistischen Importen abhängig. Dennoch haben sie Handwerk und Handel nicht vollständig vernichten können. Die Bedingungen für den Sieg der nationaldemokratischen Revolution, für die Errichtung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit als unabdingbarer Grundlage der politischen Unabhängigkeit – das feste Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauernmassen und der städtischen Kleinbourgeoisie –, sind ausgezeichnet.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 5: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n: Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Über die Kraft des Volkes verfügen, bedeutet, über alle notwendigen revolutionären Kräfte verfügen





z.hev. Der Ostasiatische Verein e.V., eine hochexklusive Gesellschaft westdeutscher Geschäftemacher, stellt in seinem Bericht 1977/78 über die Situation in Kampuchea fest: ,,Satelliten aufnahmen bestätigen, daß überall im Land Fortschritte im Aufbau von Bewässerungssystemen erzielt worden sind.'' Und: ,,Die ersten positiven Erfolge der von einer Tonnenideologie getragenen Landwirtschaft scheinen sich eingestellt zu haben. Reichte vor 1976 der Reis für die Ernährung der Bevölkerung kaum aus, so konnten 1977 bereits Exporte getätigt werden.'' Es ist wieder etwas zu holen in Kampuchea, das ist die Feststellung dieses Vereins, und das ist auch die Triebkraft der sowjetisch-vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea.

Welche revolutionäre Energien der Befreiungskampf für den Wiederaufbau des Landes freisetzte, beschreibt Pol Pot in seiner Rede anläßlich des 17. Jahrestages der KP Kampucheas am 27. September 1977:

,,Während des Krieges waren die Genossenschaften die Quelle, die alle Einheiten versorgte: Die Streitkräfte, die Arbeiter, die Transportkräfte und andere. Nach dem Krieg ist es ihnen gelungen, die Produktion zu steigern, die leben zu können, mußten sie ihre Wohnung aufgeben, ihre Dörfer und Reisfelder verlassen, um sich als Fahrrad rikschafahrer oder zum Ziehen von Lastkähnen für einen armseligen Lohn zu verdingen. Heute können sie sich das ganze Jahr hindurch sattessen, d.h. ihr Lebensniveau hat das der Mittelbauern in der alten Gesellschaft erreicht. Darüberhinaus haben sie in ihren Genossenschaften Ärzte und Medikamente. Sie lernen auch lesen, schreiben und rechnen. Sie ziehen zunehmend Nutzen aus einer politischen Erziehung, die Tag für Tag ihr Gesichtsfeld erweitert und insbesondere sie sind es, die die Leitung und Verwaltung ihrer Genossenschaften sicherstellen. So sind sie die wahren Herren des Bodens, der Reisfelder, ihrer Ernte und der Früchte ihrer Arbeit geworden. Mit einem Wort, sie sind sich ihrer Stellung vollkommen bewußt geworden. Diese ehemaligen armen Bauern und unteren Mittelbauern bilden 75% der gesamten Bevölkerung. Diese ungeheure Kraft ist voller Macht, sowohl von ihrer Zahl her, vor allem aber, weil es eine revolutionäre Kraft ist.''



Lebensbedürfnisse des Volkes in voller Unabhängigkeit, Souveränität und im Vertrauen auf die eigene Kraft zu lösen und den am 17. April befreiten Neuansiedlern Hilfe und Unterstützung zu geben. ... Im Durchschnitt bestehen 50% der Genossenschaften aus 700 bis 1000 Familien und 20% aus 100 bis 300 Familien. ... Konkret sieht das so aus, daß alle jene, die in der alten Gesellschaft zur Klasse der armen Bauern und unteren Mittelbauern gehörten, mit dem kollektivistischen System und den Genossenschaften vollständig zufrieden sind und sie von ganzem Herzen unterstützen. Früher konnten sie und ihre Familien sich nur für zwei bis fünf Monate im Jahr über Wasser halten. Um für den Rest des Jahres über-

den Genossenschaften vollständig zufrieden sind und sie von ganzem Herzen unterstützen. Früher konnten sie und ihre Familien sich nur für zwei bis fünf Monate im Jahr über Wasser halten. Um für den Rest des Jahres über-

ehemaligen armen Bauern und unteren Mittelbauern bilden 75% der gesamten Bevölkerung. Diese ungeheure Kraft ist voller Macht, sowohl von ihrer Zahl her, vor allem aber, weil es eine revolutionäre Kraft ist.''

Dokumentation der Kommunistischen Volkszeitung, Preis 1 DM
Zu beziehen über Buchvertrieb Hager – Vertrieb revolutionärer Literatur, 6 Frankfurt, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, Tel. 0611/730234 oder jeden Verkäufer der Kommunistischen Volkszeitung –

Die Prinzipien der Blockfreiheit wahren!

z.anb. Derzeit findet in Maputo, Mozambique eine Sondersitzung des Koordinationsbüros der Blockfreienkonferenz statt. Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea nehmen daran teil. Die Tagung behandelt die aktuelle Lage im Befreiungskampf im südlichen Afrika. Mit Sicherheit werden die Regierungen der Länder der Dritten Welt ihre Unterstützung für das im langandauernden Volkskrieg gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression kämpfende Volk von Kampuchea erklären.

Jugoslawien. Die Zeitung ,,Vjestnik'' schreibt am 20.1.: ,,Vietnam hat die grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit über Bord geworfen und ist ein hegemonistischer Staat geworden, der kleine und schwache Nachbarstaaten demütigt... Keiner, der konsequent für die Politik der Nichteinmischung und Blockfreiheit eintritt, kann aus irgendeinem Grund die ausländische Aggression gegen einen freien und unabhängigen Staat rechtfertigen.''

Libyen/Jugoslawien. Zum Abschluß eines Besuchs des libyschen Sekretärs für Auswärtige Angelegenheiten in Jugoslawien wird in einem gemeinsamen Kommunique der beiden Außenministerien erklärt, ,,daß die Politik der Blockfreiheit sich als Faktor gezeigt hat, der für die Sicherheit und Stabilität in der Welt notwendig ist.'' Es wird gefordert, ,,daß die blockfreien Länder in ihren Beziehungen an den Prinzipien der Politik der Blockfreiheit festhalten, was zur Stärkung der Solidarität und Einheit der Bewegung beitragen werde.'' (zitiert nach Tanjug, 22.1.)

Kuwait. Der Delegierte Kuwaits vor dem Sicherheitsrat der UNO: ,,Die Sowjetunion greift Jugoslawien namentlich an, weil es bei seiner Stellungnahme zur Lage in Indochina die Prinzipien der Blockfreiheit verteidigt. So hat die Sowjetunion selbst enthüllt, was hinter ihrer Maske des ,natürlichen Verbündeten' der Bewegung der Blockfreien steckt. Jeder, der auch nur einen Funken Gerechtigkeit im Leibe hat, kann die hegemonistische Fratze der Sowjetunion daran erkennen, daß sie sich hartnäckig gegen die Bewegung der Blockfreien und gegen den Frieden und die Sicherheit in der Welt wendet.''

Ägypten/Sudan. Auf der zweiten gemeinsamen Sitzung der Parlamente Ägyptens und des Sudan am 20.1. in Khartum erklärt Präsident Sadat, Ägypten werde seine Wachsamkeit gegenüber den Intrigen des Sozialimperialismus gegen die arabische Nation verstärken. Der sudanesische Präsident Nimeiri ruft zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika auf: ,,Wir werden gemeinsam die Prinzipien der Blockfreienbewegung verteidigen und für die Freiheit der unterdrückten Völker kämpfen.''

Somalia. Der somalische Präsident Siad Barre am 20.1. auf einer Sondertagung der Sozialistischen Revolutionspartei Somalias: ,,Die skrupellose vietnamesische Aggression gegen Kambodscha bedroht die Stabilität einer legalen Regierung und damit den Weltfrieden. Deshalb muß die Welt ernsthaft dieses Ereignis prüfen und entsprechende Maßnahmen ergreifen.''

Thailand. Der thailändische Ministerpräsident auf einer Pressekonferenz in Bangkok am 23.1.: ,,Thailand wird die Regierung des Demokratischen Kambodscha mit Ministerpräsident Pol Pot an der Spitze weiter anerkennen. Die thailändischen Streitkräfte sind bereit, die Souveränität des Landes zu schützen.''

Singapur. Der Außenminister auf einer Konferenz über internationale Fragen am 19.1. in Kuala Lumpur: ,,Wir fünf ASEAN-Länder glauben Vietnam nicht mehr.'' Das Versprechen Pham Van Dongs bei seinem vorjährigen Besuch in den ASEAN-Ländern, keinerlei Aggressionsabsichten zu hegen, sei ,,nach der Aggression gegen Kambodscha auch oberflächlich nichts mehr wert''.

Rumänien. Die Zeitung ,,Era Socialista'' am 22.1.: ,,Die Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen ist ein äußerst großes Vergehen gegen die Souveränität und Unabhängigkeit der kleinen und mittleren Staaten. Aber kein Aggressor, so modern seine Waffen auch sein mögen, kann gegen ein Land etwas ausrichten, das entschieden seine Unabhängigkeit und sein Recht auf Selbstbestimmung verteidigt.''

,,DDR-Solidarität'' – Material und Menschen für die sowjetisch-vietnamesische Aggression

z.hku. Auf der Präsidiumstagung der erklärt. Der FDGB-Vorstand hat of-

,,DDR-Solidarität'' – Material und Menschen für die sowjetisch-vietnamesische Aggression

z.hku. Auf der Präsidiumstagung der revisionistischen ,,Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität'' – am 13. Januar in Hanoi zur Vertuschung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea abgehalten – haben sich Le Duan und seine kampucheanische Marionette überschwenglich für die ,,materielle und politisch-moralische Solidarität'' der DDR bedankt. Die DDR hat der vietnamesischen Revisionistenclique im vergangenen Jahr 80 Mio. Mark ,,Spenden'' zur Verfügung gestellt. Diese Mittel haben direkt der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea gedient, wie auch Zeitpunkt und Art ihrer Aufbringung direkt auf die Vorbereitung dieser Aggression abgestellt waren.

Im Frühherbst waren erst 23 Mio. Mark ,,Spenden'' an Vietnam übergeben. Das war zu wenig. Die großen Überschwemmungen, die Vietnam ernste Schwierigkeiten bereiteten, weil die revisionistische Führung die Aggression und nicht den planmäßigen Aufbau des Landes betrieb, kamen der neuen Bourgeoisie der DDR gerade recht. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes FDGB, Harry Tisch, übereichte 10 Mio. für die ,,Katastrophenopfer''; die Spenden eintreibung wurde forciert, und im Dezember rollten über den Luft- und Seeweg die Maschinenausrüstungen, Medikamente, Decken usw. nach Vietnam; Material, das in Wahrheit der herrschenden Revisionistenclique erleichtern sollte, die gesamte wehrfähige Bevölkerung in die Armee zu pressen, um das Demokratische Kampuchea zu überfallen. Am 3.1. dieses Jahres wurde in Ostberlin ein ,,Hilfsabkommen'' zwischen der DDR und Vietnam geschlossen. Über den Inhalt des Vertrages ist wenig bekannt geworden; die Bedingungen werden für Vietnam nicht günstig sein.

Dieses Abkommen habe seine ,,sichere materielle Grundlage in den Solidaritätsspenden vor allem der Werktätigen der DDR'', hat der Vertreter des ,,DDR-Solidaritätskomitees'' in Hanoi erklärt. Der FDGB-Vorstand hat offensichtlich einen Blankoscheck ausgestellt über die Höhe der ,,Spenden'', die er von den Arbeitern der DDR eintreiben will. Es sei schon gute Tradition, die ,,Spenden'' gleich mit dem Gewerkschaftsbeitrag abzuziehen und einzubehalten. Vor der Vertreibung der US-Imperialisten aus Vietnam haben die Revisionisten den Internationalismus der Arbeiter dazu benutzt, Vietnam Hilfen als Almosen und Mittel zur Abhängigkeit zu geben. Unter Erfindung eines ,,chinesischen Imperialis mus'' und einer ,,kampucheanischen Bedrohung'' verkehren sie die Sympa thie für den antiimperialistischen Kampf in ihr direktes Gegenteil. Weil ihr Lügengebilde nicht hält, wird es verkleistert mit geradezu päpstlicher Barmherzigkeit für die ,,Armen der Welt'', und mit den wildesten Greuelmärchen über das Demokratische Kampuchea, die ihnen täglich ein Klaus-Dieter Pflaum fürs Fernsehen liefert, ein würdiges Gegenstück zu Scholl-Latour, Kriegsberichterstatter des ZDF.

Teilweise auch aus ,,Spenden'' finanziert, läßt die DDR einen Schwarm von ,,Beratern'' eine große Zahl von Industrie- und Handwerksbetrieben sowie Ausbildungszentren in Vietnam hochziehen. Die Aufgabe dieser ,,Berater'' erläuterte Harry Tisch nach einer Inspektionsreise im Oktober 78: ,,(es würde) ... vor allem die Hilfe des FDGB bei der Übermittlung von Erfahrungen, besonders bei der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, bei der Organisierung des sozialistischen Wettbewerbs zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und bei der Erhöhung der Ordnung, Disziplin und Wachsamkeit benötigt. Gerade in diesem Sinn sind unsere Spezialisten tätig''. Genügen diese Experten nicht, dann gilt, was DDR-General Hoffmann in der vergangenen Woche angekündigt hat: die ,,sozialistischen Staaten'' müßten ,,ihren Beitrag auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet steigern''. (Neuer Weg, 2/79)

Der Weg der Sozialimperialisten zur ,,asiatischen Macht'': Plünderung, Raub, Erpressung, Meuchelmord

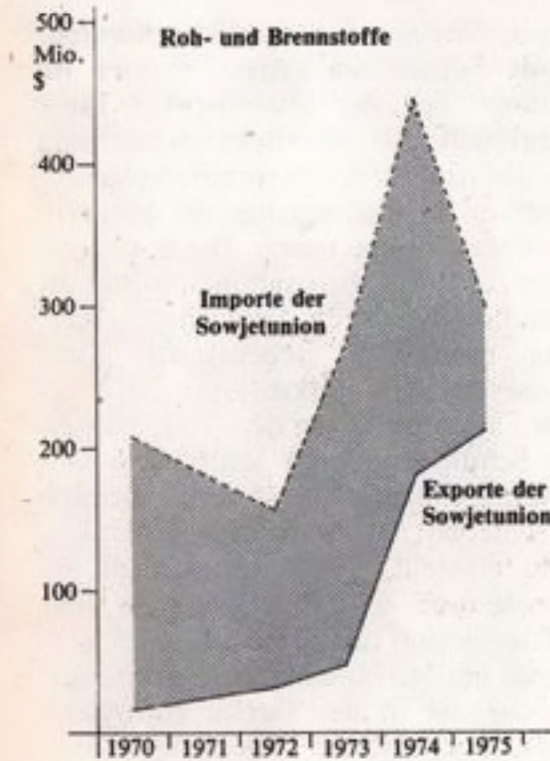
z.rua. ,,Die Entwicklung unserer Freundschaft ähnelt der Besteigung eines Gipfels: Je höher wir gelangen, desto weitere Horizonte eröffnen sich vor uns. Und man möchte sich immer höher erheben, damit sich immer neue, lockende Perspektiven eröffnen.'' – Breschnew 1973 bei seinem ,,Freund schaftsbesuch'' in Indien.

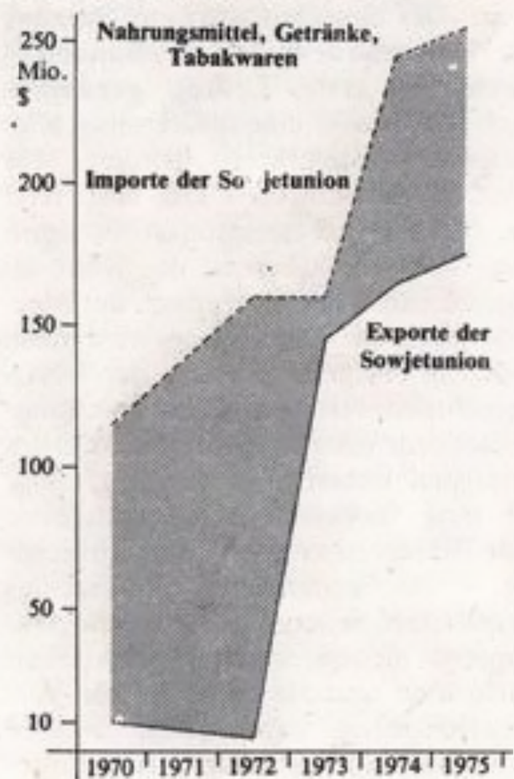
In *Indien* wurden seit 1955 mit sowjetischen Krediten 72 Industrie- und Kraftwerksanlagen errichtet. Indien mußte die Kredite mit Lieferungen von Jute, Baumwolle und Tee tilgen und machte dabei von 1955 bis 1972 Verluste von 2,2 Mrd. $. 1971 wurde in unmittelbarer Vorbereitung der indischen Aggression gegen Pakistan ein ,,Freundschafts- und Beistandspakt'' geschlossen. Als in Folge des Krieges Indien 1973 von einer großen Dürre betroffen war, lieferten die Sozialimperialisten ,,zinsfrei'' 2 Mio. t Weizen. Gleichzeitig zwangen sie Indien in einen 15-Jahres-Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit der Planungskommissionen und die Einbeziehung Indiens in die ,,Internationale Arbeitsteilung'' wurden festgelegt. Seither muß Indien 40% seiner Exporte in die UdSSR aus den mit deren ,,Hilfe'' erbauten Betrieben decken: Tonerde, Walzstahl, Textilien, Bagger, Elektrogeräte. 1976 werteten die Sozialimperialisten einseitig den Rubel gegenüber der Rupie um 30% auf. Als die Regierung Desai 1977 zur Lockerung der Abhängigkeit die 1973 geliehenen Weizen zurückerstatten wollte, verlangten die Sozialimperialisten amerikanischen Weizen statt indischen. Für ihre ,,Großzügigkeit'', 230000 t indischen Weizen abzunehmen, forderten sie 28000 t zusätzlich.

In *Afghanistan* wurden mit sowjetischer ,,Hilfe'' 118 Anlagen errichtet. Afghanistan bezieht ¾ seiner Maschinen, 80% Erdöl, 65% seines Metallbedarfs aus der UdSSR. Es muß liefern: 98% seines Erdgases, 90% Baumwolle, je 80% Wolle und Rosinen, 60% seiner Felle. Als die Regierung Daud sich durch Drosselung der Produktion der sozialimperialistischen Plünderung entziehen wollte, wurde sie im April 1978 durch einen Putsch gestürzt. Ende 1978 schloß die UdSSR mit Taraki einen ,,Freundschaftsvertrag'' und ein langfristiges Wirtschaftsabkommen.

Als *Nepal* sich 1973 weigerte, einen ,,Freundschaftsvertrag'' zu unterzeichnen, strichen die Sozialimperialisten vier bereits zugesagte Kredite.

Als beispielhaft für Südostasien preisen die Sozialimperialisten ihre Beziehungen zu dem ASEAN-Staat *Singapur*. 1965 wurde die erste Filiale der ,,Moskauer Volksbank'' für die Kreditvergabe in der Region eröffnet. 1975 folgte die gemischte Marinegesellschaft MARISSCO, über die die von der Fischereiflotte der UdSSR geraubten Fische verkauft werden. Nach wie vor propagieren die Sozialimperialisten lauthals ihr ,,System der kollektiven Sicherheit in Asien'', mit dem sie sich die Länder Asiens unterwerfen wollen.





z.dok. **Nach dem Lohnabschluß für die Hafenarbeiter Lohnsenkungen bei den Angestellten.** Bei den Lohntarifverhandlungen für die Hafenarbeiter saß den Kapitalisten die Angst im Nacken. Sie haben schnell relativ viel herausgerückt. Nach diesen Verhandlungen standen aber noch die Abschlüsse für die Angestellten der Hafenbetriebe aus. Bei der Bremer-Lagerhaus-Gesellschaft wurden für die Angestellten 4,8%, mindestens 100 DM,abgeschlossen. Die Angestellten, die auch im Außendienst tätig sind, bekommen zusätzlich umgerechnet die Zuschläge für Nacht- und Spätschichten. Dieses Ergebnis spaltet die Angestellten, und das war auch der Zweck. – Bei der Midgard haben die Kapitalisten die Formulierung über die Eingruppierung in die entsprechenden Berufsjahre so geändert, daß alle Angestellten erst ein Jahr später höhergruppiert werden. Monatlich bedeutet das zwischen 65 und 180 DM weniger. Als die Angestellten von dieser List erfuhren, wurde sofort eine außerordentliche Abteilungsversammlung gefordert. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Mitglied der Verhandlungskommission,wurde aufgefordert, dort Stellung zu nehmen. Er kam auch und hat auf der Abteilungsversammlung vertreten, daß es sich in dem alten Vertrag sowieso um einen ‚redaktionellen‘ also Formulierungsfehler gehandelt hat, den man jetzt erst endeckt hätte. Auf dieser Versammlung beschlossen die Angestellten, ganz langsam zu arbeiten, den Inventurtermin platzen zu lassen und sich im nächsten Jahr rechtzeitig auf die Lohnauseinandersetzung vorzubereiten. – Am 25. 1. wurde der Tarif für die Seeleute abgeschlossen. Für Seeleute, die länger als fünf Jahre fahren, sieht der Abschluß als monatlichen Pauschalbetrag 171 DM vor, für unter fünf Jahre 120 DM. Diese Pauschale wird auf die Gesamtheuer bezahlt, d.h. auf die Normalstunden plus Überstunden, wobei die Seeleute bis auf 330 Stunden monatlich kommen. Umgerechnet auf die sehr niedrige Grundheuer ergibt der Abschluß nur 80 bis 100 DM. Das Rentenalter wurde auf 55 Jahre gesenkt.

z.heg. **Seit Frühjahr 1978 ermitteln die Staatsanwaltschaften der BRD gegen ,,Rundfunkteilnehmer,** die Tonrundfunkempfänger gekauft hatten, welche neben den üblichen Wellenbereichen Lang-, Mittel- und Kurzwelle sowie dem UKW-Rundfunkbereich zusätzlich noch andere UKW-Bereiche aufwiesen“. Aktuell angewandt wird jetzt die seit 1971 in Kraft getretene Verfügung der Bundespost: ,,Allgemeine

chen Pauschalbetrag 171 DM vor, für unter fünf Jahre 120 DM. Diese Pauschale wird auf die Gesamtheuer bezahlt, d.h. auf die Normalstunden plus Überstunden, wobei die Seeleute bis auf 330 Stunden monatlich kommen. Umgerechnet auf die sehr niedrige Grundheuer ergibt der Abschluß nur 80 bis 100 DM. Das Rentenalter wurde auf 55 Jahre gesenkt.

z.heg. **Seit Frühjahr 1978 ermitteln die Staatsanwaltschaften der BRD gegen ,,Rundfunkteilnehmer,** die Tonrundfunkempfänger gekauft hatten, welche neben den üblichen Wellenbereichen Lang-, Mittel- und Kurzwelle sowie dem UKW-Rundfunkbereich zusätzlich noch andere UKW-Bereiche aufwiesen“. Aktuell angewandt wird jetzt die seit 1971 in Kraft getretene Verfügung der Bundespost: ,,Allgemeine

Ton- und Fernsehrundfunkgenehmigung“, in der steht: ,,Mit Ton- und Fernsehrundfunkempfängern dürfen nur Sendungen des Rundfunks empfangen werden, andere Sendungen (z.B. des Polizeifunks, des nicht öffentlich beweglichen Landfunks) dagegen nicht. Werden unbeabsichtigt andere Sendungen empfangen, so dürfen sie weder aufgezeichnet noch anderen mitgeteilt... werden.“ Dies ist ein Schlag ins Wasser – denn wie will man diejenigen, die diese Geräte produzieren, daran hindern, sie für ihre Zwecke zu nutzen, was nie ,,unbeabsichtigt“ geschieht. Zur Zeit laufen 2400 Verfahren, Strafbescheide von 150 bis 1200 DM, Hausdurchsuchungen. – Schaffung jederzeitiger Eingriffsmög lichkeiten also – bei Bedarf, und der wächst (Zitate nach: Funkschau Nr. 2/79).

z.gab. **Für die ,,Belebung der Wirt schaft“ sollen nach dem neuen Fünfjahresplan von Bund, Ländern und Gemeinden die Subventionen an die Kapitalisten und die 1977 angelaufenen Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden verstärkt werden.** Um 25,5% stiegen die Investitionszuweisungen an die Kapitalisten 1977, um weitere 10% 1978. Finanziert wird dieses Programm durch die steigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte einerseits und die enorme Steigerung der Steuerausplünderung der Volksmassen andererseits. Allein die Zinsen, die das Finanzkapital für die steigende Staatsverschuldung einstreicht, stiegen 1974 bis 1977 um 12,4 Mrd. auf 21,4 Mrd. DM und sollen bis 1981 auf rund 35 Mrd. DM – mit der stärksten Steigerungsrate aller Ausgaben der öffentlichen Haushalte – ansteigen. – Von den gesamten Einnahmen der öffentlichen Haushalte machte 1977 die Steuer allein 81,4 % aus, bis 1981 soll sie auf 384 Mrd. DM steigen – rund 84 % der Gesamteinnahmen. ,,Die Erhöhung der Einnahmen... verläuft für das erste Halbjahr 1978 sowohl beim Bund als auch bei den Ländern bisher günstiger als in den Planungen zunächst erwartet wurde, da vor allem die Steuereinnahmen die Planansätze übersteigen“ beschreibt das Statistische Bundesamt die Tatsache, daß die Bourgeoisie den ,,Reformertrag“ aus den Steuersenkungen bei der Lohn- und Einkommenssteuer durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Mineralölsteuer, der Kraftfahrzeug-, Tabak- und Branntweinsteuer längst wieder rückgängig gemacht hat.

Gesamtausgaben / -einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden (in Mrd. DM)

	1977	1978	1979	1980	1981
Gesamtausgaben	396,9	429,5	451,6	473,8	498,2
davon: Zuweisungen und Zuschüsse	156,2	172,4	180,5	190,0	199,2
Zinszahlung ans Finanzkapital ...	21,4	23,4	27,5	30,9	34,8
Gesamteinnahmen	352,3	372,4	397,5	426,9	458,7
davon: Steuereinnahmen	286,6	304,6	328,3	355,0	384,1

z.ham. **Matthöfer hat zum 1. Januar 1979 das ,,Referat Steuervereinfa chung“ eingerichtet.** Gerhard Juchum, früher persönlicher Referent des ehemaligen Staatssekretärs für Steuerwesen und jetzigen Ministers für Entwicklungshilfe, Offergeld, leitet den Stab. Eine ideale Verknüpfung von der Kapitalbeschaffung durch Steuerausplünderung = Finanzminister Matthöfer und dem Export der Beute durch ,,Entwicklungshilfe“ = Offergeld.

Ihre ,,Steuervereinfachung‘, die ,,für den Bürger einfachere und überschaubarere Steuergesetze bringen“ soll (Matthöfer im Handelsblatt, 27.12.78), hat für sie folgendes Ziel: Die beste ,,Steuervereinfachung“ ist es, den Kapitalisten die Steuern ganz zu streichen durch Gesetz – und wenn das nicht schnell genug zu bewerkstelligen ist, sie ihnen unter allerhand Vorwänden zu erlassen. Jetzt haben sie sich die Grundsteuer, die eigentlich schon im Zuge des ,,Steuerpakets“ fallen sollte, vorgenommen. 1979 soll sie 1,9 Mrd. DM betragen, 1972 betrug sie 600 Mio. DM. Die Kapitalisten wollen sie für *ihre* Grundstückskäufe weghaben, die Besteuerung ihres Kapitals, wenn sie es in Grund und Boden anlegen, ,,hemmt den Grundstücksver kehr“, d.h. belastet ihre Grundrente. Matthöfer will deshalb die Steuern von bisher 7 auf 2% senken. Der Haupthebel dazu wird zuerst die *ländereinheitliche* Besteuerung sein, nämlich Anpassung der entsprechenden Freibeträge nach oben, Anpassung der Steuersätze nach unten.

zu streichen durch Gesetz – und wenn das nicht schnell genug zu bewerkstelligen ist, sie ihnen unter allerhand Vorwänden zu erlassen. Jetzt haben sie sich die Grundsteuer, die eigentlich schon im Zuge des ,,Steuerpakets“ fallen sollte, vorgenommen. 1979 soll sie 1,9 Mrd. DM betragen, 1972 betrug sie 600 Mio. DM. Die Kapitalisten wollen sie für *ihre* Grundstückskäufe weghaben, die Besteuerung ihres Kapitals, wenn sie es in Grund und Boden anlegen, ,,hemmt den Grundstücksver kehr“, d.h. belastet ihre Grundrente. Matthöfer will deshalb die Steuern von bisher 7 auf 2% senken. Der Haupthebel dazu wird zuerst die *ländereinheitliche* Besteuerung sein, nämlich Anpassung der entsprechenden Freibeträge nach oben, Anpassung der Steuersätze nach unten.

z.mia. **Ab 1.1.1979 sind für die Atommülldeponie Asse II bei Wolfenbüttel alle Genehmigungen für die weitere Einlagerung von Atommüll ausgelaufen.** Die Einlagerung von 10000 hochradioaktiven Kugelbrennelementen aus Jülich ist fällig und drückt. Betrügereien stocken, die Einlagerung auch. Albrecht betritt die Bühne. ,,Keine Endlagerung in Asse II ohne Bürgerbeteili gung.“ Die Bohrlöcher auf der 750 Meter-Sohle für die Kugelbrennelemente sind längst fertig. Albrecht spricht, es müsse die ,,Rückholbarkeit der deponierten Abfälle gewährleistet sein. Es dürfen keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden.“ In Bonn fordert unterdessen der forschungspolitische Sprecher der Opposition Lenzer die Bundesregierung auf, ,,die Lagerung schwach- und mittelaktiven Atommülls im ehemaligen Salzberg-



106000 Fässer sollen mit Salz und Beton verschüttet werden.

werk Asse II bei Wolfenbüttel schnellstens zu legalisieren“, die Rückholbarkeit der Fässer sei praktisch unmöglich. Die Bundesregierung nennt dasselbe Kind eine vorübergehende Zwischenlagerung. Die müßte bis zur Fertigstellung von Gorleben gehen. Frühestens 10 Jahre, kann sein nie. Schon jetzt gammeln die Fässer in Asse II. Das Planfeststellungsverfahren ist ihnen im Weg. Albrecht winkt, es ,,dürf te unter Umständen von dem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden.“

Emslandstärke Emlichheim: Contischicht gegen die Arbeiter, Weizenstärke gegen die Bauern

r.lar.Nordhorn. Einiges Trara haben örtliche Sozialdemokraten über die Emslandstärke gemacht, deren Schliessung durch das holländische Stärkemonopol AVEBE geplant war und die ,,durch Überführung in Bauernhand gerettet wurde“. Abhängig waren viele Kartoffelbauern schon immer von der Stärkefabrik; weil sie jetzt ,,in ihren Händen ist“, können sie nur noch zusätzlich dafür zahlen. Als die Gemeinde Emlichheim wegen des hohen Wasserverbrauches und der intensiven Wasserverschmutzung durch die Stärkefabrik eine neue Kläranlage einrichten mußte, wurden die Bauern mit 500 DM je 30 Tonnen angelieferte Kartoffeln zur Kasse gebeten.

Cirka 250 Arbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft an die Stärkefabrik. Wir haben mit Arbeitern folgendes Gespräch geführt.

Woher kommen die Arbeiter der Stärkefabrik?

Die Kollegen stammen zum größten Teil aus dem Raume Emlichheim. Ein Teil sind Bauern, die ihren Betrieb im Nebenerwerb führen. Arbeitsmäßig sieht es hier in der Niedergrafschaft vor allem für die Älteren und die ungelernten Arbeiter ganz schlecht aus, es besteht kaum die Möglichkeit, anderswo einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Um die Emslandstärke gibt es ja schon lange Kampf. Zunächst war sie ja eine Tochter der holländischen Firma Scholten Honig, wem gehört die Fabrik heute?

Die Emslandstärke ist eine Stärkefabrik, zu 54,54% in der Hand des Nährmittelkapitalisten Jäckering, der damit die Entscheidung über die Produktion hat. Die übrigen Anteile liegen bei der Cegeno Landhandel und Erzeugergemeinschaft. Dadurch tragen die zahlenden Bauern dazu bei, daß der Betrieb läuft.

In diesem Jahr wurden 344 Tausend Tonnen Kartoffeln mit einem durchschnittlichen Stärkegehalt von 15,19% verarbeitet. Wir haben auf Anfrage im Betrieb gehört, daß die Weizenstärkeproduktion ausgedehnt werden soll und sogar ein kleiner Teil neben der Kartoffelkampagne laufen soll. Kannst Du uns mehr über die Lage des Betriebs sagen?

Die Emslandstärke steht in Konkurrenz zu den übrigen europäischen Stärkefabriken. Zu erwähnen sind die Maizena in Krefeld, wo die Arbeiter in Contischicht produzieren und die AVEBE in Holland, einem Betrieb, in dem die Produktion bisher am Wochenende gestoppt wurde, man hört aber, daß während der letzten Kartoffelkampagne die Produktion auch über Sonntag gelaufen sein soll.

50% der Produkte der Emslandstärke werden exportiert. Auf der Betriebsversammlung wurde gesagt: Es gehen mehr Aufträge ein als Stärke hergestellt werden kann. Deutlich wird daraus, die Emslandstärke will voran im Konkurrenzkampf. Dem dient auch die neue Anlage, die allein für Weizenstärke hingestellt worden ist. Zwischen der Kartoffelkampagne soll jetzt voll Weizen gefahren werden. Im letzten Jahr wurde nur wenig Weizen gefahren bis die neue Anlage stand. In den Jahren davor wurde zwischen den Kampagnen im wesentlichen die Anlage gewartet und die Stärke verarbeitet.Inwieweit Jäckering von der Kartoffelstärke insgesamt stärker auf Weizen umstellen will, ist nicht klar. Eins ist aber sicher, die Bauern werden es verhindern.

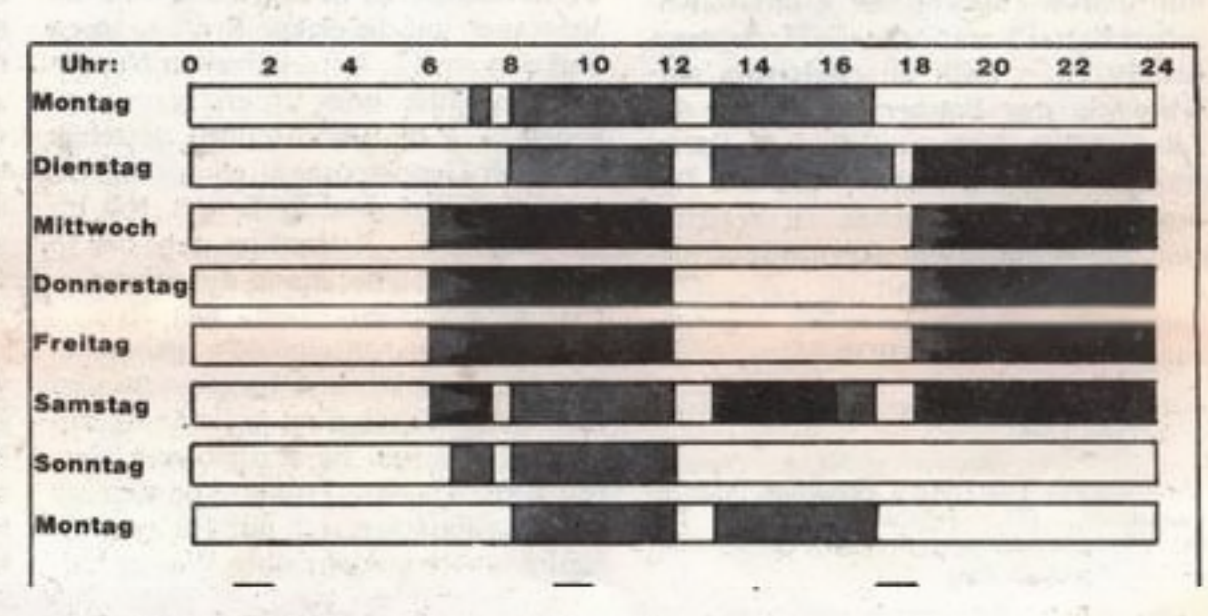
Klar ist, daß Jäckering nur auf dem Rücken der Arbeiter über die Ausdehnung der Arbeitszeit oder die Senkung des Lohns seinen Marktanteil gegenüber den Konkurrenten vergrößern kann. Im Gespräch ist heute die Einführung der 4. Schicht. Nur so wird Jäckering die neue Anlage voll nutzen können. Wie waren bisher die Arbeitsbedingungen und was halten die Arbeiter von der 4. Schicht?

Während der Kartoffelkampagne wurde so etwa 4 - 6 Wochen durchgearbeitet. Die Sonderschichten sehen so aus: Die Nachtschicht beginnt Montag 22 Uhr bis Montag 6 Uhr. Die Spätschicht beginnt am gleichen Tag um 14 Uhr und geht bis Sonntag 22 Uhr. Danach beginnt die Frühschicht Montag 6 Uhr und geht bis Sonntag 14 Uhr. Dieser Rhythmus geht über 4 bis 6 Wochen hintereinander weg. Die Kollegen sagen, das geht wohl mal in der Kartoffelkampagne, aber nicht ausserhalb der Kartoffelzeit. Bisher hat der Betriebsleiter Giesemann nur durch Andeutung vorgefühlt wie es denn mit der Einführung der 4. Schicht aussieht.

Die Arbeiter der Stärkefabrik sind gegen die Contischicht.

Seeleute haben Senkung des Rentenalters und mageren Festgeldabschluß erreicht

r.obj. Am 24. Januar stimmte die Große Tarifkommission der ÖTV dem Schlichtungsspruch für die Seeleute zu. Danach erhalten die Besatzungsmitglieder und Kapitäne einheitlich eine monatliche Seefahrtszulage von 171 DM ab dem fünften Berufsjahr und 120 DM mit kürzerer Seefahrtszeit. Auszubildende erhalten 54 DM Pauschale. Das Rentenalter wurde auf 55 Jahre gesenkt. Im letzten Jahr wurde der Lohn der Seeleute überhaupt nicht erhöht. Der Heuertarifvertrag wurde einfach um ein Jahr verlängert als Preis für eine formelle Arbeitszeitverkürzung. Da aber die Reeder die Ar-



Seeleute haben Senkung des Rentenalters und mageren Festgeldabschluß erreicht

r.obj. Am 24. Januar stimmte die Große Tarifkommission der ÖTV dem Schlichtungsspruch für die Seeleute zu. Danach erhalten die Besatzungsmitglieder und Kapitäne einheitlich eine monatliche Seefahrtszulage von 171 DM ab dem fünften Berufsjahr und 120 DM mit kürzerer Seefahrtszeit. Auszubildende erhalten 54 DM Pauschale. Das Rentenalter wurde auf 55 Jahre gesenkt. Im letzten Jahr wurde der Lohn der Seeleute überhaupt nicht erhöht. Der Heuertarifvertrag wurde einfach um ein Jahr verlängert als Preis für eine formelle Arbeitszeitverkürzung. Da aber die Reeder die Ar-

Uhr: 0 2 4 6 8 10 12 14 16 18 20 22 24
Montag
Dienstag
Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Samstag
Sonntag
Montag

Arbeitszeit Seewache Freizeit

beitshetze ungeheuer verschärft haben und die Überstunden etwas abgebaut haben, kam für die Seeleute bis zu 200 DM Heuersenkung heraus. Das konnten die Seeleute nicht hinnehmen. Die ÖTV mußte aus diesem Grund dieses Jahr eine kräftige Heuererhöhung vorschlagen, und zwar in Festgeld, 240 DM wurden gefordert und waren eine gute Grundlage, um sich darauf zusammenzuschließen. Das ganze Jahr über gab es bereits Auseinandersetzungen an Bord und zunehmend wurde den Reedern auch der Ausweg vermiest, der Ausflaggung. Denn die Seeleute auf den ausgeflaggten Schiffen haben durch verschiedene Streiks die Bezahlung nach ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation)-Tarifen durchgesetzt.

Der Abschluß entspricht nicht der Kampfstärke der Seeleute, sondern dem Willen, den Reedern, die über die Schwierigkeiten im internationalen Konkurrenzkampf klagen, entgegenzukommen. Die Senkung des Rentenalters auf 55 ist zwar ein wichtiger Erfolg, aber die Zustimmung zu einer Seefahrtspauschale, die zudem je nach Berufsjahren verschieden hoch ist, bedeutet eine Lohnerhöhung, die je nach Anzahl der Überstunden zwischen 88 und 108 DM entspricht. Die Grafik zeigt die Arbeitszeit eines Seemanns von Cabora (England) nach Dänemark über Brunsbüttel. Auf dem Zwei-Wachenschiff fallen mindestens 160 Überstunden an, und die Seeleute mußten sogar Druck ausüben, um die Überstunden überhaupt alle angerechnet zu kriegen. Bei diesem Beispiel bedeutet die Seefahrtspauschale knappe 88 DM auf die Grundheuer, wenn die Pauschale gleichmäßig auf alle gearbeiteten Stunden aufgeteilt wird. Dies bedeutet aber, daß die Seeleute mit dem Abschluß in einer Höhe liegen, die dem bei Metall geforderten Mindestbetrag entspricht und es nicht gelungen ist, den Nullabschluß aus dem letzten Jahr aufzuholen.

An einer durchgeführten Lohnkontenrechnung, wo wir verglichen haben die Grundheuer eines Matrosen im 5. Berufsjahr mit den Apfelpreisen, über den Zeitraum 1977 bis jetzt, kann man nachweisen, daß durch den diesjährigen Abschluß der Rutsch ins Elend gestoppt ist, wenngleich das Minuskonto beim Verbrauch von 10 kg Äpfeln in der Höhe von 200 DM auch nicht entscheidend beglichen werden kann. Die Seeleute können jedoch den Versuch der Kapitalisten, für die Überstunden einen Spottpreis zu bezahlen, beantworten mit dem Kampf gegen die Überstunden und mit dem Kampf gegen die Unterbesetzung auf den Schiffen.

z.mat. **Der Gesetzentwurf zur Nutzung des Tiefseebodens ist im Bundestag durch die erste Lesung gegangen.** Nachdem er von einem Gremium aller Parteien ausgebrütet worden war (KVZ 51/78), hat die CDU/CSU jetzt die offizielle Vaterschaft übernommen. Völkerrechtlich ist das Kind sozusagen eine Totgeburt, denn der Meeresbergbau in der Tiefsee wird nach eindeutig erklärter Absicht der UNO-Seerechtskonferenz einer internationalen Behörde unterstehen. Die BRD-Imperialisten haben aber die Hoffnung, ihre lang vorbereiteten Raubzüge zu Ende führen zu können, nicht aufgegeben. – Im *Pazifischen Ozean* hat das Förderschiff Sedco 445 der Ocean Managment Incorporated Omi zwischen Kalifornien und Hawaii 1978 die Versuchsförderung von Manganknollen nach Mammutpumpenprinzip aufgenommen. Omi gehört zu gleichen Teilen kanadischem, japanischem, USA- und BRD-Kapital. – Ebenfalls im *Pazifik* verfolgen die BRD-Imperialisten durch Beteiligung am CLB-Projekt (Continuous Line Bucket) die Möglichkeit der Manganknollenförderung mit Eimerkettenbaggern. – Im *Roten Meer,* wo große Mengen Erzschlamm am Boden lagern, versucht die BRD, die Hoheit der Küstenländer zu unterlaufen, indem sie im UNESCO-Beratergremium für die Nutzung des Seegebiets 13 der 23 Wissenschaftler stellt. – Im *Indischen Ozean,* wo Preussag den mozambikanischen Schelf schon 1971 mit ihrem Forschungsschiff ,,Val divia“ untersuchen ließ, haben die BRD-Imperialisten gegen großen Vorsprung der britischen Imperialisten mit ,,Sonne“ und ,,Valdivia“ die Arbeit 1978 wieder aufgenommen. – Die Früchte dieser und anderer Bemühungen wollen sie ernten. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Bundesregierung die Kapitalisten für ,,Vermögensnachteile“ entschädigt, die sie durch die UNO-Gesetzgebung erleiden werden.

z.mes. **Nitrosamine, die als krebserzeugende Substanzen gelten, wurden im größten Teil der untersuchten Biere festgestellt.** Diese Bekanntmachung der Deutschen Krebsforschungsgesellschaft in Heidelberg hat die bürgerliche Presse breitgetreten. Die Bourgeoisie benutzt die Nitrosamine im Bier als Munition bei ihren Versuchen, einerseits bestimmte Lebensmittel vom Speiseplan der Volksmassen zu streichen, andrerseits um den Volksmassen die Schuld an deren schlechtem Gesundheitszustand selbst in die Schuhe zu schieben, falls man das Biertrinken nicht einstellt. Tatsächlich treten die Nitrosamine erst neuerdings im Bier auf – sie sind das Ergebnis neuer Verfahren bei der Malzdarre (Trocknung), bei der die in der Gerste enthaltene Stärke in lösliche Form überführt

„Volumen wie in NRW – Jedoch die Lage von P&S berücksichtigt"

Betrügereien mit dem Haustarif

r.crs. Am 23.1.1979 ist jetzt auch für die bundeseigenen Stahlwerke Peine / Salzgitter abgeschlossen worden. Die Betriebsführung dieses bundeseigenen Konzerns hat während mindestens fünf Verhandlungen nie erklärt, daß sie endlich den Abschluß in derselben Höhe wie NRW übernehmen wird. Jetzt liegt folgendes Ergebnis für die rund 17000 Beschäftigten der Stahlwerke Peine / Salzgitter sowie der Verkehrsbetriebe P&S, der Bandverzinkungsanlage der Maxhütte vor, dem die Große Tarifkommission der IG Metall am 25.1. einstimmig zugestimmt hat: Lohnerhöhung 3,4%, Laufzeit 14 Monate, Freischichten und Urlaub wie in NRW. Statt wie bisher 50% Urlaubsvergütung pro Tag Urlaub werden es jetzt 65% Urlaubsvergütung eines durchschnittlichen Monatslohns unabhängig von der Zahl der Urlaubstage (so würden bei 30 Tagen Urlaub umgerechnet nur noch 47,125% Urlaubsgeld pro Tag gezahlt). Um 22 DM wird der Lehrlingslohn erhöht. Um 4 Pfennige ist die außertarifliche Produktionsprämie gekürzt und in die Lohnerhöhung von 3,4% verrechnet worden, von gegenwärtig durchschnittlich 1,06 DM auf 1,02 DM pro Stunde. Das heißt, der effektive Stundenverdienst ist um 4 Pfennig niedriger geworden durch diese Maßnahme. Im Gegensatz zum Tarif in Nordrhein-Westfalen werden die Schichtzulagen nicht auf den Grundlohn, sondern auf den effektiven Stundenverdienst gezahlt (einschließlich der Produktionsprämie). Statt erhöht zu werden, haben die Kapitalisten eine Senkung der Produktionsprämie um 4% erreicht. Das Geld für die Schichtzulagen wird entsprechend niedriger.

Für einen Kranfahrer, der in dem Lohnsystem bei P&S, das aus 36 Punkten besteht, bei 19 Punkt eingestuft ist (ca. 30% der Arbeiter) bringen die 3,4% in Normalschicht 61,70 DM auf einen Bruttolohn von 1814 DM, bei Kontischicht 74,61 DM auf einen Bruttolohn von 2194 DM. Etwa 15% der Arbeiter sind bei 21 bis 26 Punkt eingestuft (Elektriker, Hüttenarbeiter usw.). Wenn nun die Erhöhung um 3,4% auf dem Hintergrund der Lohnverteilung ohne Schichten aus dem Werk Peine untersucht wird, zeigt sich, daß die untersten Lohngruppen (5 bis 14 Punkte) noch weiter abgespalten worden sind, die mittleren Lohngruppen (so der Block von 30% aller Arbeiter mit 18 bis 20 Punkte) werden weiter aufgesplittert, und die Spaltung zu den nächsten Lohngruppen wird verschärft. In Wirklichkeit wird diese Wirkung durch die Schichten noch viel mehr verschärft.

Mit solcher Senkung des Ergebnisses noch unter NRW will Salzgitter aus dem „Stahltief" steuern. „Es gehe aufwärts, wenn auch da und dort, insbesondere beim Stahl, etwas langsamer", so Konzernchef Birnbaum zum Geschäftsjahr 78/79. Das will der Eigentümer deutlich beschleunigen. Mit diesem Abschluß sollen angeblich Ungerechtigkeiten, die durch den Haustarif, den P&S bislang hatte, gegenüber den Stahlarbeitern in NRW beseitigt werden. Höhere Löhne hätten die Arbeiter bei P&S. Dabei ist im Vergleich der Tariflohn eines Kranfahrers bei P&S niedriger als z.B. bei den Thyssen Edelstahlwerken Essen. 1818 DM kriegt er bei P&S, 1999 DM tariflich bei TEW. Der Haustarif hat den P&S-Arbeitern schon im letzten Jahr gegenüber den 4% bei Stahl in NRW nur um 3,6% höhere Gesamtlohnsumme gebracht, weil die außertarifliche Produktionsprämie nicht mit erhöht wurde. Die höheren Schichtzulagen, die Arbeiter seit Januar 1974 erkämpft hatten, sind nicht dem bundeseigenen Haustarif zu danken, sondern dem Kampf der Arbeiter. So wurde die Nachtschichtzulage von 15% auf 25% erhöht, für sonnabends 18 - 22 Uhr von 33 1/3% auf 40% und für die Zeit von 22 bis 6 Uhr von 50% auf 70%. Die Jahresabschlußvergütung wurde auf 93% eines Monatsdurchschnittslohns erhöht. An die Urlaubsvergütung will die Betriebsführung jetzt ran. Redeten die Kapitalisten von „Angleichung" an NRW, ist immer nur Angriff auf das von den P&S-Arbeitern erkämpfte Lohnniveau gemeint.

Die IG Metall hat der um 0,6% niedrigere Lohnerhöhung mit der Verrechnung der gegenüber NRW angeblich höheren Urlaubsvergütung (mit 0,35%) und mit der „Übernahme" von 4 Pfennig der Produktionsprämie (mit 0,25%). Diese Prozentrechnereien stimmen nicht. Für einen 22-Punkte-Mann ergibt sich im Grundlohn ein zusätzliches Minus von 2 Pfennig.

Streik der Ölplattformmechaniker ausgeweitet

z.mat.Liverpool. Anfang des Jahres ist der Tarifvertrag für die Werftarbeiter auf den Plattformen über die Arbeitszeit ausgelaufen. Die Ölkonzerne wollten die alte Regelung, eine Woche Landaufenthalt für je zwei Wochen Arbeit auf der Plattform, unverändert übernehmen. 700 Arbeiter traten daraufhin vor zwei Wochen in unbefristeten Streik. Eine Woche später mußten die Kapitalisten 7000 Arbeiter von den Plattformen fliegen. Die Werftarbeiter, die alle von Fremdfirmen eingestellt werden, führen auf den Plattformen Wartung und Reparaturen durch. Sie fordern die sofortige Angleichung an die Verträge der Produktionsarbeiter: zwei Wochen Landaufenthalt für je zwei Wochen Plattformarbeit. Der Streik zu einem Zeitpunkt, wo der Fluß der Profite aus dem Iran vollständig zum Stillstand gekommen ist, ist ein schwerer Schlag für die Konzerne. Die Kapitalisten lassen bedenkenlos weiterfördern. Einige Wochen kann die Produktion auch ohne Wartung aufrechterhalten werden, sagen sie. Inzwischen haben sie zwei Wochen auf je drei Wochen als Regelung angeboten. Die Arbeiter, deren „Normalarbeitszeit" auf den Plattformen 70 bis 84 Stunden beträgt, haben in einer Massenversammlung in Glasgow ihre Entschlossenheit bekräftigt, ihre Forderung voll durchzusetzen.

Die spanischen Arbeiter verhindern einen neuen „Sozialpakt"

Neues Tarifvertragsgesetz zur Unterdrückung des Lohnkampfes

z.jon. Nach den eintägigen Streiks der Arbeiter der gesamten Madrider Bau- und Metallindustrie und der 72000 Beschäftigten der spanischen Eisenbahnen, nach dem mehrtägigen Streikaktionen in der spanischen Automobilindustrie sind am 14.1. die 18000 Arbeiter der Madrider Müllabfuhr in einen unbegrenzten Streik getreten. Zwischen dem 14.1 und 17.1. führten 60000 Hotel- und Gaststättenbeschäftigte in Madrid einen dreitägigen Streik durch, der nach dem Abschluß eines Abkommens über 15% Lohnerhöhung abgebrochen wurde. In der letzten Woche sind die Krankenhausärzte und die Butangasfahrer, von denen die Versorgung Madrids mit Heiz- und Kochgas abhängt, in den Streik getreten. Insgesamt wird in Spanien zur Zeit über rund 2000 Tarifverträge für das Jahr 1979 verhandelt, und in allen Branchen bekämpft die Arbeiterklasse den Versuch von Kapitalisten und Staat, die 13%-Lohnleitlinie der Regierung durchzusetzen.

lehrt, daß ein neuer *offener* Lohnraub nicht durchzusetzen ist. Sie fordern eine Lohnleitlinie von 16%, in der Höhe der offiziellen Preissteigerungsraten 1978, und sie haben die 16% als Forderung in den meisten Lohnkämpfen durchgesetzt.

Das Scheitern der Sozialpaktverhandlungen und vor allem die jetzigen Streiks versetzen die bürgerlichen Politiker aller Schattierungen in große Aufregung. Am 6. Februar beginnen in Brüssel die Verhandlungen über die Aufnahme Spaniens in die EG. Die westeuropäischen Imperialisten fordern von der spanischen Bourgeoisie, daß sie mit Lohnraub und Unterdrückung optimale Ausbeutungsbedingungen für das nach Spanien exportierte Kapital schafft. Mit den Ergebnissen des „Pakts von Moncloa" sind sie nicht unzufrieden: Die 22%-Lohnleitlinie wurde weitgehend durchgesetzt; im ersten Halbjahr 1978 investierten ausländische Kapitalisten 32Mrd. Peseten direkt in Spanien, soviel wie im ganzen Jahr 1977.



Demonstration gegen die 13%-Lohnleitlinie am 14.1. in Pamplona

Frankreich: Verhandlungen über Jahresmindesteinkommen

z.jon.Paris. Im Juli 1978 haben die französischen Metallkapitalisten mit allen großen Gewerkschaften ein Rahmenabkommen über ein „garantiertes Jahresabkommen" in der metallverarbeitenden Industrie abgeschlossen. In den Verhandlungen seit September 1978 wurden erst in 26 der 83 Tarifbereiche Abkommen über die Höhe des Mindestlohns für *1978* unterzeichnet, ausnahmslos von Gewerkschaften, in denen jeweils nur eine Minderheit der Arbeiter organisiert ist. Der jährliche Mindestlohn soll die sozialversicherungspflichtigen Lohnbestandteile bei 40-Stunden-Woche umfassen. Die relativ kleine Gewerkschaft Force Ouvrière hat 25 dieser Verträge unterzeichnet, die je nach Region Jahreslöhne zwischen 24250 FF und 27500 FF vorsehen (1 FF ca. 0,45 DM). Die größte Gewerkschaft CGT hat keins dieser Abkommen unterzeichnet, weil sie zum Teil noch unter den tatsächlich gezahlten niedrigsten Löhnen und nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, und weil die Abschlüsse die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen vergrößern. Die CGT er-

Die spanischen Arbeiter verhindern einen neuen „Sozialpakt"

Neues Tarifvertragsgesetz zur Unterdrückung des Lohnkampfes

z.jon. Nach den eintägigen Streiks der Arbeiter der gesamten Madrider Bau- und Metallindustrie und der 72000 Beschäftigten der spanischen Eisenbahnen, nach dem mehrtägigen Streikaktionen in der spanischen Automobilindustrie sind am 14.1. die 18000 Arbeiter der Madrider Müllabfuhr in einen unbegrenzten Streik getreten. Zwischen dem 14.1 und 17.1. führten 60000 Hotel- und Gaststättenbeschäftigte in Madrid einen dreitägigen Streik durch, der nach dem Abschluß eines Abkommens über 15% Lohnerhöhung abgebrochen wurde. In der letzten Woche sind die Krankenhausärzte und die Butangasfahrer, von denen die Versorgung Madrids mit Heiz- und Kochgas abhängt, in den Streik getreten. Insgesamt wird in Spanien zur Zeit über rund 2000 Tarifverträge für das Jahr 1979 verhandelt, und in allen Branchen bekämpft die Arbeiterklasse den Versuch von Kapitalisten und Staat, die 13%-Lohnleitlinie der Regierung durchzusetzen.

lehrt, daß ein neuer *offener* Lohnraub nicht durchzusetzen ist. Sie fordern eine Lohnleitlinie von 16%, in der Höhe der offiziellen Preissteigerungsraten 1978, und sie haben die 16% als Forderung in den meisten Lohnkämpfen durchgesetzt.

Das Scheitern der Sozialpaktverhandlungen und vor allem die jetzigen Streiks versetzen die bürgerlichen Politiker aller Schattierungen in große Aufregung. Am 6. Februar beginnen in Brüssel die Verhandlungen über die Aufnahme Spaniens in die EG. Die westeuropäischen Imperialisten fordern von der spanischen Bourgeoisie, daß sie mit Lohnraub und Unterdrückung optimale Ausbeutungsbedingungen für das nach Spanien exportierte Kapital schafft. Mit den Ergebnissen des „Pakts von Moncloa" sind sie nicht unzufrieden: Die 22%-Lohnleitlinie wurde weitgehend durchgesetzt; im ersten Halbjahr 1978 investierten ausländische Kapitalisten 32Mrd. Peseten direkt in Spanien, soviel wie im ganzen Jahr 1977.



Demonstration gegen die 13%-Lohnleitlinie am 14.1. in Pamplona

Die Regierung hat ihre Lohnleitlinie am 26.12. verabschiedet, nachdem alle Verhandlungen über den Abschluß eines neuen „Sozialpakts" mit den Gewerkschaftsführungen gescheitert waren. Der Sozialpakt sollte den abgelaufenen „Pakt von Moncloa" zwischen allen im spanischen Parlament vertretenen Parteien ersetzen, dessen Kern die Durchsetzung einer Lohnleitlinie von 22% für die Tarifabschlüsse vom Januar vorigen Jahres war. Der neue „Sozialpakt" ist nicht an der mangelnden Bereitschaft der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer zu solch einem Abkommen der Klassenzusammenarbeit gescheitert. Im Gegenteil, sie haben den Pakt am lautesten gefordert. Große Streiks am Ende letzten Jahres hatten sie aber ge-

Die Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und der nationalen Minderheiten Spaniens drohen jetzt die Pläne der Imperialisten zu durchkreuzen. In der Kampagne für die Parlamentsneuwahlen im März treten deshalb alle Parteien für eine Koalitionsregierung ein, mit dem Hauptziel, den staatlichen Unterdrückungsapparat auszubauen. Die direkt aus dem Faschismus hervorgegangenen Parteien drohen mit einer neuen Militärdiktatur. Die sozialdemokratische Partei PSOE fordert die „Reorganisation und Professionalisierung der Ordnungskräfte". Die revisionistische PCE fordert, neben dem Sozialpakt, einen „Pakt gegen den Terrorismus". PSOE wie PCE fordern die schnelle Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes. Die Regierung hat noch vor den Neuwahlen einen als „dringend" bezeichneten Entwurf eines Gesetzes über Verträge vorgelegt, die Fragen der „Arbeit und der Produktivität" sowie des „Arbeitsfriedens" regeln. Es sieht vor: Aufsicht des Staates über alle Tarifverhandlungen, staatliche Zwangsschlichtung, Mindestlaufzeit für alle Verträge: ein Jahr, Ausschaltung des Tarifvertragsrechts der Gewerkschaften „unter wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Umständen".

Vor allem die Revisionisten in der Führung der Gewerkschaft Comisiones Obreras setzen alles daran, die jetzt stattfindenden Lohnstreiks zu zersplittern und zu schwächen. Mit einem Aufruf, große Streiks zu vermeiden, weil „ein hoher Konfliktreichtum weder für das Land noch für die Arbeiter wünschenswert ist", blieben sie ohne Erfolg. Die bürgerliche Zeitung El Pais berichtet schadenfroh, daß die revisionistische Gewerkschaftsführung schweren politischen Schaden bei den Arbeitern erlitten habe, als sie den Streik der 60000 Hotelbeschäftigten nach drei Tagen abbrach, obwohl weder die Lohnforderungen noch die Forderung nach 40-Stunden-Woche erreicht war. Sie habe ihn abgebrochen, weil sie mit einer so hohen Beteiligung nicht gerechnet habe und fürchtete, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren.

Frankreich: Verhandlungen über Jahresmindesteinkommen

z.jon.Paris. Im Juli 1978 haben die französischen Metallkapitalisten mit allen großen Gewerkschaften ein Rahmenabkommen über ein „garantiertes Jahresabkommen" in der metallverarbeitenden Industrie abgeschlossen. In den Verhandlungen seit September 1978 wurden erst in 26 der 83 Tarifbereiche Abkommen über die Höhe des Mindestlohns für *1978* unterzeichnet, ausnahmslos von Gewerkschaften, in denen jeweils nur eine Minderheit der Arbeiter organisiert ist. Der jährliche Mindestlohn soll die sozialversicherungspflichtigen Lohnbestandteile bei 40-Stunden-Woche umfassen. Die relativ kleine Gewerkschaft Force Ouvrière hat 25 dieser Verträge unterzeichnet, die je nach Region Jahreslöhne zwischen 24250 FF und 27500 FF vorsehen (1 FF ca. 0,45 DM). Die größte Gewerkschaft CGT hat keins dieser Abkommen unterzeichnet, weil sie zum Teil noch unter den tatsächlich gezahlten niedrigsten Löhnen und nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen, und weil die Abschlüsse die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen vergrößern. Die CGT er-klärt, sie habe das Rahmenabkommen unterzeichnet, weil sie sich davon eine Angleichung der niedrigsten Löhne nach oben verspreche. Die Kapitalisten benutzen das Abkommen, um die Löhne auf möglichst niedrigem Niveau festzuschreiben und die Arbeiter in diesen Lohngruppen zu Überstunden und Akkordarbeit zu zwingen.

Der „österreichische Weg" der Lohnsenkung

z.anb.Wien. Wenige Tage *nach* dem Abschluß eines neuen „Kollektivvertrages" für die Bankangestellten, in dem lumpige 4,2% ausgehandelt wurden, hat der Präsident des österreichischen Bankenverbandes am 15.1. erklärt: dies sei zuviel, mehr als 4% maximal werde nicht gezahlt. Animiert durch solcherlei Unverschämtheit fragte die Pressemeute der Bourgeois bei der Gewerkschaft der Privatangestellten an, ob denn nun etwa neu verhandelt werde. Die 4,2% auf 13 Monate sind aber der Taktik der Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung zu danken, und sie waren das Äußerste, was diese den Lohnabhängigen, die von den Bankmonopolen ausgepreßt werden, zuzumuten wagen konnten: bei 5348 Schilling Grundlohn für eine Angestellte, das sind 764 DM brutto. Der Bankchef hat jedenfalls die Marschroute ausgegeben, den „österreichischen Weg" der Lohnsenkung zu beschreiten: *Tariflohn zahlen!* ist die Devise. Durch Streichung des 15. Monatsgehalts – das 13. und das 14. sind nichts anderes als Urlaubs- und Weihnachtsgeld unter anderem Namen – sollen die 4,2% um etliches gekürzt werden, und zwar wohldurchdacht und unterschiedlich über sogenannte „Tätigkeitsgruppen" angewandt. Zwischen den 5000 Schilling einer kleinen Angestellten und den 19000 eines „Leitenden" klafft eben hier die Geldsumme von 14000 Schilling!

wird. Die Brauereikapitalisten wenden neue Verfahren bei dieser Trocknung an, um über eine Verkürzung der Produktionszeit beim Mälzen die Umschlagszeit ihres Kapitals zu verkürzen und um ihre Anlagekosten zu verringern. Um ihres Profits willen fördern die Brauereikapitalisten Krebskrankheiten.

z.bil. **Die Einführung eines Fahrtenschreibers für alle Autofahrer hat die straßenverkehrsrechtliche Tagung in Bonn letzten Freitag gefordert.** Ein Gesetzentwurf für eine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Straßenverkehrsordnung liegt beim Bundesrat. Unter der Hand haben sie da das Versammlungsrecht der Erlaubnispflicht unterworfen. „Erlaubnispflichtig sind Volksmärsche und Volksläufe, Umzüge bei Volksfesten und vergleichbare Veranstaltungen ... der Antragsteller soll sich darauf einstellen, daß die Bearbeitung des Antrages in der Regel zwei Monate dauert."

z.lik.Wien. **Nachdem in der letzten Woche die Richter der Bezirksgerichte „wilde" Streiks durchgeführt haben, haben sie am 24.1. eine 10%ige Lohn erhöhung durchgesetzt.** Die *Bundes*richter dagegen bekommen 6%. Der bürgerliche Staat muß zahlen, damit die Unterdrückungstätigkeit überhaupt aufrechterhalten wird. Trotz ihrer gewerkschaftlichen Organisierung mußten die Richter getrennt vom öffentlichen Dienst verhandeln. Jetzt drohen bundesweit die Justizschreibkräfte und Rechtspfleger mit Warnstreik und Dienst nach Vorschrift, wenn ihre Forderung nach Angleichung an die Erhöhung der Richtergehälter nicht vollzogen wird.

z.fum. **Eifrige Verkehrsüberwachung brachte im Jahr 1977 in NRW 3,81 Mio Verfahren,** in denen ein Verwarnungs- oder Bußgeld wegen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung kassiert wurde. 1976 waren es 3,18 Mio. Die Kassen der Kommunen haben sich dabei überplanmäßig füllen lassen: Der Haushaltsansatz für Verwarnungen in Dortmund 1977 betrug 3,18 Mio DM. Eingestrichen wurden 4,03 Mio DM. Für 1978 und 1979 sollen es 4,32 Mio DM sein. In Köln wurden unter diesem Posten 1977 2,9 Mio DM verbucht, 1979 sind 3,5 Mio DM geplant. – Daß diese Zahlen in ihrer Höhe keineswegs Zufallstreffer sind, zeigen schon die Haushaltsansätze. Daß diese Zahlen von Großstadt zu Großstadt Unterschiede haben von über 500000 DM, wird sich auch ändern. Über die Berechnung eines Verfolgungsindex (Verhältnis zwischen Verwarnungs- und Bußgeldern zur Zahl der Unfälle, z.B. „zu dichtes Auffahren") wertet das Innenministerium die monatliche „TÄT 1", Berichte der einzelnen Polizeipräsidien, aus und kann im Interesse der „Sicherheit im Straßenverkehr" die Un-Tätigkeit der Polizei rügen.

z.brp. **Der Söldnertruppe GSG 9 fehlen 240 Mann Nachschub.** Der Anführer und Bundesverdienstkreuzträger Wegener gibt als Grund die unzureichende Bezahlung der GSG 9ler an. Killerdienste wollen entsprechend dotiert werden; die Bundesregierung hat prompt die Erhöhung des Judaslohns um 140 DM angewiesen. – 1978 hat die Bundesregierung die „Innere Sicherheit" weiter ausgebaut: Staatshaftungsgesetz, Gesetz zur „Beschleunigung von Großverfahren", Änderung der Strafprozeßordnung (Verteidigerausschluß), höhere Mindeststrafen bei „unbefugtem Waffenbesitz" sind gegen die Arbeiterklasse geschmiedet worden. Die ideologische Lage für die Bourgeoisie ist schlecht. Deshalb hat Bundesinnenminister Baum jetzt eine „Arbeitsgruppe Rechtsstaat" eingerichtet, die die Staatsschutzparagrafen 88a und 130a auf ihre „Liberalität" überprüfen soll.

Renger für Gerechtigkeit: Her mit der Nachtschicht für Frauen!

z.mif. Die sozialdemokratische Abgeordnete Renger fragt die Bundesregierung: ,,Wird die Bundesregierung durch eine beschleunigte Neuregelung der Arbeitszeitvorschriften die Arbeits zeitbegrenzungen von Männern und Frauen einander annähern und dazu beitragen, daß den Frauen aus den Arbeitsverboten kein unverhältnismäßiger Nachteil in der Entlohnung erwächst?'' (Fragestunde am 18.1.79, Drucksache 8/2464)

Stichwort Arbeitszeitordnung von 1938. In den neueren Ausgaben sind die Begriffe ,,Gefolgschaftsmitglieder'' und ,,Betriebsführer'' durch die Begriffe ,,Arbeitnehmer'' und ,,Arbeitgeber'' ersetzt, sowie das Wort ,,Tarifordnung'' durch ,,Tarifvertrag''. ,,An die Stelle des Reichsarbeitsministers und des Reichswirtschaftministers tritt der entsprechende Minister der Bundesrepublik'' (Nipperdey, Arbeitsrecht). Sonst war nichts zu ändern; bis 72 Wochenarbeitsstunden sind danach erlaubt. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hält Änderung dennoch für erforderlich. Vor zwei Jahren fragte der SPD-Abgeordnete Kratz, ob der Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes in absehbarer Zeit vorgelegt werde. Antwort: es ,,wird zur Zeit geprüft, wie ein zeitgerechtes Arbeitszeitgesetz die Arbeitszeitordnung ablösen könnte'' (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 4/1977, S. 166ff.).

Seither hört man wenig. Wir haben beim Arbeits- und Sozialminister nachgefragt und erfahren, daß die ,,Überprüfung noch nicht abgeschlossen'' sei und es ,,keine Dokumente und Ent würfe'' und ,,keine Terminplanung'' gebe. Es seien ,,nicht nur sachliche, auch politische Schwierigkeiten'', und zwar hinge das mit ,,Eckdaten der Koalitionspartner'' zusammen. Ob der Stahlarbeiterstreik Einfluß darauf genommen habe, fragten wir. ,,Kann sein, aber das wäre Spekulation.''

Renger beabsichtigt offenbar, in dieser Lage, wo die Bundesregierung es nicht wagen kann, mit einem Entwurf von der Art ,,Regelfall 40 Stunden, ansonsten bis zu 80 Stunden'' hervorzutreten, ein Manöver unter der Fahne der Gleichberechtigung einzuleiten. Zum Vergleich unsere damalige Untersuchung: ,,Es wird mit Sicherheit darauf hinauslaufen, dem Kapital in der Ausbeutung der lohnabhängigen Frau die gleichen Rechte zu verschaffen, die es für die Ausbeutung der männlichen

gebe. Es seien ,,nicht nur sachliche, auch politische Schwierigkeiten'', und zwar hinge das mit ,,Eckdaten der Koalitionspartner'' zusammen. Ob der Stahlarbeiterstreik Einfluß darauf genommen habe, fragten wir. ,,Kann sein, aber das wäre Spekulation.''

Renger beabsichtigt offenbar, in dieser Lage, wo die Bundesregierung es nicht wagen kann, mit einem Entwurf von der Art ,,Regelfall 40 Stunden, ansonsten bis zu 80 Stunden'' hervorzutreten, ein Manöver unter der Fahne der Gleichberechtigung einzuleiten. Zum Vergleich unsere damalige Untersuchung: ,,Es wird mit Sicherheit darauf hinauslaufen, dem Kapital in der Ausbeutung der lohnabhängigen Frau die gleichen Rechte zu verschaffen, die es für die Ausbeutung der männlichen

Arbeiter hat, wenn auch verschlungene Wege zu erwarten sind'' (KuK 4/77).

Jetzt will also Renger die ,,Arbeitszeitbegrenzungen von Männern und Frauen einander annähern''. Worin bestehen die ,,Begrenzungen''? Die regelmäßige werktägliche Arbeitszeit sei 8 Stunden, steht in der Arbeitszeitordnung; sie dürfe 10 Stunden nicht überschreiten; das Gewerbeaufsichtsamt könne Überschreitung dieser Grenze zulassen. Alle drei Wochen einmal ist bei Schichtarbeit eine 16-Stunden-Schicht erlaubt – aber nur für Männer! Der ,,erhöhte Schutz der Frauen'' besteht weiter im Beschäftigungsverbot in Bergwerken; im Recht auf Pause schon nach 4 statt nach 6 Stunden Arbeit, und im Beschäftigungsverbot zwischen 24.00 und 5.00 Uhr, außer im Vergnügungsgewerbe. Die Nacht- und Überstundenarbeitsbeschränkung ist die Schranke, die Renger beseitigen will.

Keine der Vorschriften über Arbeitszeitbegrenzung gilt in außergewöhnlichen Fällen oder Notfällen. Krankenhäuser sind insgesamt aus der Arbeitszeitordnung herausgenommen; die entsprechende ,,Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten'' von 1924 sieht Beschäftigung bis zu 60 Stunden pro Woche vor; tägliche Arbeitszeit in der Regel nicht über 10 Stunden.

Wie die Tabelle zeigt, hat die sozialliberale Koalition in der Frage der Durchsetzung des Rechts auf Überstundenschinderei für Frauen schon einige Erfolge erzielt.

Durchschnittliche wöchentliche Mehrarbeitsstunden je beschäftigten Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft

	Männer	Frauen	Gleichberechtigung in %
1960	2,74	1,03	37,6
1961	2,62	0,82	31,3
1962	2,69	0,89	33,0
1963	2,88	0,91	31,6
1964	3,25	1,04	32,0
1965	3,49	1,17	33,5
1966	3,34	1,11	33,2
1967	3,14	1,19	37,9
1968	3,90	1,59	40,7
1969	4,63	2,03	43,8
1970	5,04	2,37	47,0
1971	4,43	2,09	47,0
1972	4,19	2,03	48,4
1973	4,23	2,23	52,6
1974	3,89	1,93	48,5
1975	3,38	1,63	48,2

Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/77, eigene Berechnung)

Arbeitnehmer in der Gesamtwirtschaft

	Männer	Frauen	Gleichberechtigung in %
1960	2,74	1,03	37,6
1961	2,62	0,82	31,3
1962	2,69	0,89	33,0
1963	2,88	0,91	31,6
1964	3,25	1,04	32,0
1965	3,49	1,17	33,5
1966	3,34	1,11	33,2
1967	3,14	1,19	37,9
1968	3,90	1,59	40,7
1969	4,63	2,03	43,8
1970	5,04	2,37	47,0
1971	4,43	2,09	47,0
1972	4,19	2,03	48,4
1973	4,23	2,23	52,6
1974	3,89	1,93	48,5
1975	3,38	1,63	48,2

Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1/77, eigene Berechnung)

Jetzt dann gleich streiken oder erstmal schlucken – die Entscheidung über das Hessen-Muster 4,3/13 ist nicht einfach!

z.maf. Die Lohnbewegung 78/79 hat, darüber soll man sich trotz der schwer erträglichen 4,3%/ 13 Monate nicht täuschen, *eine* ihrer Aufgaben bereits erfüllen können. Es war nämlich *wichtig* und zwar für alle Arbeiter und Angestellten in Westdeutschland und Westberlin, daß der 6-Wochen-Urlaubsstandard von den Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie durchgesetzt wird. Es wäre sonst die ganze Mühe des harten Kampfs der Stahlbelegschaften verschenkt worden. Einen Grund freilich, die 4,3/ 13 zu schlucken, gibt dieser Teilerfolg deswegen lange nicht her. Viele, ja man kann ruhig sagen der *große Anteil* der Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie sind mit diesem Ergebnis deswegen auch nicht zufrieden. Die IG-Metall, geführt durch Eugen Loderer, den man jetzt als Steigbügelhalter für Willy Brandts Europapräsidentenlaufbahn benutzt, will in ihrer Spitze den Abschluß. Obgleich bis zum 30. Januar, an dem die hessische Tarifkommission über das 'Muster' entscheidet, ja wirklich noch alles völlig offen ist, wird der Abschluß wie eine fertige Sache gehandelt. Was bewegt die führenden Funktionäre der IG-Metall, die ja dann und wann schon zeigen, was sie können, wenn sie nur wollen, einen Abschluß dieses Typs zu propagieren. Warum schämen sie sich nicht, 4,3/ 13 Monate auch noch dann und wann als 'gut' zu bezeichnen? Rätsel sind das, die man lösen muß.

Die SPD, geführt durch den Bundeskanzler Schmidt, hat, nachdem es lange hin und her ging, eine Propagandalinie gefunden, die für die Vertreter des Gewerkschaftsflügels in der SPD nicht gerade schön, aber immerhin akzeptabel klingt. Die Idee ist: Man verschaffe den Resten des deutschen Reiches und das heißt ja praktisch den Resten der alten Reichsbourgeoisie neuerliche 'Weltgeltung'. Dann investieren diese alten Profithaie wieder mehr. Dann gibt es eine 'gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt'. Dann ist die Lage für gewerkschaftliche Forderungen auch wieder besser. Und je besser die Lage der westdeutschen und westberliner Kapitalisten auf dem Weltmarkt ist, um so besser ist dann die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Westdeutschland und Westberlin für die Arbeiter und Angestellten. Damit die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt irgendwann 'gut' wird, muß man vorderhand die dauernden Lohnsenkungen schlukken und allzeit bereit machen für Überstunden, denn das nützt dem Export und der Export nützt für die Ar-

bel klingt. Die Idee ist: Man verschaffe den Resten des deutschen Reiches und das heißt ja praktisch den Resten der alten Reichsbourgeoisie neuerliche 'Weltgeltung'. Dann investieren diese alten Profithaie wieder mehr. Dann gibt es eine 'gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt'. Dann ist die Lage für gewerkschaftliche Forderungen auch wieder besser. Und je besser die Lage der westdeutschen und westberliner Kapitalisten auf dem Weltmarkt ist, um so besser ist dann die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Westdeutschland und Westberlin für die Arbeiter und Angestellten. Damit die Lage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt irgendwann 'gut' wird, muß man vorderhand die dauernden Lohnsenkungen schlukken und allzeit bereit machen für Überstunden, denn das nützt dem Export und der Export nützt für die Ar-

beitsplätze.

Ganz neu ist diese Linie nicht, aber neu ist daran immerhin, daß die Löhne in Westdeutschland und Westberlin so weit unten sind und die Intensität der Arbeit so weit oben und der Umkreis der Schichtarbeit so ausgedehnt, daß die Kapitalisten die eine oder andere Sache schon rausrücken können, ohne daß ihnen viel abbricht. Und das müssen sie auch, denn die Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen ist unter der gnadenlosen Schinderei der letzten fünf Jahre erheblich erstarkt und weiß, was sie will. Wer aufgepaßt hat, stellt fest, daß der früher als Laienschauspieler berühmte Schmidt es ausgezeichnet fertigbringt, das wenige, was den Kapitalisten abgerungen wurde, als sein ganz persönliches Geschenk als sozialdemokratischer Kanzler an die Arbeiterbewegung zu deklarieren. In groben Umrissen läuft der Kurs der westdeutschen Sozialdemokratie darauf hinaus, den Arbeitern und Angestellten einen relativ langsam sinkenden Lohnstandard zu *versprechen,* wenn sie sich nur gegen den Weltlohnstandard auftreiben lassen, denn es versteht sich, daß diese Politik die Chancen der Lohnbewegung in den kapitalistischen Ländern erheblich mindert. – Nach diesem eigentlich ja ziemlich dreckigen Plan ließen sich in Westdeutschland große Klassenkämpfe für eine gewisse Zeit vermeiden. Deswegen ist der Gewerkschaftsflügel der SPD auch dafür und deswegen drängeln sie sich in Richtung Europaparlament, daß es einen schier ekelt, wenn man sehen muß, wie sich politische Führer der Arbeiterbewegung so benutzen lassen.

Warum besteht eigentlich die Möglichkeit, daß das Hessenmuster, das mit 4,3% und 13 Monaten doch wirklich schlecht ist, trotz der doch breiten Ablehnung in den Belegschaften durchkommt? Der großschmidtsche Drecksplan hat auch noch seine Feinheiten, die Stärke unseres Kanzlers liegt ja im Detail. Dieser Tage sind die Lohnzettel für die Januarabrechnung alle da. Ein besser verdienender Arbeiter mit 2400 DM brutto wird durch die Steuererleichterung 60 DM erhalten; wenn er drei Kinder hat, dann 105 DM. Von den 4,3% wird er ungefähr 66 DM haben. Er kann mit 171 DM Aufbesserung rechnen. Das ist so wenig nicht.

Eine Akkordarbeiterin wird von der Steuererleichterung 7 DM haben und von den 4,3% 30 DM netto, das sind dann 37 DM und das ist wenig und im Sommer mit der Mehrwertsteuererhöhung weg! – Nun ist es ja wirklich nicht so, daß die etwas besser verdienenden Arbeiter und Angestellten nichts im Kopf hätten, als wie sie nur bloß sich selber ins Trockene bringen könnten. Aber es ist doch klar, ein Lohnstreik würde für beachtliche Prozentsätze der Belegschaft nicht viel mehr bringen können. Dazu sind die Mindestforderungen zu niedrig. Und *dann* hat die IG-Metall auch noch fertiggebracht, eine gute Sache als reinen 'Prinzipienerfolg' abzuschließen: Der Entlohnungsschlüssel soll ab jetzt immer mit kündbar sein, d.h. eine wichtige Ausrede gegen Festgeldforderungen *fällt weg.* Es ist schon klar, daß man diesen 'prinzipiellen' Erfolg mit 171 DM leichter als solchen verstehen kann, als mit 37 DM Gesamtergebnis. – Soll man eine Ablehnung versuchen oder nicht? Man soll. Man muß aber nicht so tun, als ob gar kein Erfolg da wäre. Und man muß vor allem nicht übersehen, daß ohne politische Forderungen auf Arbeiterrechte kaum mehr etwas zu gewinnen ist. Deswegen muß man die Ablehnung mit der Errichtung einer politischen Front für Arbeiterrechte verbinden. Denn:

Ohne politische Forderungen geht es nicht

– und mit falschen geht es erst recht nicht!



- **Verbot der Überstundenarbeit**
- **Verbot des Akkordsystems**
- **Verbot der Arbeit bei Nacht und in Schichten**
- **Selbstverwaltung der Versicherungskassen – Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Kapitalisten**
- **1500 DM steuerfrei**
- **Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer – Abschaffung aller indirekten Steuern**
- **100 DM mindestens für alle**

Drecksplan hat auch noch seine Fein- rechte verbinden. Denn:

Ohne politische Forderungen geht es nicht

– und mit falschen geht es erst recht nicht!



- **Verbot der Überstundenarbeit**
- **Verbot des Akkordsystems**
- **Verbot der Arbeit bei Nacht und in Schichten**
- **Selbstverwaltung der Versicherungskassen – Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Kapitalisten**
- **1500 DM steuerfrei**
- **Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer – Abschaffung aller indirekten Steuern**
- **100 DM mindestens für alle**
gleich!

So könnte es schon noch klappen!

Kurzarbeit auf den Werften

Plünderung der Versicherungskassen zwecks Senkung des Lohnniveaus

z.ped. Im wachsenden Maße gehen die Werftkapitalisten dazu über, die Arbeiter ,,kurz arbeiten'' zu lassen. Was kostet das die Arbeiter, und was bringt das den Kapitalisten an Barem? Am Beispiel der AG ,,Weser''-Werft Seebeck Bremerhaven: 1978 waren dort noch 2800 Arbeiter und Angestellte beschäftigt (1977: 3000). 89600 Kurz arbeiterstunden hat es 1978 gegeben, das sind 18,46% der Sollstunden (1977 46400 Std, gleich 8,9%). Geht man aus von dem Durchschnittslohn in der gesamten Metallindustrie (2261 DM monatlich bei Normalarbeitszeit für 1978), dann ergibt sich ein rechnerisches monatliches Einkommensminus von 133,85 DM pro Kopf der Beschäftigten, der nicht durch das Kurzarbeitergeld von 68% ausgeglichen wird (1977 von ,,nur'' 61,33 DM).

Für die gesamte Kapitalistenklasse stellt es sich als eine beachtliche Lohnsenkung und Kürzung des Reproduktionsfonds der Arbeiter dar, statt 76 Millionen wurden nur 71,5 Millionen insgesamt an die Beschäftigten ausgezahlt (1977 statt 77,5 Mio. real nur 75,3). 4,7 Mio. 1977 und 6,9 Mio. DM 1978 haben die Kapitalisten dazu aus der Arbeitslosenversicherungskasse der Arbeiter und Angestellten locker gemacht in Form von Zahlung des Kurz arbeitergeldes und es zur allgemeinen Lohnsenkung eingesetzt. Fürwahr ein profitliches Netz der sozialen Sicherheit für den Geldsack. Für die Werftkapitalisten indes bleibt direkt was in der Kasse. 6,9 Mio. 1977 und 11,4 Mio. DM 1978 konnten sie an Lohn und Gehalt in ihrer Kasse behalten, obgleich sie die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten voll gekauft hatten und geregelt ist, daß diese ihnen zur vollständigen und ausschließlichen und jederzeitigen Vernutzung übereignet ist, auch während Kurzarbeitsperioden. So heißt es etwa in der zwischen Betriebsrat und -führung vereinbarten ,,Rahmenregelung über Kurzarbeit'' auf dem Bremer Vulkan: ,,Mitarbeiter, die infolge Kurzarbeit von der Arbeit freigestellt sind, haben sich für den Fall eines unvorhergesehenen Arbeits einsatzes zur Verfügung zu halten. Der Rückruf aus der Kurzarbeit erfolgt grundsätzlich erst nach Rücksprache mit dem Betriebsrat und wird in der Regel dem betroffenen Arbeitnehmer im Laufe des Vortages mitgeteilt.'' Etwas derber hat dieses Motto ,,halt dein Fleisch frisch im Kühlschrank'' jeder Arbeiter gleich nochmal brieflich zugestellt bekommen.

In Branchenversammlungen der Schweißer, Dreher und Schlosser auf der Werft haben die Arbeiter Forderungen erhoben und bestimmte Festlegungen in der obigen Betriebsvereinbarung durchsetzen können: Daß keine Spaltung innerhalb der Branchen betrieben wird – ,,Kurzarbeit betrifft grundsätzlich alle Arbeitnehmer eines Gewerks... Deren Festlegung in einer namentlichen Liste''. Daß nicht gleichzeitig Überstunden gefahren werden – ,,... in den Betriebsabteilungen, wo kurzgearbeitet wird, keine Überstunden geleistet werden.'' Daß die Kurzarbeitstage zur Erholung verwandt werden können – ,,Kurzarbeit soll nicht stundenweise eingeführt werden, sondern so, daß an einzelnen das Wochen ende berührenden, zeitlich zusammenhängenden Tagen nicht gearbeitet wird.'' Die Forderung nach ,,keiner Rufbereitschaft während der Kurzarbeitstage'' sowie ,,Ausgleichszahlung für die Lohneinbußen aus den Rücklagen'' sind bisher nicht durchgesetzt. Vor allem aber konnte das Argument der Betriebsführung für die Einführung der Kurzarbeit ,,um Entlassungen wegen der bestehenden Unterbeschäftigung zu verhindern'' nicht geschlagen werden.

Spontan gibt es die Antwort darauf: ,,Ich werd mich bei der Arbeit doch nicht mehr beeilen, soll ich mich denn selbst zum Tor hinausarbeiten?'' Umfassende Senkung der Vorgabezeiten für die Akkordarbeiter, Rationalisierung und allgemeine Arbeitshetze, kurz Überarbeit der Beschäftigten, das sind die Ursachen der eingetretenen ,,Unterbeschäftigung'', wie die Kapitalisten den Zustand nennen, daß Aufträge fehlen, um rund um die Uhr schanzen zu lassen. Aber jeder weiß, daß die gegenwärtigen Aufträge eines Jahres vor 7 oder 8 Jahren zu den jetzigen Zeiten nicht zu schaffen waren.

Andererseits hat z.B. der Vulkan jetzt nach Verkündigung der neuen Werfthilfe der Regierungen die Buchung eines neuen Kühlcontainerauftrags vermelden lassen. Preis ca. 160 Millionen DM. Wie die kleinen Angestellten aus den Vorstandsetagen berichten, werden zwei weitere Aufträge für Schwesterschiffe dieses Typs dort noch geheim gehalten – um Unruhe wegen der gegenwärtigen Kurzarbeit zu verhindern. Die Bewegung für das Langsamarbeiten ist ziemlich breit.

Am 15. 1. 79 sollte das Renommierbaby des Vulkans (,,Neueinstieg in den Passagierschiffbau''), die zur ,,Sea Princess'' umgebaute ,,Kungsholm'', in See stechen. Am 15. 1. wurde getauft und kassiert. Am 16. 1. vermeldeten die Zeitungen, daß die Dame nun auf großer Fahrt sei. Erstaunlich, denn sie lag immer noch fest vertäut an der Pier. Die ,,kleineren Restarbeiten'' erwiesen sich als so erheblich, daß selbst Vorarbeiter in jedem Raum und Fremdfirmeneinsatz nicht zur Einhaltung des Termins verhalfen. U.a. war die Sprinkleranlage gefroren, teilweise Rohre geplatzt und der Wasserstand *im* Schiff höher als normal **Null**. Am 18. 1. verließ die geliftete Dame dann die Werft, doch kurz vor den britischen Inseln versagte die Maschine und Schlepper wurden gebraucht. Peinlich. Selbst die Presse war peinlich berührt ob dieses Betriebsunfalls, der das Made in Germany und die in einem fort gerühmte Termintreue in Frage stellte. ,,Der Vulkan haftet nicht für eine 12 Jahre alte Maschine'' war der bissige Pressekommentar des einen Direktors. Aber generalüberholt war sie, besser: sollte sie sein, auf dem Vulkan. Aber wie soll etwas generalüberholt werden bei der Arbeitshetze, den Akkorden, einem tariflosen Zustand seit dem 1. Januar und verkündeter Kurzarbeit?

Die Tarifkommissionen der IGM des Nordverbundes haben auf Druck zur gegenwärtigen Lohnrunde die Forderung nach Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90% des Lohnes durch die Kapitalisten erhoben, eine Forderung, die in betrieblichen Vereinbarungen einzelner Stahlwerke an Rhein/Ruhr schon durchgesetzt wurde. 90% des Lohnes sind besser als 68%, und freiwillig werden die Kapitalisten damit nicht überkommen. Aber selbst wenn: Nach wie vor wäre die Kurzarbeit ein lohnendes Geschäft für sie, sie hätten Arbeiter, ohne sie voll selbst zu zahlen, nach wie vor zahlten die Arbeiter ihren Lohn selber aus ihrer Kasse. Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten, Selbstverwaltung der Kassen durch die Arbeiter, volle Weiterzahlung des Lohnes bei Kurzarbeit – nur so kann ihnen dies profitliche Zusatzgeschäft versalzen werden und können die Lohnkürzungen durch Kurzarbeit bekämpft werden.

Kurzarbeit AG ,,Weser'' Seebeck-Werft Bremerhaven

Jahr	durchschn. monatl. Lohn/Soll	durchschn. monatl. Lohn/Real	Lohnzahl. Soll	Lohnzahl. Real	Kurzarb.geld Summe	Einkommenssumme
1977	2153 DM	2092 DM	77,5 Mio.	70,6 Mio.	4,7 Mio.	75,3 Mio.
1978	2261 DM	2127 DM	76,0 Mio.	64,6 Mio.	6,9 Mio.	71,5 Mio.

Verbot der Akkordarbeit ist auf den Werften das Richtige, um zu verhindern, daß es überhaupt zu solchen Phasen der ,,Unterbeschäftigung'' kommt durch die bis zum Exzeß getriebene Überarbeit der Beschäftigten. Ausreichender Lohn ist für alles grundlegend.

Einhaltung des 8-Stundentages einschließlich der Fahrtzeiten zu den Baustellen

r.dum. „Die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, wie sie die Kollegen in anderen Branchen aus ihrer Situation heraus gegenwärtig stellen, können wir nicht erheben. Unsere Rahmentarifverträge laufen noch bis zum 31.12.1980", schreibt „Der Grundstein" zu den kommenden Tarifauseinandersetzungen. Das ist natürlich ein schlechtes Argument, und die Zeitung widerlegt das eine Seite später: „Mit der ständigen Leistungserhöhung ist ein ständig stärkerer Verschleiß der Arbeitskraft verbunden. Bereits jetzt können viele Aufträge nur noch mit Überstunden und durch immer schnelleres Arbeitstempo erledigt werden."

Zwar: Nach offiziellen Statistiken ist die Zahl der Arbeitsstunden um 4,8% zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten um 0,2%. Kann man daraus schließen, daß die Überarbeit in Form von Überstunden abgenommen hat? Keinesfalls, nur die Zahl der Schlechtwetterstunden hat zugenommen, in einem Umfang, daß nach Angaben der BSE die Sommerausgleichspauschale für Schlechtwetter weit überschritten wurde.

Überstunden sind aber nur die augenfälligste Form der Überarbeit. Die Ausdehnung der Arbeitszeit erfolgt zunehmend über die Ausdehnung der Fahrtzeit. Fahrten von 50 km zur Baustelle sind keine Seltenheit mehr. Bei der Firma eines Kollegen, den wir fragten, kommen durch Fahrtzeiten zuzüglich zu den täglichen zwei Überstunden weitere zwei hinzu. Dafür bekommt er als „gehobener Facharbeiter" 2 672,52 DM brutto. Stellt man allerdings die Fahrtzeit als unbezahlte Arbeitszeit in Rechnung, so bedeutet das einen monatlichen Lohnverlust von 92,98 DM brutto.

Im letzten Jahr konnten zwar die Kapitalisten gezwungen werden, für die Fahrerei zu den Baustellen ab 20 km Entfernung 5, für jede weitere 10 km weitere 10 DM zu zahlen, wenn mit eigenem Auto gefahren wird. Dies kann aber keinesfalls den vorenthaltenen Lohn und Verschleiß des Autos kompensieren. Bei Fahrten mit Firmenbussen entfällt der Anspruch auf Fahrtgeld.

Die Kapitalisten wollen freie Hand haben, den Bauarbeiter dahin zu bringen, daß er „mit leichtem Gepäck" dem Kapital überall dorthin folgt, wo seine Arbeitskraft verlangt wird. So gehen sie zum Angriff über auf Arbeiter, die sie bereits zwingen konnten, für Wochen und Monate gänzlich bei der Baustelle zu wohnen. Sie wollen, daß diese Bauarbeiter zu dem üblichen Lohn bezahlt werden, ohne Auslösung. Bereits jetzt ist es so, daß sie für Auswärtsarbeiten mit Auslöseanspruch unter 7 Tage den Ledigen 32,50 DM/Tag, den Verheirateten 40,30 DM zahlen, über 7 Tage aber nur 27,10 bzw. 33,90 DM.

Bei ihrem Angriff setzen die Baukapitalisten bei den Ledigen an, denen sie die Auslösung vollkommen streichen wollen, weil sie keinen doppelten Haushalt führen bräuchten. Da bei dieser Mobilität, die die Baukapitalisten von ihren Arbeitskräften verlangen, die Familien auseinandergehen, spekulieren die Kapitalisten darauf und wollen auch Geschiedenen die Auslösung nicht mehr bezahlen.

Auf der Mitgliederversammlung der BSE in Osnabrück am 19.12.78 kam das Thema erstmals auf die Tagesordnung, was ein Hinweis auf die Verbreitung der Auswärtsarbeit ist. Es wurde beschlossen, die Forderung aufzustellen, die Besteuerung der Auslösung aufzuheben und weiterhin, zu erhöhen.

Eine weitere Form der Überarbeit ist Schwarzarbeit, je nach Überstunden zwischen 2 und 4 Stunden täglich, die ein Großteil der Bauarbeiter macht, weil der niedrige Lohn sie auch dazu treibt. Die Kapitalisten ärgert das, weil „Aufträge" flöten gehen und die Arbeitskraft, obwohl in Betätigung, nicht für sie arbeitet. Diekmann, einer der größten Baukapitalisten in Osnabrück, hat sich eine besondere Teufelei ausgedacht, um Schwarzarbeit zu unterbinden. Soweit als möglich läßt er die Bauarbeiter an die am weitesten von ihren Wohnorten entfernten Baustellen „dislozieren", so daß einfach kein Raum für Schwarzarbeit mehr bleibt.

Insbesondere die Ausdehnung der Arbeitszeit durch immer längere Fahrtzeiten ist keine Angelegenheit, die bis zum 31.12.1980 verschoben werden kann. In dem Kommentar zur kommenden Tarifrunde schreibt „Der Grundstein" weiter, „daß die schwere Bauarbeit durch entsprechene Tariflöhne wieder attraktiv gemacht" werden muß. Zu dem Stahlarbeiterabschluß schreibt die Zeitung: „Bei den heißen Diskussionen um die Frage, ob die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt wird, ist nahezu in Vergessenheit geraten, daß auch eine Lohnerhöhung beschlossen wurde. Man hatte fast den Eindruck, als wenn Einigung auf die vereinbarten 4% für 15 Monate nahezu kampflos über die Bühne gegangen ist. Da wollten wohl beide Tarifparteien nicht noch eine weitere Front aufmachen. Das sind Ausnahmebedingungen, die es verbieten, dieser Zahl Bedeutung für andere Branchen beizumessen."

Abgesehen davon, daß von „Attraktivität" sowieso nicht die Rede sein kann, ist es vollständig richtig und begrüßenswert, die Marke 4% durchbrechen zu wollen. Aber die politischen Fortschritte der Arbeiterbewegung unberücksichtigt zu lassen und nicht in die Waagschale zu werfen, sich darauf zu beschränken, der Steigerung der Ausbeutung allein mit Kompensierung durch Lohnerhöhung beikommen zu wollen, ist eine mangelhafte Taktik.

Da es der Kapitalistenklasse bei den Bauarbeitern gelungen ist, sozusagen schleichend den 8-Stundentag durch Verlängerung der Fahrtzeiten zusätzlich zu durchlöchern und bis zu 12, 13 Stunden am Tag auszudehnen, ist die Aufnahme des Kampfes für den 8-Stundentag, der die Fahrtzeit zu den Baustellen voll miteinbegreift, insofern für die ganze Arbeiterklasse von Bedeutung, als er den Kapitalisten Schranken bei dem Versuch setzt, die Arbeiterklasse vollständig in Industriesoldaten „mit leichtem Gepäck" zu verwandeln.

Die Überstundenschinderei ist jedoch nur die augenfälligste Methode den Arbeitstag auszudehnen.Zunehmend dehnen die Baukapitalisten ihre Operationsbasis aus, teilweise bis zu 100 km Radius. 50 km sind keine Seltenheit.Ein Kollege den wir fragten, steht um 4.00 Uhr auf wenn er um 7.00 Uhr auf der Baustelle sein will. Um 18.30 Uhr ist er frühestens wieder zu Hause.Die Kapitalisten behaupten, da in der Anfahrzeit nicht gearbeitet wird, kann auch kein Lohn verlangt werden. Abgesehen davon, daß es natürlich Verausgabung von Muskeln, Hirn und Nerv bedeutet, wenn man den Trans port zur Baustelle teilweise oder ganz allein besorgen muß, so ist die Fahrzeit Abzug von der Reproduktionszeit und je mehr die Kapitalisten sie ausdehnen, um so schärfer macht sich das im Verlust von Schlaf und Schöpfung neuer Lebenskraft deutlich.

Kapitalisten gezwungen werden, für die Fahrerei zu den Baustellen ab 20 km Entfernung 5, für jede weitere 10 km weitere 10 DM zu zahlen, wenn mit eigenem Auto gefahren wird. Dies kann aber keinesfalls den vorenthaltenen Lohn und Verschleiß des Autos kompensieren. Bei Fahrten mit Firmenbussen entfällt der Anspruch auf Fahrtgeld.

Die Kapitalisten wollen freie Hand haben, den Bauarbeiter dahin zu bringen, daß er „mit leichtem Gepäck" dem Kapital überall dorthin folgt, wo seine Arbeitskraft verlangt wird. So ge-

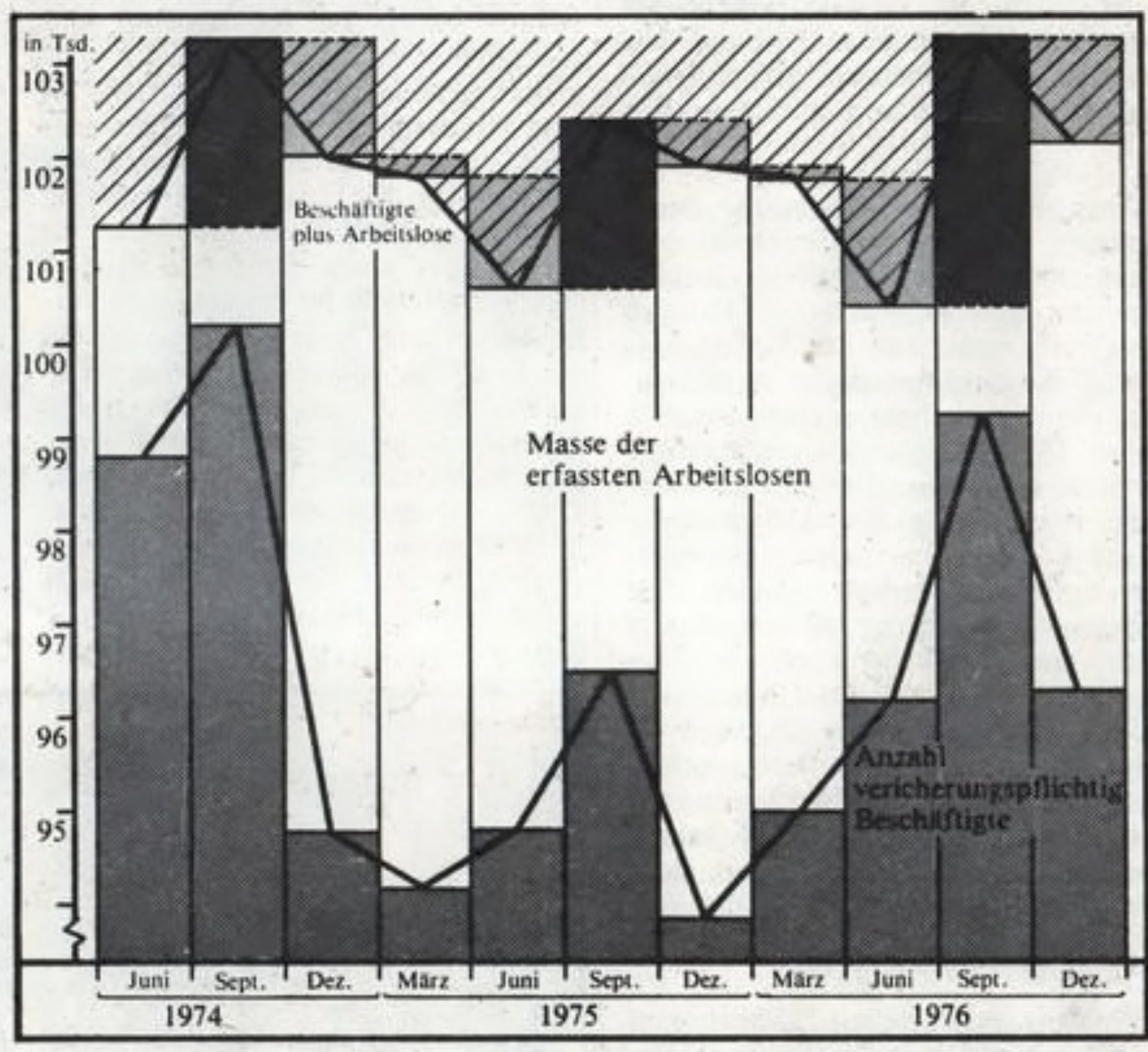
len „dislozieren", so daß einfach kein Raum für Schwarzarbeit mehr bleibt.

Insbesondere die Ausdehnung der Arbeitszeit durch immer längere Fahrtzeiten ist keine Angelegenheit, die bis zum 31.12.1980 verschoben werden kann. In dem Kommentar zur kommenden Tarifrunde schreibt „Der Grundstein" weiter, „daß die schwere Bauarbeit durch entsprechene Tariflöhne wieder attraktiv gemacht" werden muß. Zu dem Stahlarbeiterabschluß schreibt die Zeitung: „Bei den heißen Diskussionen um die Frage, ob die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt

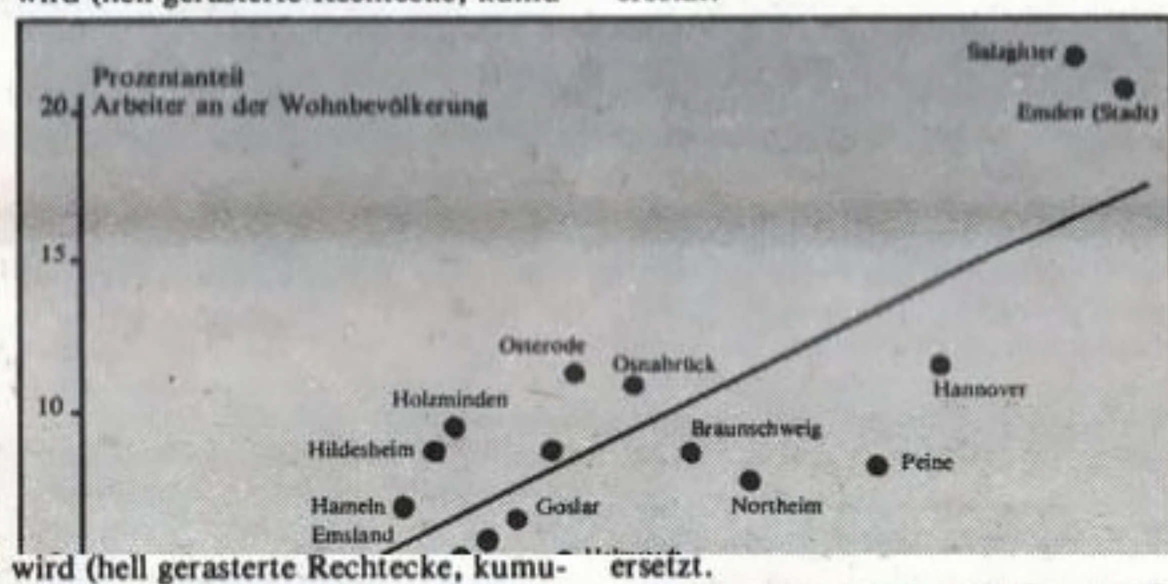
Uhr auf der Baustelle sein will. Um 18.30 Uhr ist er frühestens wieder zu Hause.Die Kapitalisten behaupten, da in der Anfahrzeit nicht gearbeitet wird, kann auch kein Lohn verlangt werden. Abgesehen davon, daß es natürlich Verausgabung von Muskeln, Hirn und Nerv bedeutet, wenn man den Trans port zur Baustelle teilweise oder ganz allein besorgen muß, so ist die Fahrzeit Abzug von der Reproduktionszeit und je mehr die Kapitalisten sie ausdehnen, um so schärfer macht sich das im Verlust von Schlaf und Schöpfung neuer Lebenskraft deutlich.

„Mobilität", so nennt das die Bourgeoisie

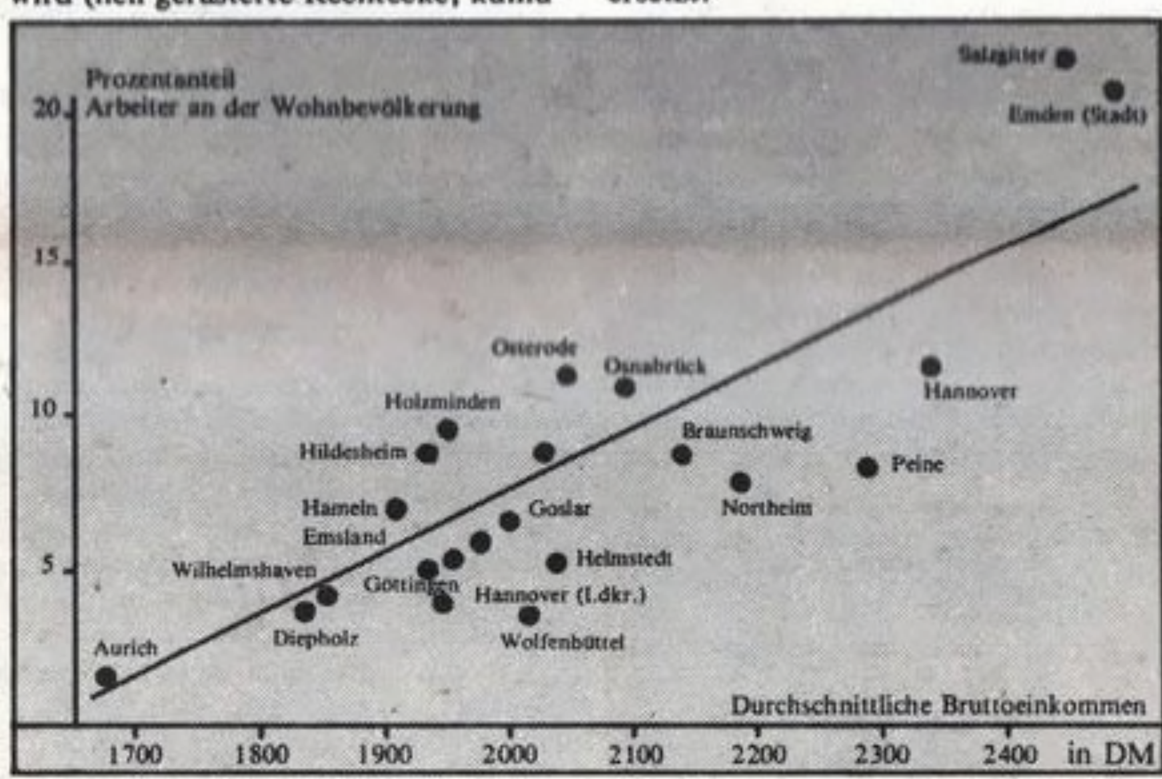
z.gör. Die Umschichtung der Belegschaften hat große Ausmaße angenommen. Nur ein Fünftel der Lehrlinge bleibt länger als 5 Jahre im Ausbildungsbetrieb, mehr als die Hälfte wird nicht übernommen oder nach wenigen Monaten ausgesondert. Während eines Zeitraumes von 15 Jahren wechselt ein Drittel der Arbeiter mindestens einmal den Beruf. Die Bourgeoisie hat sich das insbesondere inbezug auf die Arbeitslosen genau untersuchen lassen: 67 % der „wiedereingegliederten Arbeitslosen" mußte den Wirtschaftszweig, 44 % der Arbeitslosen mußten den Beruf wechseln.



Die Massenarbeitslosigkeit bewirkt insgesamt eine Beschleunigung dieser lohnsenkenden Prozesse, wirkt als Katalysator der „Mobilität". Das erste Schaubild – am Beispiel des Arbeits amtsbezirkes Coburg – zeigt nicht nur, daß ein beträchtlicher Anteil der freigesetzten Arbeitskräfte in die von der Bourgeoisie so genannte und behandelte „stille Reserve" gedrückt wird (hell gerasterte Rechtecke, kumuliert: schraffierte Fläche als Minimum). Man erkennt, daß mit wachsendem Beschäftigungsgrad die Zahl der Arbeitslosen selbst noch zunimmt (dunkel gerasterte Rechtecke): neue Arbeiterschichten werden in den Ausbeutungsprozeß einbezogen, bei industrieller Expansion beschleunigt sich die Belegschaftsumwälzung, alte Arbeiter werden durch junge Arbeiter ersetzt.

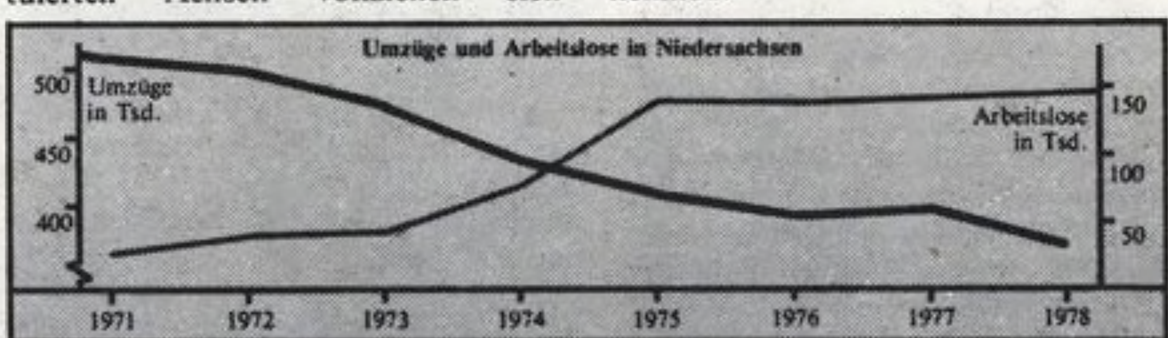


wird (hell gerasterte Rechtecke, kumu- ersetzt.



Grundlage der „Mobilität" des Arbeiters sind die Bewegungen des Kapitals. Die profitgesteuerten Konzentra tions- und Zentralisationsprozesse des Kapitals beherrschen die räumlichen Bewegungen der Arbeiter.

Das zweite Schaubild (aufgrund von Daten der Statistik der Kreise Niedersachsens) zeigt deutlich eine Tendenz relativ höherer Löhne in Richtung auf Regionen mit relativ höherer Industriekonzentration. Gemäß den so konstituierten Achsen vollziehen sich Wanderungsprozesse. In ihrer „Raumordnungsprognose bis zum Jahre 1990" rechnet die Bourgeoisie selbst noch mit einer Verschärfung derart bedingter regionaler Widersprüche: von 1974 - 1990 soll in „Gebiets einheiten mit national bedeutsamen Verdichtungsräumen" die Zahl der Arbeitsplätze um 61300 zunehmen, in „Gebietseinheiten mit kleineren oder ohne Verdichtungsräume in Peripherielage" hingegen die Zahl um 21600 abnehmen.



Das dritte Schaubild illustriert die sinkende Tendenz der regionalen „Mobilität". Dahinter verbergen sich allerdings zwei gegenläufige Bewegungen. Einerseits muß mit den sinkenden Möglichkeiten, einen Ausbeuter zu finden oder zwischen verschiedenen wählen zu können, die regionale Verschiebung von Arbeitermassen gesetzmäßig geringer werden. Andererseits werden Ortswechsel der Arbeitslosen in rasch wachsendem Umfang erzwungen.

Während im Durchschnitt der Wohnbevölkerung jährlich 5% umziehen – rund 3 Millionen! –, sind es bei den Arbeitslosen 16%, die nur durch Ortswechsel einen neuen Arbeitsplatz finden konnten. Die Verengung der Reproduktionsbasis schränkt die Möglichkeiten eines Wohnungswechsels zusätzlich ein. Dafür verlängern sich die Anfahrtswege (schon 1975 *im Durchschnitt* mehr als 12 km) und die Zahl der Pendler erreicht riesige Ausmaße: 7 - 8 Millionen. (Verläßliche aktuelle Daten stehen wegen der vielfach geänderten Kreis- und Gemeindegrenzen nicht zur Verfügung.) – In keiner Region Westdeutschlands gibt es eine größere Zahl längere Zeit nicht besetzter oder besetzbarer offener Stellen. Daher auch der Schluß von Auftragsforschern für die Bundesanstalt für Arbeit: „Regionale Mobilität dürfte die *individuellen* Wiedereingliederungs chancen durchaus positiv beeinflussen, ohne daß dadurch allerdings bei insgesamt unzureichendem Angebot an Arbeitsplätzen Arbeitslosigkeit in wesentlichem Umfang reduziert werden könnte." (Mitteilungen Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2/77, S.218) Im Klartext: Sie dient nur der Verschärfung der lohnniveausenkenden Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitern. Das *meint* die Bourgeoisie mit „Mobilität".

Zur Stützung der „Mobilität": Neue Straßen durch ländliches Gebiet in die Industriezentren

z.eve. Schon 1970 hat die SPD/FDP-Regierung im Bundesfernstraßenplan festgelegt, welche Straßen in der BRD bis 1981 gebaut werden sollen. Für Norddeutschland sind unter anderem festgelegt worden:

Autobahnen: Hamburg – Neumünster – Rendsburg – Flensburg; Bremen – Cuxhaven; Bremen – Wilhelmshaven; Bremen – Emden.

Bundesfernstraßen: Ruhrgebiet – Lingen – Emden – Bremerhaven – Stade – Hamburg – Lübeck; Hamburg – Heide – Husum; Braunschweig – Uelzen – Lüneburg – Hamburg.

Als Grundlage für die Bundesfernstraßenplanung wurde eine Prognose der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Arbeitsplätze aufgestellt. Ausgangspunkt für die Ermittlung des „Erschließungsbedarfs ist die Erreichbarkeit der Wirtschaftszentren" (Raumordnung als Grundlage der Fernstraßenplanung; Institut für Raumordnung).

Es geht also nicht nur um schnelleren Transport der Güter, sondern auch um den schnelleren Transport der Ware Arbeitskraft an die Kapitalisten. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, daß der PKW-Bestand „einen höheren Wert erreichen" wird, „als bisher angenommen". Das weiß sie zu nutzen. Der geplante und teilweise schon umgesetzte Straßenbau führt durch Regionen, die von der Bundesregierung als „strukturschwach" bezeichnet werden. Durch das Emsland, durch Ostfriesland, Schleswig-Holstein und am Ostrand der Lüneburger Heide. Die Straßen verbinden meist Industriezentren miteinander. So erhoffen sich die Kapitalisten eine schnelle und reibungslose Zufuhr der Arbeiter.

Ende 1978 waren die Landesarbeits amtsbezirke Niedersachsen-Bremen und Schleswig-Holstein-Hamburg u.a. die Bezirke mit der höchsten Arbeitslosigkeit. Niedersachsen-Bremen 4,9% und Schleswig-Holstein 4,4% bei einem Bundesdurchschnitt von 4,1%.



Nicht umsonst hat Verkehrsminister Gscheidle im Bericht der Bundesregierung 1977 das erste Mal als verkehrs politisches Ziel „Wirtschaftsförderung und Arbeitsplatzsicherung" genannt.

Ein Dr. Sörgel hat im Juli 1978 im Auftrage des Ehrenbergministeriums geforscht und herausgefunden, daß mit „den meisten Arbeitslosen (80%) nicht über die Frage gesprochen worden ist, ob sie in anderen Gegenden eine bessere Chance hätten, eine Arbeit zu finden." Das war Ehrenberg Anlaß genug, das neue Arbeitsförderungsgesetz zu planen, nach dem „ein Arbeitsplatz nicht als unzumutbar abgelehnt werden kann, weil der Weg von und zur Arbeitsstätte an einem Tag nicht zu schaffen ist."

Die Bourgeoisie geht davon aus, daß die Bundesbahn die Aufgabe nicht übernimmt, die Arbeiter in wachsendem Maß in die Fabrik zu bringen. Die Bundesbahn ist im wesentlichen dazu da, und wird auch immer mehr in diese Richtung ausgebaut, den Transport der Waren für die Kapitalisten zu übernehmen. Daher auch die Streckenstillegungen in der ebenfalls „struktur schwachen" Heide. Schon der ehemalige Verkehrsminister Seebohm ist 1960 davon ausgegangen, daß die Deutsche Bundesbahn ein Zuschußbetrieb ist. Daß also die Volksmassen über Steuern und Fahrpreise den Kapitalisten den billigen Gütertransport garantieren. Also werden Straßen gebaut, die den Kapitalisten auch nichts kosten. Was sich die Kapitalistenklasse über die Umwälzung der Arbeiterklasse erhofft, ist eine gewaltige Lohnsenkung nach und nach für die gesamte Arbeiterklasse.

Im Raumordnungsbericht der Bundesregierung 1978 wird den Kapitalisten vorgerechnet, daß der Lohn in den „strukturschwachen" Gebieten durchschnittlich um 300 DM niedriger liegt als in den wirtschaftlichen Ballungsräumen. Das ist das Lohnniveau, auf das die Kapitalisten gern alle Arbeiter gedrückt hätten. In den verkehrspolitischen Zielen des Ministers Gscheidle liest sich das so: „Gewährleistung einer sozial gerechteren Wohlstandsvertei lung".

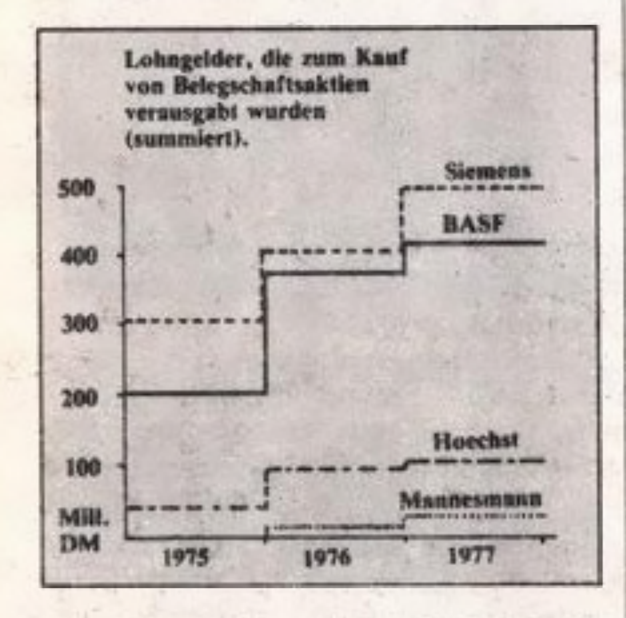
Belegschaftsaktien – Ideal zur Schmierung der Antreiber

z.klr. „Rund die Hälfte unserer Mitarbeiter verfügen nunmehr über 15 % des Inländerbesitzes", schwärmen die Siemens-Kapitalisten und hoffen, daß sich die Arbeiter als solche „Miteigentümer" verhalten und für „ihren Betrieb" ranklotzen. Über den Verkauf von Belegschaftsaktien zum Vorzugspreis haben die Siemens-Kapitalisten seit 1969 500 Millionen DM aus den Löhnen und Gehältern der Arbeiter und Angestellten in Kapital verwandelt.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in dem Sondergutachten vom Juni 1978 erklärt: „Es muß aber nicht sein, daß der Verteilungskampf die Lohnfindung so stark belastet wie in manchem der vergangenen Jahre. Über Entspannungsmöglichkeiten, wie sie in einer Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer liegen könnten, hat sich der Sachverständigenrat wiederholt geäußert. Die einkommenspolitische Diskussion darf nicht zum Stillstand kommen." Im Klartext heißt das, daß die Bourgeoisie Lohnraub, Überstunden, Akkordverschärfungen gegen die Belegschaften durchsetzen will durch Verbreitung der Illusion, daß der Anteil des Arbeiters an Gewinn und Vermögen mit jeder Aktie mehr wachse und daß die Verschärfung der Ausbeutung für ihn als „Aktionär" vorteilhaft sei.

Siemens verkaufte seit 1969 neunmal Aktien an die Belegschaft zum Vorzugspreis von 156 DM pro 50-DM-Aktie, deren Börsenkurs jeweils über 220 DM lag. Der Käufer darf die Aktie innerhalb einer Sperrfrist von 5 Jahren nicht verkaufen. Das Belegschaftsaktiengesetz der Bundesregierung legt fest, daß die Differenz zwischen dem Vorzugspreis und dem Börsenkurs nicht zu den zu versteuernden Einkünften des Arbeiters gerechnet wird, wenn dieser Vorteil nicht höher ist als die Hälfte des Börsenwertes.

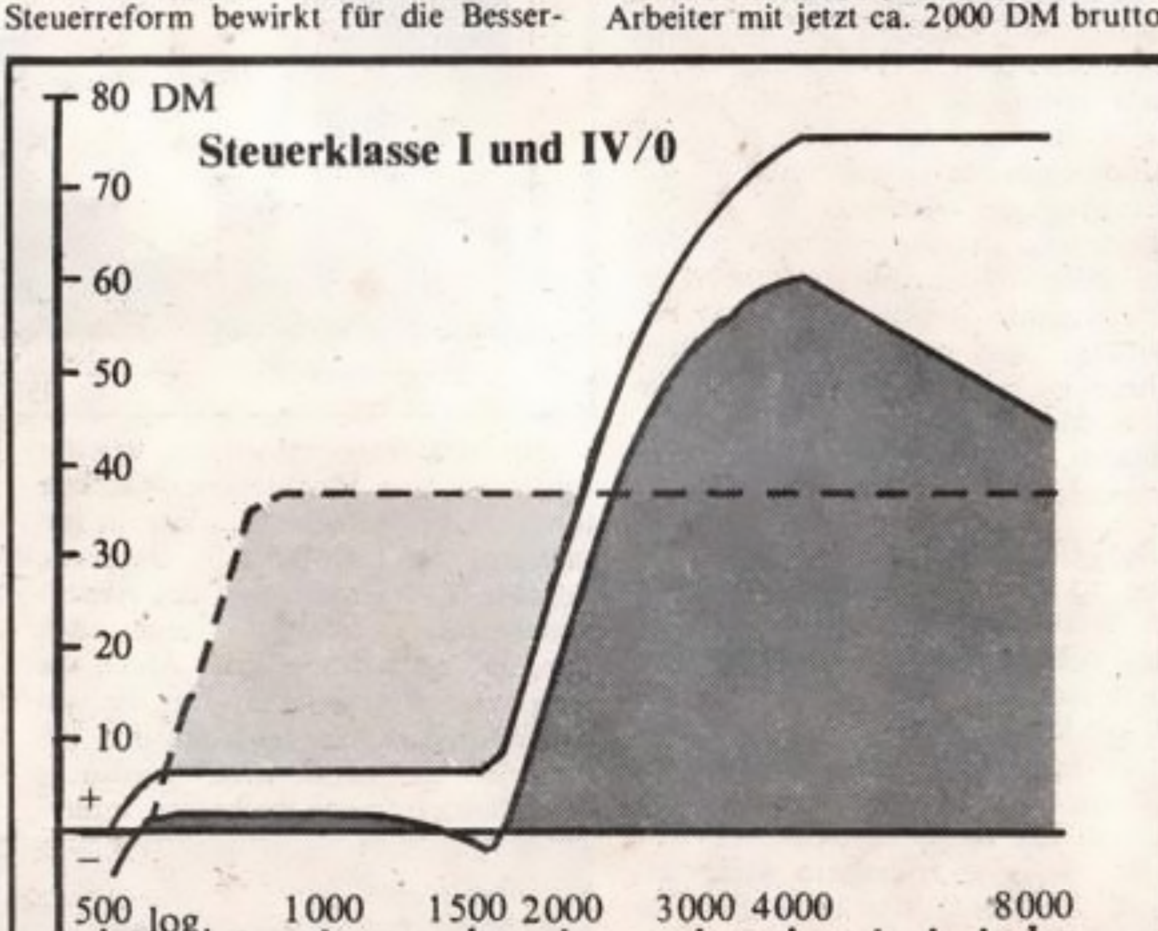
Der Kapitalist, der Belegschaftsaktien ausgibt, kann diese Differenz, also tien ausgibt, kann diese Differenz, also seine „Ausgaben, die seinen steuerpflichtigen Gewinn bzw. die potentiellen Steuerverbindlichkeiten mindern", obwohl er keinen roten Heller tatsächlich ausgegeben hat, von seinem zu versteuernden Profiten abziehen. Hoechst hat auf diese Weise zwischen 1960 und 1977 immerhin 71 Millionen Profit der Besteuerung entzogen.

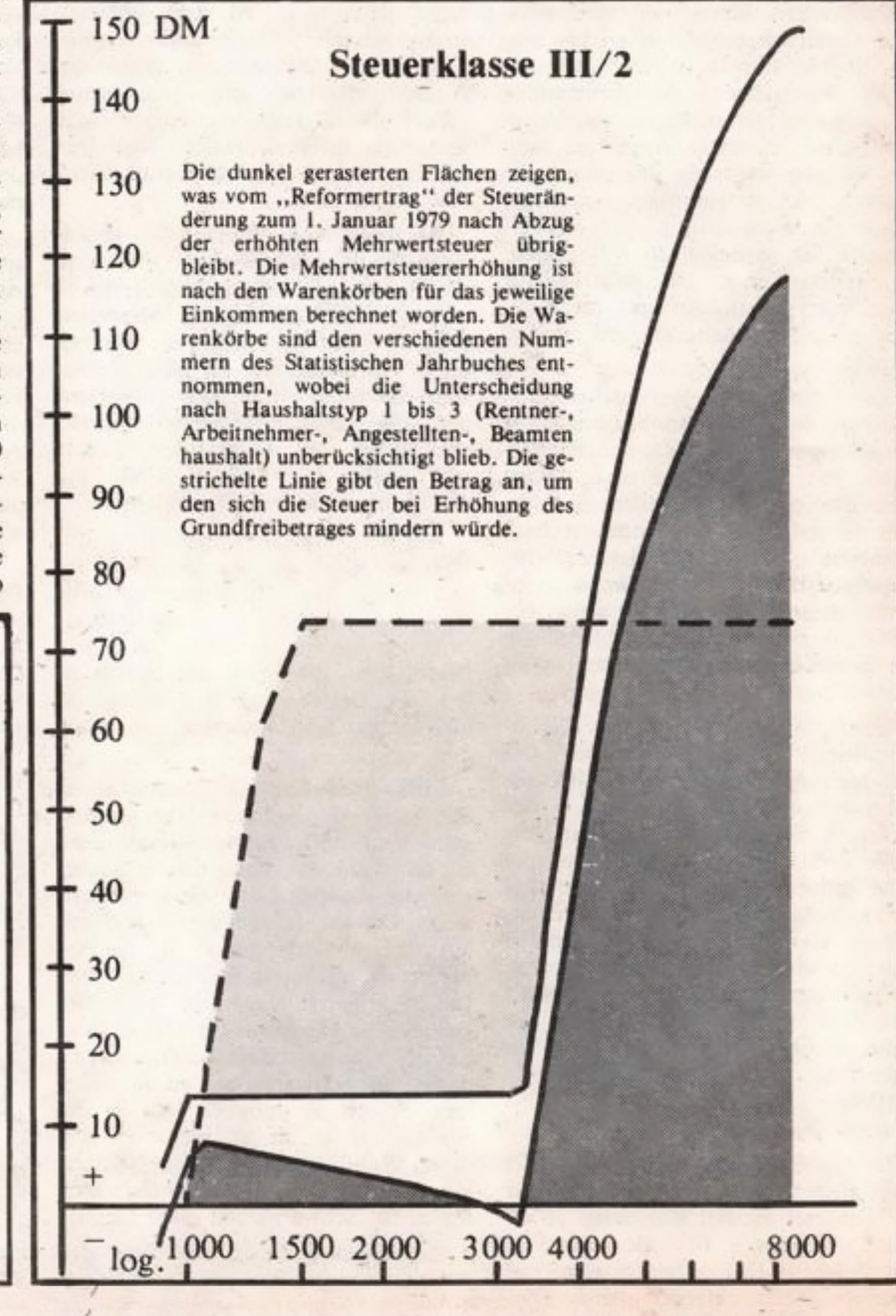


Im Geschäftsbericht 1977 schreibt der Vorstand von Hoechst: „Wir wünschen, daß auch möglichst viele Mitarbeiter Aktionäre werden. Dies ist seit langem unser Ziel und Kern unserer Vermögensbildungsmaßnahmen. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten. Seit 1969 gab der Hoechst-Konzern dafür 71 Millionen DM aus. Über 40000 Mitarbeiter, etwa die Hälfte der Konzern-Belegschaft, sind heute Miteigentümer ihres Unternehmens. Als Aktionäre halten sie 2,1 % des Grundkapitals der Hoechst AG." Während dieser Sorte „Miteigentümer" mit den Belegschaftsaktien Lohngelder geraubt werden und der Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten mit der Fessel, daß jeder Arbeiter sein eigener Ausbeuter sei, erstickt werden soll, wirken sich die Belegschaftsaktien segensreich für den Teil der „Mitarbeiter" aus, die sie sich in Massen kaufen und ihren Anteil am Mehrwert zum Vorzugspreis in Aktien verwandeln können. Es handelt sich bei Hoechst um die nach unserer Schätzung etwa 2900 außertariflichen Mitarbeiter, die im Durchschnitt um die 8000 DM im Monat einstecken. Zum selben Vorzugspreis haben 75 % von ihnen 1976 Aktien für 7,7 Millionen DM Börsenkurs gekauft, wovon Hoechst 3,2 Millionen beigeschossen hat. 1977 waren es bereits Zuschüsse von 4,7 Millionen, also 2160 DM durchschnittliche pro Antreiber zum Kauf von Aktien im Börsenwert von 7580 DM.

Mehrwertsteuererhöhung verstärkt Wirkung der Steuerreform: Lohnsenkend und abspaltend – Erhöhung des Grundfreibetrages um 2000 DM

z.brp. Die Mehrwertsteuer, die zum 1. Juli 1979 erhöht wird bei den Nahrungsmitteln von 6 auf 6,5%, bei den meisten übrigen Waren, die in den privaten Konsum eingehen, von 12 auf 13%, verstärkt die Wirkung der Steuerreform. Diese bringt ab Januar 1979 *vorübergehend* für die Arbeiter und Angestellten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen eine 7-DM- bzw. 14-DM-Minderbelastung bei der Besteuerung. Der Reformertrag steigt mit wachsendem Einkommen fühlbar und *langanhaltend*: bei Beschäftigten in Steuerklasse I und IV (ohne Kinder) steigt er ab 1800 DM brutto, bei Verheirateten mit Kindern (Steuerklasse III/2) ab ca. 3300 DM Bruttomonatseinkommen. Gegen die dauernden Lohnsenkungen brauchen die Arbeiter jetzt mindestens 86 bis 100 DM mehr Lohn, die Besserverdienenden haben nach der Steuerreform selbst bei nur 3 Prozent *mehr* als bei 100 DM Festgeld. – Mehrwertsteuererhöhung nach der Steuerreform bewirkt für die Besserverdienenden, daß die Mehrbelastung nivelliert wird, die Besserverdienenden erhalten selbst bei geringer Lohnerhöhung absolut mehr Bares – trotz Mehrwertsteuererhöhung. Bei den Arbeitern und Angestellten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bewirkt die Mehrwertsteuererhöhung, daß von dem Reformertrag aus der Steuerreform nichts mehr bleibt, bei Steuerklasse I und IV ist beim Monatsbruttolohn von 1500 DM der Betrag für die erhöhte Mehrwertsteuer *höher* als der Reformertrag, bei Steuerklasse III/2 bei 3000 DM. Danach reicht selbst eine geringe prozentuale Lohnerhöhung aus, um wieder in die Pluszone zu kommen. In der Kombination von Steuerreform plus Mehrwertsteuererhöhung wird die Spaltung weiter nach unten gelegt, von 1800 DM bzw. 3300 auf jetzt 1500 bzw. 3000 DM, für *wenig mehr* sollen dadurch die besserverdienenden Facharbeiter von der Masse der Arbeiter abgespalten werden. Die Arbeiter mit jetzt ca. 2000 DM brutto werden bei niedrigen Lohnabschlüssen in Prozenten *und* Mehrwertsteuererhöhung Jahr für Jahr *absolut* weniger Lohn für die Reproduktion zur Verfügung haben. – Und Bundesfinanzminister Matthöfer hofft, diese Steuerreform werde bis 1980 halten! Wird der jährliche Grundfreibetrag um 2000 DM erhöht, dann kann die erhöhte Mehrwertsteuer ausgeglichen werden, und die Spaltung über die Reformerträge zwischen der Masse der Arbeiter und den Facharbeitern kann im wesentlichen überwunden werden.





Die dunkel gerasterten Flächen zeigen, was vom „Reformertrag" der Steueränderung zum 1. Januar 1979 nach Abzug der erhöhten Mehrwertsteuer übrigbleibt. Die Mehrwertsteuererhöhung ist nach den Warenkörben für das jeweilige Einkommen berechnet worden. Die Warenkörbe sind den verschiedenen Nummern des Statistischen Jahrbuches entnommen, wobei die Unterscheidung nach Haushaltstyp 1 bis 3 (Rentner-, Arbeitnehmer-, Angestellten-, Beamtenhaushalt) unberücksichtigt blieb. Die gestrichelte Linie gibt den Betrag an, um den sich die Steuer bei Erhöhung des Grundfreibetrages mindern würde.

Kieler Jugendplan: „Der Jugend einen festen Platz im Gemeinwesen einräumen"

r.ipn. Der unter Verantwortung von Sozialdezernent Lütgens entworfene und von der Kieler Ratsversammlung verabschiedete Kieler Jugendplan (KJP) ist der Versuch, die 75324 Jugendlichen der Stadt noch umfassender als bisher unter Kontrolle zu bringen und zu unterdrücken. Zuständig dafür ist das Jugendamt mit seinen verschiedenen Abteilungen wie: Erziehungsberatung, Jugendpflege, Jugendtreffs, Spielplätzen, Kindergärten, Kinderheimen, Erziehungshilfe, Jugendaufbauwerk, Jugendgerichtshilfe usw. Damit diese Einrichtungen sich nicht der Kontrolle des Dienstherrn entziehen und der eine oder andere Jugendliche durch die Maschen schlüpft, schreibt der KJP die Aufgaben einheitlich fest und stellt sie unter „politische Oberziele", die die Mitarbeiter auf den Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung festnageln sollen.

Mit Hilfe dieses Plans hofft die Stadt Kiel, Schlappen wettzumachen, die sie mit dem alten Plan eingefangen hat. Weder ist es ihr gelungen, der Rebellion der Jugendlichen Herr zu werden, noch hat sie ihr Sozialarbeiterheer für die Durchsetzung ihrer Pläne ausrichten können. Jugendpfleger Pape hat Prügel von zu „betreuenden" Jugendlichen bekommen, die städtischen Heime Gaarden und Mettenhof mußte die Stadt schließen und verrammeln, weil Jugendliche sie abzubrechen drohten.

Die Treffs der Jugendlichen vor Hertie, dem Städtischen Krankenhaus oder in Parks werden regelmäßig von der Polizei aufgesucht, weil sicher ist, daß die Kontrolle nicht ohne „Widerstand" abläuft und über ein Jugendgerichtsverfahren der Weg ins Heim erheblich verkürzt werden kann.

Um Einfluß auf die Jugendlichen zu gewinnen, lockt die Stadt vor allem die Arbeiterjugendlichen mit Ferienfahrten und läßt Jugendtreffs organisieren. Sportvereine werden angepriesen und entsprechend gefördert, denn „Vereinsmitglieder brauchen weniger Aufmerksamkeit der öffentlichen Jugendpflege als die anderen, vor allen Dingen völlig bindungslosen jungen Menschen, um die sich in zunehmendem Maße die immer wilder wuchernden Pseudoreligionsgemeinschaften und radikalen politischen Gruppen und Gruppierungen kümmern."

Für die Jugendlichen, die sich dieser gewünschten „Bindung" an die Bourgeoisie nicht unterwerfen wollen, die sich insbesondere nicht für jeden Preis ausbeuten lassen wollen, hält die Stadt rasch offene Zwangsmaßnahmen bereit. Über vom Arbeitsamt finanzierte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen läßt sie 30 Jugendliche Spielplätze reparieren und vernutzt jugendliche Zigeuner, die sich bisher der kapitalistischen Ausbeutung völlig entzogen haben. Der Tariflohn von 830 DM erschien der Stadt dann auch viel zu hoch, und aus „pädagogischen Gründen" sollten dieses Jahr die Jugendlichen vor Arbeitsantritt gezwungen werden, ⅓ des Lohns zwangszusparen. Dieser Angriff konnte jedoch zurückgeschlagen werden. Da auch hier die Kontrolle allem Anschein nach nicht ausreicht, hat das Kieler Sozialministerium am 16.1.1979 mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes, Bovensiepen, eine Vereinbarung getroffen zur „Beschäftigung und Betreuung" von etwa 500 „schwer vermittelbaren" arbeitslosen Jugendlichen. Neben der Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme tritt jetzt der Sozialarbeiter während der Arbeit ein „sozialpädagogischer Betreuer" in der Freizeit zur Seite und, auf jeden Fall sollen die Jugendlichen genau in den Einrichtungen ihre „Eingliederung in das Berufsleben erfahren", in die sie bisher nicht gepreßt werden konnten: Jugendheime, Sportanlagen und ähnliches.

Damit auch kein Jugendlicher der Kontrolle und Bespitzelung der Stadt Kiel durch die Lappen geht, hat sie eine Planstelle für „Jugendschutz" im neuen Haushalt vorgesehen. Ein Sozialarbeiter soll die Diskotheken und Kneipen nach Jugendlichen absuchen und an sogenannten sozialen Brennpunkten sein Unwesen treiben. Bisher hat die Stadt jedoch erhebliche Schwierigkeiten, für diese Aufgabe einen Sozialarbeiter zu finden. Die Sozialarbeiter im Jugendamt haben sich bereits geweigert, in die Bresche zu springen. Für die Heimleitung des Jugendheimes Gaarden wurde ein Bewerber abgelehnt, weil er nicht bereit war, in jedem Fall die Polizei gegen die Jugendlichen einzusetzen. Womit die Stadt auch gleich klar stellt, unter welchen Bedingungen sie das Heim wieder zu eröffnen gedenkt.

Unter dem Polizeiknüppel soll die Arbeiterjugend im „Prozeß der Selbstfindung selbständiges Handeln im Rahmen sozialer Ordnung entwickeln". Womit gemeint ist, daß die Kinder rasch aus solchen Familien entfernt werden sollen, die den Rahmen der „sozialen Ordnung" der Bourgeoisie nicht bieten. „Die Berufstätigkeit beider Eltern, unzulängliche Wohnverhältnisse und mangelndes Wissen über Erziehung können sich sehr ungünstig auf die Entwicklung und Prägung in den ersten 3 Lebensjahren auswirken", weshalb die Bourgeoisie diesen Kindern möglichst rasch das Kreuz brechen will. Die „nachlassende Bereitschaft und Fähigkeit der Familien, den eigenen Kindern optimale Sozialisationsbedingungen zu bieten, geht einher mit einer zunehmenden Konsumhaltung und Verhaltensunsicherheit und dem damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Persönlichkeitsstruktur innerhalb der Familie ... Dies muß oft durch Herauslösung von Kindern aus den Herkunftsfamilien geschehen". – Viel Vertrauen hat der Kieler Magistrat nicht in seinen Jugendplan, lieber hätte er die Kinder vom Säuglingsalter an unter seiner Fuchtel.

r.svr. Im Dezember wurde Ralph Wannof, Mitglied des Kommunistischen Jugendbundes Bremen aus dem „heilpädagogischen Jugendheim" Dobbheide in Bremen-Nord von zwei Polizisten und einem Gerichtsvollzieher in die geschlossene Erziehungs- und Zwangsarbeitsanstalt Freistatt verschleppt.

Schon lange vorher hatte das Jugendamt Bremen zusammen mit dem Jugendamt Offenbach diese Verschleppung geplant. Sie wurde damit begründet, daß Ralph seine Mitschüler und die Sozialarbeiter in der Dobbheide terrorisieren würde, und daß er im KBW sei. Vorausgegangen war dem Beschluß, Ralph zu verschleppen, außerdem ein „innerbetrieblicher Bericht" des Jahrgangsleiters Fehringer vom Schulverbund Lesum, der Schule, in die Ralph eine Zeitlang ging. In diesem Bericht heißt es: „Ohnehin lehnt er die Schule (sowohl die Institution als auch den Lehrstoff) als ‚Instrument der Bourgeoisie' bzw. als ‚Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse' ab... Er war nicht bereit, die Schule als Partner zu akzeptieren... Ralph stört oft seine Mitschüler außerordentlich beim Lernen: Er provoziert Zwischenfälle, er verwickelt die Lehrkräfte in fruchtlose Debatten und Auseinandersetzungen, so daß der Unterrichtsablauf unterbrochen wird."

Gegen die Verschleppung hat es von vornherein Widerstand gegeben. Die anderen Jugendlichen im Jugendheim Dobbheide haben von Anfang an den Kampf gegen diese Maßnahme organisiert und beschlossen, Ralph nicht aus den Augen zu lassen. Die Verschleppung konnte überhaupt nur deshalb erfolgen, weil die anderen Jugendlichen zu dem Zeitpunkt gerade nicht da waren.

Mittlerweile hat die Bewegung gegen die Einkerkerung Jugendlicher durch das Jugendamt weite Teile der Jugend Bremens und der Umgebung erfaßt. Diese Bewegung organisiert sich auf der Grundlage der Forderung nach dem Recht auf freie Wahl des Wohnorts und auf Schulbesuch für Ralph Wannof. Es liegen zahlreiche Erklärungen vor, die die Einkerkerung von Ralph Wannof verurteilen und diese Forderung erheben. So von einer Hauptschulklasse des SZ-Lerchenstraße, wo Ralph zuletzt zur Schule ging, sowie von 8 weiteren Schulen; weiterhin liegen Erklärungen vor von einer Arbeitstagung der Gesamtschülervertretung Bremen, von der Jugendvertretung des Bremer Vulkan und anderen Organen. Deutlich wird, daß der Kampf gegen die Unterdrückung und Bevormundung durch das Jugendamt von der Jugend geführt wird, die die ganze Bespitzelung, die Einmischung in die Familien der Arbeiterklasse und der Volksmassen und die direkte Einkerkerung der Jugendlichen durch das Jugendamt bekannt und verhaßt ist.

Neue EG-Agrarministerrunde: ,,Denkpause" ergebnislos verstrichen

Widersprüche verschärft / Britische Imperialisten wollen ebenfalls Konzessionen bei der Agrarpolitik

z.bil. Letzten Freitag haben sich die EG-Agrarminister zu einer neuen Runde in Brüssel getroffen. Im Januar war das Treffen wegen ihrer Streitereien zweimal geplatzt.

Es gibt ein Quentchen Einigkeit unter den französischen, westdeutschen und britischen Imperialisten: Keine Erhöhung der Agrarpreise. Das schlägt der EG-Kommissar Gundelach vor. Ertl wird sich zögernd dafür gewinnen lassen, das deutet sich schon an, auch wenn der Bauernverband unter Heereman eine 5%ige Erhöhung der Agrarpreise fordert. Für die Agrarbourgeoisie aus Italien, Großbritannien und Frankreich sind auch bei Einfrieren der Agrarpreise noch genug Preisanhebungen und Profit drin. Eingeleitet wird in den Verhandlungen in Brüssel eine neue Vernichtungswelle der kleinen Bauern in den europäischen Ländern. Keinen Streit wird es auch um die Vorschläge geben, ,,übermäßige Milchproduktion" mit *Preisabschlägen* zu bestrafen. Auch um die daraus folgende Ruinierung von weiteren Tausenden von Milchbauern gibt es keinen Streit.

Heftig verfeindet sind die westlichen Imperialisten über die Frage der Grenzausgleichszahlungen. Die französischen und die westdeutschen Imperialisten sind als erste wegen der Grenzausgleichsregelung aneinandergeraten. Diese Währungsausgleichsregelung gilt für alle Agrarerzeugnisse, für die Interventionspreise gemeinsam festgesetzt sind wie für Butter, Magermilchpulver, Getreide und Rindfleisch sowie für die Folgeprodukte, bei denen sich der Preis von den Interventionspreisen der Grundprodukte ableitet, zum Beispiel für Getreideverarbeitungsprodukte, Eier, Geflügel. Die Wirkung des Währungsausgleichs entfaltet sich bei den Ländern, deren Währung während der letzten Jahre aufgewertet wurde, in der Weise, daß Währungsausgleichsbeträge bei Einfuhren erhoben und bei Ausfuhren gewährt werden. In abwertenden Ländern werden Währungsausgleichsbeträge bei Einfuhren gewährt und bei Ausfuhren erhoben.

Die westdeutschen Finanzbourgeois sind heftig gegen den Wegfall der Grenzausgleichszahlungen. Mit ihnen streiten Dänemark, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Ertls geäußerte ,,Konzession" war zuletzt, daß er im Interesse der Einführung des EWS einem schrittweisen Abbau des Grenzausgleichs unter der Voraussetzung, daß durch den EWS ein Ausgleich geschaffen wird, wohl zustimmen könne. Der EWS müsse ,,Vorleistungen zur Wiederherstellung binnenmarktähnlicher Verhältnisse auf dem Agrarmarkt bringen". Unter welchem Namen die BRD-Imperialisten die Riesensubventionen einkassieren, ist ihnen egal. Nur aufgeben wollen sie diese Summen unter keinen Umständen. Die westdeutschen Bourgeois haben durch den Grenzausgleich in den vergangenen Jahren viel gescheffelt. Als ,,Aufwertungsland" sind alle Exporte von Agrarprodukten mit einem Zuschlag versehen worden.

Exportiert die BRD nach Italien, so kassieren die westdeutschen Finanzbourgeois gleich zweimal, den deutschen Währungsausgleich von 10,8% und den italienischen von 16,4%. Umgekehrt müssen die französischen Imperialisten zahlen, wenn sie exportieren. Die BRD-Imperialisten haben so auf Grund dieser Einschränkung von Konkurrenznachteilen ihren Export kräftig gesteigert. Die französischen Imperialisten demonstrieren Unnachgiebigkeit und fordern die Streichung der Grenzausgleichsbeträge, als Vorbedingung für den Eintritt in den EWS. Mittlerweile haben sich die britischen Imperialisten eingemischt. Sie sind für eine Beibehaltung des Grenzausgleichs. Warum? Sie kassieren bei Importen. Insgesamt verbilligen sich alle Einfuhrprodukte auf diese Weise um 27%. Der britische Außenminister Owen hat erklärt, daß der ,,Abbau des Grenzausgleichs nur mit einer grundlegenden Reform der Agrarpreispolitik betrachtet werden könne", konkret sind die britischen Imperialisten für die Einfrierung der Agrarpreise und preispolitische Maßnahmen zum Abbau der Agrarüberschüsse. Die westdeutschen Finanzbourgeois steuern jetzt einen neuen ,,Kompromiß" an, der ihnen alle Konkurrenzvorteile gegenüber den anderen EG-Imperialisten erhalten soll. Dieser ,,Kompromiß" sieht die Zustimmung zum Abbau des Grenzausgleichs vor, bei Einführung eines neuen ,,Subventionsnetzes", um die Vorteile weiterhin einzukassieren. Werden sich die französischen und britischen Imperialisten unter diesen Voraussetzungen für die Losung ,,Rein in den EWS" begeistern?



z.jon.Paris. Die Gewerkschaften, die die 650000 Lohnabhängigen in der französischen Landwirtschaft vertreten, haben eine gemeinsame Charta der Rechte und Forderungen der Landarbeiter vorgelegt, mit der sie den Kampf um das Landwirtschaftsrahmengesetz vorbereiten, das die Regierung in diesem Jahr verabschieden lassen will. Die wichtigsten Forderungen sind: Gleiche Löhne in der Landwirtschaft wie in Industrie und Handel; gleicher Versicherungsschutz; die gleichen gewerkschaftlichen Rechte; Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Schaffung von Ausschüssen für Gesundheit und Arbeitssicherheit; verbesserter Schutz gegen Entlassungen. – Das Bild zeigt einen Streik der Fahrer, Landarbeiter und Kellereiarbeiter der Winzerkooperative Gravir in Rabastens (Tarn) im November 1978 gegen die Entlassung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Arbeitern, die bei einem früheren Streik einen Tarifvertrag erkämpft hatten, der u.a. einen 13. Monatslohn und einen Mindestlohn von 2700 FF vorsah.

1898: Wintertagung der Junker, ab 1951 Grüne Woche

z.ham. Seit 1898 führten die Junker im Osten und die Gutsbesitzer im Westen ihre ,,exklusive Wintertagung" jährlich in der alten Reichshauptstadt Berlin durch. Träger war die ,,Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft". Ausgestellt wurden die neuesten Maschinen, und die Junker ließen sich durch Referate des Finanzkapitals gern über die bessere Ausbeutung der Landarbeiter informieren. In Westberlin wird erstmals 1951 die ,,Grüne Woche" veranstaltet mit dem neuen Element Ernährungswirtschaft. An der Westberliner Stadtbevölkerung testen die Nahrungsmittelkonzerne, wie weit sie die Reproduktion der Arbeiter durch schlecht verarbeitete landwirtschaftliche Produkte drücken können. Aus dem 500 km entfernten Schlesien kamen die Barone nicht mehr angereist, aber hin zu ihren alten Besitzungen wollten sie wieder – 1953 haben sie eigens ein Buch: ,,Landwirtschaft in der freien Welt – Grüne Woche Berlin" herausgebracht. Heute lassen sich die Großagrarier – bei Ausschluß der Öffentlichkeit – die Pläne der Finanzbourgeoisie exklusiv einen Tag vor Eröffnung der Grünen Woche erläutern. – Ab 1969 wird aus der nur ,,grünen" Woche die ,,Internationale Grüne Woche", auch im Agrarexport hatten die westdeutschen Kapitalisten Boden gegenüber den Konkurrenten wettgemacht: Der Agrarexport, 1969 knapp 1 Mrd. DM, ist bis 1978 auf 10 Mrd. DM angewachsen.

Steigender Umsatz der Landmaschinenkapitalisten

z.zik. Der massenhaften Ruinierung der kleinen Bauern trotz maßloser Auslaugung der Familienarbeitskraft entspricht auf der Seite der Agrarkapitalisten steigende Konzentration des Bodens und immer intensivere Ausbeutung von Landarbeitern mit modernster Maschinerie. Die Landmaschinenkapitalisten verzeichnen kräftige Steigerungsraten von Produkten und Umsatz.

Umsatzentwicklung und Produktionswerte der Landmaschinenkapitalisten

	Umsatz-Index (1970 = 100)	Produktionswert (in Mrd. DM)
1974	125,0	4,8
1975	147,8	5,0
1976	159,3	5,8



zösischen und die westdeutschen Imperialisten sind als erste wegen der Grenzausgleichsregelung aneinandergeraten. Diese Währungsausgleichsregelung gilt für alle Agrarerzeugnisse, für die Interventionspreise gemeinsam festgesetzt sind wie für Butter, Magermilchpulver, Getreide und Rindfleisch sowie für die Folgeprodukte, bei denen sich der Preis von den Interventionspreisen der Grundprodukte ableitet, zum Beispiel für Getreideverarbeitungsprodukte, Eier, Geflügel. Die Wirkung des Währungsausgleichs entfaltet sich bei den Ländern, deren Währung während der letzten Jahre aufgewertet wurde, in der Weise, daß Währungsausgleichsbeträge bei Einfuhren erhoben und bei Ausfuhren gewährt werden. In abwertenden Ländern werden Währungsaus-

gekehrt müssen die französischen Imperialisten zahlen, wenn sie exportieren. Die BRD-Imperialisten haben so auf Grund dieser Einschränkung von Konkurrenznachteilen ihren Export kräftig gesteigert. Die französischen Imperialisten demonstrieren Unnachgiebigkeit und fordern die Streichung der Grenzausgleichsbeträge, als Vorbedingung für den Eintritt in den EWS. Mittlerweile haben sich die britischen Imperialisten eingemischt. Sie sind für eine Beibehaltung des Grenzausgleichs. Warum? Sie kassieren bei Importen. Insgesamt verbilligen sich alle Einfuhrprodukte auf diese Weise um 27%. Der britische Außenminister Owen hat erklärt, daß der ,,Abbau des Grenzausgleichs nur mit einer grundlegenden Reform der Agrarpreispolitik betrach-

z.jon.Paris. Die Gewerkschaften, die die 650000 Lohnabhängigen in der französischen Landwirtschaft vertreten, haben eine gemeinsame Charta der Rechte und Forderungen der Landarbeiter vorgelegt, mit der sie den Kampf um das Landwirtschaftsrahmengesetz vorbereiten, das die Regierung in diesem Jahr verabschieden lassen will. Die wichtigsten Forderungen sind: Gleiche Löhne in der Landwirtschaft wie in Industrie und Handel; gleicher Versicherungsschutz; die gleichen gewerkschaftlichen Rechte; Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Schaffung von Ausschüssen für Gesundheit und Arbeitssicherheit; verbesserter Schutz gegen Entlassungen. – Das Bild zeigt einen Streik der Fahrer, Landarbeiter und Kellereiarbeiter der Winzerkooperative Gravir in Rabastens (Tarn) im November 1978 gegen die Entlassung von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Arbeitern, die bei einem früheren Streik einen Tarifvertrag erkämpft hatten, der u.a. einen 13. Monatslohn und einen Mindestlohn von 2700 FF vorsah.

Steigender Umsatz der Landmaschinenkapitalisten

z.zik. Der massenhaften Ruinierung der kleinen Bauern trotz maßloser Auslaugung der Familienarbeitskraft entspricht auf der Seite der Agrarkapitalisten steigende Konzentration des Bodens und immer intensivere Ausbeutung von Landarbeitern mit modernster Maschinerie. Die Landmaschinenkapitalisten verzeichnen kräftige Steigerungsraten von Produkten und Umsatz.

Umsatzentwicklung und Produktionswerte der Landmaschinenkapitalisten

Nur bei Ausbeutung von Landarbeitern oder in genossenschaftlichen Kooperativen ist die moderne Maschinerie noch nutzbar. – Die kleinen Bauern beginnen, sich kollektiv Landmaschinen zu beschaffen. Die Unterstützung der vom Finanzkapital beherrschten Genossenschaften haben sie dabei *nicht*.

Mähdrescherbestand in Bayern

	in gemeinschaftlichem Besitz	in genossenschaftlichem Besitz	Gesamt
1972	4791	34	51 214
1973	4230	25	50 385
1974	5166	43	54 949
1975	5132	29	53 091

Novellierung des Landeswassergesetzes – ,,optimal gestaltet" zur weiteren Ruinierung und Ausplünderung der Bauern

r.uwa. Letzte Woche wurde vor dem schleswig-holsteinischen Landtag die Anhörung über die Neufassung des Landeswassergesetzes abgeschlossen. Mit diesem Gesetz versucht die Bourgoisie, die gesamte Abwasserbeseitigung, Deich- und Gewässerunterhaltung unter ihre Kontrolle zu bekommen und sie zu einem weiteren Ausplünderungsfeldzug zu nutzen. Sie tarnt dies mit dem Deckmäntelchen des Umweltschutzes. Nachdem der Anschlußzwang bei Frischwasser weitgehend durchgesetzt ist, soll dasselbe jetzt bei Abwasser nachexerziert werden. Die privaten Brunnen der Bauern wurden schon vor Jahren verboten, jetzt geht die Bourgeoisie daran, die dörflichen Selbstversorgungsgemeinschaften, die sich nach dem Verbot gebildet hatten, zu zerschlagen.

In Süderhackstedt sollen die teuren Anlagen, die sich die Bauern gemeinsam angeschafft haben, um ihre Unabhängigkeit von der staatlichen Versorgung aufrechtzuerhalten, jetzt nur noch für ,,Katastrophenfälle" zulässig sein. Allein in den letzten 8 Jahren ist der Bezugspreis für einen Kubikmeter Frischwasser von 0,45DM auf 1,10 DM gestiegen.

Jetzt werden die Gemeinden im §35 des Landeswassergesetzes (LWG) zur Abwasserbeseitigung verpflichtet, die ,,Verbraucher" werden in Abs. 2 verpflichtet, ihr Abwasser, einschließlich desjenigen aus Abflußrohren, Gruben und des Schlamms aus Hauskläranlagen den ,,Beseitigungspflichtigen zu überlassen". Die Gemeinden müssen teure Abwasserbeseitigungsanlagen bauen und werden sich die Investitionen und insbesondere die Zinsen, die sie dafür an die Banken zahlen müssen, durch Gebühren wieder hereinholen.

Massive Maßnahmen ergreift die Bourgeoisie, um die Umstellung der Stallentmistung auf Gülle durchzusetzen. Während bislang der Abfall aus den Ställen in Jauche und Mist getrennt wurden, wird jetzt der gesamte tierische Abfall ohne Verwendung von Stroh mit Wasser weggespült und kann dann in einem Arbeitsgang als Gülle auf die Felder gebracht werden. Dazu werden Beihilfen bis zu 15000 DM gezahlt – natürlich nur an die großen Bauern, die sich diese großen Investitionen leisten können. Die Kleinbauern sind heute oft gezwungen, ihre Jauche einfach in den Graben zu leiten. Das Bußgeld für solche ,,Verbrechen" wird von 10000 DM auf bis zu 100000 DM heraufgesetzt.

Die zweite Maßnahme des Gesetzes ist, daß die Unterhaltungspflicht für Gewässer zweiter Ordnung auch auf künstliche Gewässer und auf Gewässer ohne wasserwirtschaftliche Bedeutung ausgedehnt wird. Doch auch diese Unterhaltung können die Bauern nicht selber machen, sondern die Erfüllung der Unterhaltspflicht obliegt den Wasser- und Bodenverbänden, in denen sie Zwangsmitglieder sind. Bezahlen müssen die Bauern für diese Unterhaltung.

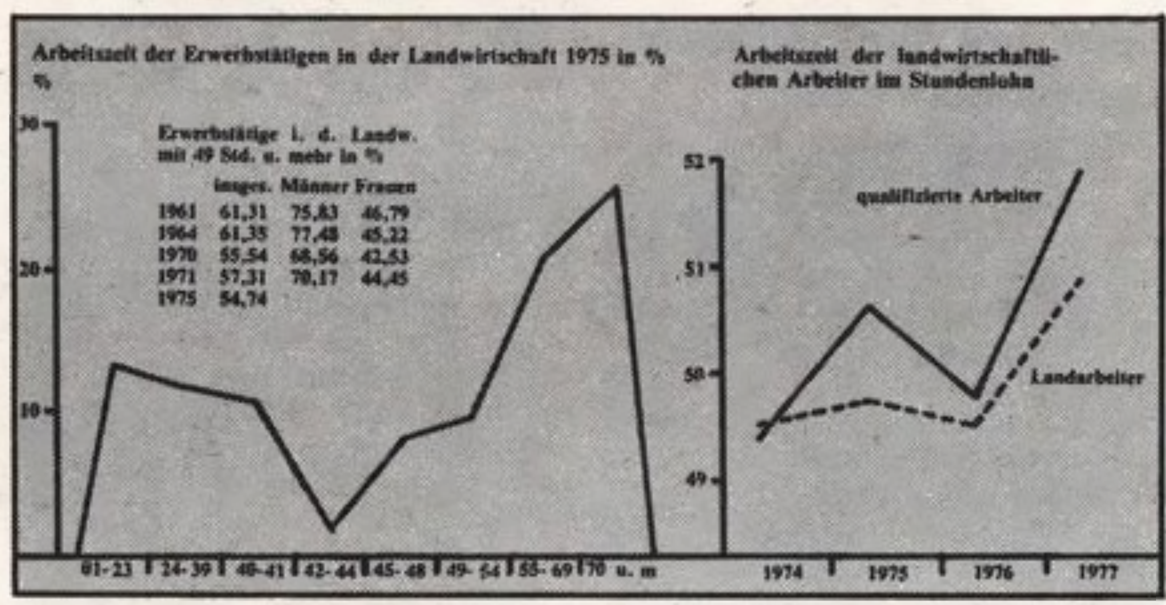
Die Tätigkeit dieser Verbände wird vom Landwirtschaftsministerium und von den Landräten kontrolliert, die jetzt nach §69 LWG ,,in die Lage versetzt werden, alle Gewässer 2. Ordnung zu überwachen". (Aus der Begründung des Entwurfes).

Ebenso kann jetzt der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, durch Verordnungen ,,... 3. zur Sicherung und Unterhaltung von Deichen, Dämmen, Halligwarften und des Vorlandes Vorschriften über deren Bau, Unterhaltung, Schutz und Nutzung, sowie über die Nutzung der in der Nähe von Deichen oder Dämmen liegenden Grundstücke erlassen...", ,,... wegen der oft mangelhaften Bau- und Unterhaltungsarbeiten an Halligwarften und wegen der damit verbundenen Gefährdung des Hochwasserschutzes." Als ob nicht die Ruinierung der Bauern, sondern ihr mangelndes Interesse Schuld an dem schlechten Zustand der Deiche wäre.

In § 97a schließlich wird die Enteignung von Grund und Boden ,,für Unternehmen der öffentlichen Abwasserbeseitigung", sowie bei Widerstand dagegen die vorzeitige Inbesitznahme durch den bürgerlichen Staat festgelegt. Bislang muß sich die Bourgeoisie bei diesen Enteignungen auf ein Gesetz von 1874 stützen, was den betroffenen Bauern die Möglichkeit gegeben hat, ,,die Ausführung dringlicher Vorhaben zu erschweren und zu verzögern" (aus der Begründung).

In der von Stoltenberg unterzeichneten Einführung zu dem Entwurf steht noch folgende Unverschämtheit: ,,Der Vollzug dieses Gesetzes erfordert auf seiten des Landes ... einen erhöhten Verwaltungsaufwand vor allem im personellen Bereich, der Kosten von etwa 600000 DM verursachen wird. ... Die Kommunen legen die auf sie entfallenden Kosten im Wege des Gebühreneinzuges auf die Verursacher um." Über die Erhöhung der Gebühren für Wasser und Abwasser hinaus werden den Bauern auch noch die Kosten für Untersuchungen des Abwassers aufgebürdet, falls es in ein Gewässer eingeleitet wird.

Maßlose Ausdehnung des Arbeitstages



r.chs. Von 979471 landwirtschaftlichen Betrieben haben 1974 62,75 % ein außerbetriebliches Einkommen, zumeist aus Lohnarbeit; mehr als 68 % dieser Betriebe bewirtschaften kleine Höfe mit bis zu 10 ha Land. Zwar fällt statistisch der Anteil der Landwirte mit einer Arbeitszeit ab 49 Stunden, doch der relativ hohe Anteil der Bauern, die bis zu 40 Stunden in der Landwirtschaft arbeiten, drückt die wachsende Zahl von ,,Nebenerwerbsbauern" aus, die ihre Arbeitskraft und die aller Familienangehörigen zusätzlich zur Ausbeutung in der Landwirtschaft noch in der Industrie ausbeuten lassen müssen. Sprunghaft steigt zudem die Anzahl der Bauern, die mehr als 55 Stunden arbeiten müssen, mehr als ein Viertel aller in der Landwirtschaft Tätigen sogar mehr als 70 Stunden.

Die wachsende Konzentration und Zentralisation von Kapital in der Landwirtschaft bedingt einerseits den Einsatz von Maschinerie in großem Maßstab, andererseits ist die massenhafte Vernichtung selbständiger Bauernexistenzen die Voraussetzung. In diesem Konkurrenzkampf wird der Masse der Bauern wie den Nebenerwerbsbauern und ihren Familienangehörigen ein doppelter Arbeitstag aufgebürdet. Das kapitalistische Eigentum an Grund und Boden zwingt den kleinen und mittleren Bauern individuell zum äußersten Einsatz von Arbeitskraft, um so die Produktivität zu steigern. Mit solchen Methoden kann die auf der Ausbeutung beruhende großkapitalistische Agrarwirtschaft natürlich nicht geschlagen werden, und der Normalarbeitstag kann so nicht erreicht werden. Der Kampf um die genossenschaftliche Organisierung der Produktion ist notwendig.

Enorme Ausbeutung in der Ernährungsindustrie Westberlins

z.isw. Die Ernährungsindustrie ist nach der Elektroindustrie der zweitgrößte Westberliner Industriezweig. Während zum Beispiel der Anteil des Maschinenbaus am Umsatz der Gesamtindustrie von 8% 1972 auf 6% im Juni 1978 zurückging, stieg der Anteil des Ernährungsgewerbes im gleichen Zeitraum von 12% auf 20%. Von Jahr zu Jahr steigen die Umsätze im Ernährungsgewerbe sprunghaft, und das bei sinkender Beschäftigtenzahl. Diese Rekordumsatzsteigerungen gelingen den Kapitalisten durch erhöhte Schweißauspressung der Arbeiter in dieser Branche und durch Lohnsenkungen. In den meisten Betrieben der Ernährungsindustrie wie Kaffeeverarbeitung, Brauereien, Backwarenherstellung und Süßwarenherstellung wird in großem Maße Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit verlangt. Der Lohn wird in einer Kafferösterei zum Beispiel nach einem Punktesystem berechnet, nach dem jedes Zuspätkommen oder ,,minderwertige Arbeit" Punktabzug und damit Lohnsenkung zur Folge haben. Kein Wunder, daß die Kapitalisten weiter investieren, 1977 179 Mio. DM, das sind 16% der Westberliner Gesamtinvestitionen. Der Senat stellt dazu vielfältige Hilfen aus Steuergeldern zur Verfügung: Steuervergünstigungen, Investitionszulagen, Darlehen, Bürgschaften, Hilfen bei der Grundstücksbeschaffung usw.

Österreich: Neuer Aufguß der „politischen Bildung"

z.pek. Im Rahmen der imperialistischen Bildungsreform der österreichischen Bourgeoisie hat das Unterrichtsministerium Mitte Januar die Unterrichtsbeispiele für das „neue Prinzip der Politischen Bildung" vorgestellt. Von wegen „neues Prinzip" – mit einem neuen Aufguß der politischen Indoktrination soll die Arbeiterjugend angesichts fortschreitender Lohnsenkung und Plünderung der Löhne gegenüber der Kapitalistenklasse und dem Staatsapparat entwaffnet werden.

So sollen die Schüler der Hauptschulen beispielsweise Berechnungen über die „Finanzierung von Mietwohnungen und die Mietzinsbildung" durchführen. Als Lernziel sollen sie dabei festhalten, daß eine Monatsmiete von 3362 Schilling (467 DM) für eine $43m^2$-Kleinwohnung sich aus den Faktoren „Abschreibung, Zinsrückzahlung, Instandhaltung und Verwaltungskosten" zusammensetzt und darin kein Groschen Profit des Wohnungskapitalisten enthalten ist. 75% eines Monatslohns für einfache Arbeit als Miete für eine Kleinstwohnung zu zahlen, soll damit zur mathematischen Gesetzmäßigkeit erhoben und die schamlose Plünderung des Lohns durch die hausbesitzenden Kapitalisten gerechtfertigt werden. Selbst bei Altbauwohnungen, die häufig weder über einen Wasseranschluß noch über eine Innentoilette verfügen und deren Mieten niedriger sind, machen die hausbesitzenden Kapitalisten ihren Schnitt. Zwischen 30000 und 150000 Schilling „Ablöse" sind beim Bezug einer solchen Wohnung in der Regel als Tribut an den Hausbesitzer zu zahlen.

Um mit ihrer Indoktrination zur Zersetzung der Lohnkämpfe der Arbeiter noch landen zu können, müssen die österreichischen Imperialisten in ihren „praxisnahen Unterrichtshilfen" scheinbar „neutral" die tatsächliche Lage der Arbeiterklasse aufgreifen. An einem Rechenbeispiel sollen „Vor- und Nachteile der Lohnerhöhungsmöglichkeiten für *verschiedene Einkommens klassen*" untersucht werden. Für Bruttolöhne von 5000, 9000 und 13000 Schilling werden die Auswirkungen einer Lohnerhöhung um 6%, 4% plus 200 Schilling Sockelbetrag und 500 Schilling Festgeld berechnet. Die Lehrer sollen dann unter dem Zwang des Beamtenrechts je nach Lage einen Spaltkeil in die Front der Lohnkämpfe treiben. Für den Fall, daß sie dabei nicht mitmachen und die Lohnkämpfe der Arbeiter unterstützen, erklärte Unterrichtsminister Sinowatz: „Mißbräuchliche und einseitige Auslegung des Materials wird durch die Schulaufsicht zu verfolgen sein."

Schulaufsicht weist Lehrer zur schärferen Notenauslese an

Schleswig-Holstein

„Falsche Rücksichtnahme darf nicht dazu verleiten, daß Leistungen, die nicht voll einer Zeugnisstufe entsprechen, mit eben dieser Note bezeichnet werden. Dies gilt insbesondere auch für das Zeugnis ‚ausreichend' (4), das wirklich nur dann erteilt werden darf, wenn die darin enthaltene Bewertung voll verantwortet werden kann." So heißt es in einem Erlaß der schleswig-holsteinischen Schulaufsicht. Zugrunde liegt offenkundig die Befürchtung, daß die Lehrer das Noten- und Prüfungssystem nicht scharf genug zur Aussiebung benutzen. Das neue Schleswig-Holsteinische Schulgesetz (vom Juli 1978) regelt: „Die Bewertung der Schülerleistungen obliegt der Beurteilung durch die beteiligten Lehrkräfte und – im Rahmen seiner Aufgaben – durch den Schulleiter in pädagogischer Verantwortung." Und zur Interpretation wird sogleich hinzugefügt: Der Schulleiter kann „in seiner Eigenschaft als weisungsberechtigter Vorgesetzter die von Lehrern oder Klassenkonferenzen vorgenommene Bewertung von Schülerleistungen ändern", – z.B. „bei auffälliger Häufung guter oder schlechter Noten in einer Klasse". Der Willkür seitens der Schul- und Dienstaufsicht wird Tür und Tor geöffnet. Es wird ausdrücklich festgehalten, „daß die bisher nur in der Rechtsprechung vertretene Auffassung über die eingeschränkte gerichtliche Nachprüfbarkeit der Bewertung von Schülerleistungen gesetzlich verankert wird." Und es wird dem Kultusminister per Gesetz ausdrücklich beliebiger Spielraum gegeben, um je nach Lage per Erlaß beliebige Notenverteilungen durchzusetzen; z.B. kann er festlegen, „daß eine fehlende Beurteilung die gleiche Wirkung wie die ungünstigste Note haben kann, wenn die Beurteilung nicht möglich ist, weil der Schüler die Gründe dafür vorsätzlich herbeigeführt hat...", also Anwendung des Notensystems unmittelbar auch als politisches Disziplinierungsmittel. – Kleinlichst-genaue Vorschriften für die Notengebung seitens der Lehrer gehen mit weitestgehender Willkür der Dienstaufsicht Hand in Hand; die politische Funktion des Notensystems in den Händen der Bour geoisie macht beides notwendig.

Nordrhein-Westfalen

Mit einer Fülle von Verordnungen, Erlassen und Anweisungen über das ganze Schuljahr hinweg will die NRW-Landesregierung den Notendruck verschärfen und die Auslese nach unten verstärken. Vor dem Hintergrund dieser zentralen Maßnahmen wird an den einzelnen Schulen versucht, bessere Kontrolle der Lehrer bei der Auslese durchzusetzen. Am Heisenberg-Gymnasium in Dortmund ließ der Schulleiter Häger bereits zu den Zeugnissen vor einem Jahr Zettel an die Lehrer verteilen, in denen jeder seine Noten in den einzelnen Klassen und ihren Durchschnitt angeben sollte. Dies Verfahren stieß aber auf den Widerstand vieler Lehrer und verschwand deswegen stillschweigend wieder.

Jetzt werden andere Methoden angewandt. Bereits im Herbst dieses Schuljahres wurden die Klassenlehrer der 9. Klassen angewiesen, Schüler, die vielleicht ein zweites Mal sitzenbleiben könnten, rechtzeitig so zu „beraten", daß sie zur Hauptschule gehen, um dort immerhin noch einen Abschluß zu bekommen. Tatsächlich sind dadurch etliche Schüler hinwegberaten worden und tauchen nirgendwo in Sitzenbleiberstatistiken mehr auf.

In der Oberstufe wird für den nötigen Notendruck gesorgt, indem Lehrer, die „zu gut" benoten, oder Fächer, in denen es „zu gute" Noten gibt, einfach weniger eingesetzt werden. So wird es am Heisenberg-Gymnasium in der Jahrgangsstufe 11 keinen Leistungskurs Biologie in diesem Jahr geben, obwohl viele Schüler ihn gewählt haben. Angeblich, weil die Lehrer dafür fehlen. Im Lehrerkollegium gibt es darüber andere Auffassungen: es fehlt offensichtlich an geeigneten Notenknüppelschwingern. Sowieso kann man feststellen, daß die Schulleitung dafür sorgt, daß auch immer genügend Lehrer, die bekannt sind für ihre scharfe Notengebung, in der Oberstufe eingesetzt werden. Hingewiesen worden sind die Lehrer vor einiger Zeit auch noch auf die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz „zur Arbeit in der gymnasialen Oberstufe" (veröffentlicht Aug. 78), wo es heißt, daß eine „möglichst große Übereinstimmung der Beurteilungsmaßstäbe über die Fächer hinweg angestrebt werden" soll. Natürlich bei „voller Ausschöpfung der Notenskala".

Schüler boykottieren zentrale Prüfungen
z.coi.Stockholm. In vielen Städten
Jahr 5600, d.h. 5% aller Schüler, die
richtliche Nachprüfbarkeit der Bewertung von Schülerleistungen gesetzlich verankert wird." Und es wird dem Kultusminister per Gesetz ausdrücklich
vieler Lehrer und verschwand deswegen stillschweigend wieder.
Jetzt werden andere Methoden an-
stimmung der Beurteilungsmaßstäbe über die Fächer hinweg angestrebt werden" soll. Natürlich bei „voller Ausschöpfung der Notenskala".

Schüler boykottieren zentrale Prüfungen

z.coi.Stockholm. In vielen Städten Schwedens haben am 16.1.1979 tausende von Gymnasiasten der 3. Klasse (12. Schuljahr) die zentrale Schwe disch-Prüfung boykottiert. In Stockholm demonstrierten ca. 400 Schüler vor der Oberschulverwaltung und forderten die vollständige Beseitigung der zentralen Prüfungen. Diese Prüfungen werden in verschiedenen Fächern einmal im Jahr einheitlich und gleichzeitig im ganzen Land für jeweils einen Schuljahrgang durchgeführt. Die große Mehrzahl der Schüler hat einen ziemlichen Haß auf diese Unterdrückung, so daß in einigen Schulen „solche Arten von Aktionen so gewöhnlich sind, daß man unter den Schülern gar nicht mehr um Boykott abstimmt, man führt ihn einfach durch" (Dagens Nyheter).

Der Boykott der zentralen Prüfungen ist Teil des Kampfes der schwedischen Schülerbewegung für die Abschaffung des Notensystems. In den meisten der neunjährigen Grundschulen (von 7 bis 16 Jahren) gibt es nur in den letzten drei Jahren Zeugnisse, in manchen nur Abschlußzeugnisse. Das Sitzenbleiben ist in der Grundschule abgeschafft. Stattdessen jedoch nehmen sich besondere Nachhilfelehrer der „schwachen" Schüler an. Die Selektion ist noch so effektiv, daß jedes Jahr 5600, d.h. 5% aller Schüler, die Grundschule ohne Abschluß verlassen müssen.

Die Forderung der Schüler nach Abschaffung der Abschlußzeugnisse und damit nach freiem Zugang zum Gymnasium, auf das ca. 70% der Grundschulabsolventen wechseln, beantwortete die Bourgeoisie 1977 mit der Veröffentlichung einer von der Oberschulverwaltung durchgeführten Untersuchung zur Reform des Schulwesens. Resultat der Untersuchung: Abschaffung des Abschlußzeugnisses und seine Ersetzung durch eine Beurteilung der Persönlichkeit des Schülers durch das Lehrerkollegium nach Kriterien wie: Zusammenarbeitsvermögen, Arbeits tempo, Selbständigkeit, u.ä. Die Antwort war eine zentrale Demonstration im Mai 1978 mit 4000 Schülern in Stockholm. Sie wurde von der Metall arbeitergewerkschaft unterstützt.

Die Schülerbewegung tritt weiterhin für die Bezahlung der Arbeitskraft der Gymnasiasten ein. In ihrem Grundsatzprogramm fordert die Zentralorganisation der Schüler den Studienlohn und als Übergangslösung 500 SKr. pro Monat als rückzahlungsfreies Stipendium. Das gegenwärtige „Studienhilfe"-System zwingt jeden 3. Gymnasiasten, neben der Schule zu arbeiten.

Heftige Auseinandersetzungen um die Personalratswahlen am Studienseminar Celle

r.alk. Ende November 1978 einigte sich die GEW-Betriebsgruppe des Studienseminars Celle auf das folgende politische Programm: – Wir sind gegen alle Bestrebungen der Kürzung der Anwärterbezüge. – Einstellung aller Lehrer, Abschaffung der Überstunden. – Herabsetzung der Regelstundenzahl. – Keine Verschärfung der Prüfungsordnung. – Fachleiterbesuche nur nach Absprache und Zustimmung der Referendare. – Lehrmittelfreiheit am Studienseminar. – Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Öffentlichen Dienst.

13 Referendare kandidierten auf der GEW-Liste zu den Personalratswahlen. Die Wahlausschreibungsformulare verschwanden daraufhin vom Schwarzen Brett, wodurch die Wahl auf den 18.1. verschoben werden mußte. Der Philologenverband nutzte die Zeit, um seine Liste mit wohlwollender Unterstützung der Seminarleitung zusammenzuschustern.

Am 15.1. verteilte H. Bühmann, Vorsitzender der Jungen Union des Landkreises Celle und Sohn des CDU-Landrats Bühmann, ein Flugblatt, in dem er „als GEW-Mitglied" unter der Überschrift „KBW oder GEW in den Personalrat?" aufrief, die Liste des Philologenverbandes zu wählen. Am folgenden Tag forderte Sommer, einer vom Triumvirat der Seminarleitung, dazu auf, die Wahl der GEW-Liste „zu überdenken". Er war besorgt um den Ruf der Seminarleitung, die in der Kommunistischen Jugendzeitung wegen Anhörungsverfahren und politischer Fünfen gegen den Referendar A. Kleene, der auf Platz 3 der GEW-Liste stand, angegriffen wurde. Schüler und Referendare haben das aufmerksam studiert.

Die GEW-Liste antwortete mit einer Öffentlichen Erklärung: Das Vorgehen von H. Bühmann, die „hinterhältige und feige Art und Weise", wurde aufs schärfste verurteilt, ebenso die Unterstellung, daß bei der Aufstellung der Liste geschoben und geschmiert worden sei. Festgehalten wird an allen Forderungen des Programms.

Bei einer Wahlbeteiligung von 78,3 % erhielt die GEW 61,7 % gleich 3 Sitze, der Philologenverband 38,3 % gleich 2 Sitze. Die Forderungen des Programms der GEW-Liste drücken Interessen der Lehrer aus. Die GEW-Betriebsgruppe hat für den Stahlarbeiterstreik 85 DM gespendet, sie fordert die Beseitigung der Ministerpräsidentenbeschlüsse und für den Tarifkampf im Öffentlichen Dienst 140 DM Festgeld und 250 DM Urlaubsgeld mehr für alle. Führung des Lohnkampfes und Kampf um die Forderungen des Programms sind die nächsten Aufgaben.

BRD-Imperialismus lechzt nach Reichtümern Indochinas

Schulbücher zwischen 1950 und 1970

z.cal. Das Interesse des BRD-Imperia lismus an den Reichtümern der Völker Indochinas ist seit seinem Bestehen ungebrochen. Der Volkskrieg der Völker Indochinas gegen den französischen und amerikanischen Imperialismus zwingt ihn zum Taktieren. Nach wie vor setzen sie auf die Möglichkeit der ökonomischen Infiltration nach dem Vorbild ihrer Ostpolitik. Die korrekte Politik der Kommunistischen Partei Kampucheas, die innerhalb von 3 Jahren aufgrund der Lösung der Landfrage das Ernährungsproblem löste, zeigt, daß ihr Kalkül nicht aufgehen muß.

1950: Die westdeutschen Imperialisten lechzen nach dem Reichtum der Völker Indochinas.

„Allgemein gilt die Bevölkerung (Indochinas, d.V.) in ihrem Wesen als sanftmütig, fleißig und liebenswürdig ... Auch in Französisch-Indochina überwiegt der Reisanbau, auf dem nicht nur die Ernährung, sondern auch der Großteil der Ausfuhr beruht. Hierfür eignen sich ganz besonders die Deltas der Flüsse, vor allem des Mekong und des Sojg-Köl. Diese bilden die Reisschüssel, auf die die nördlichen Gebiete angewiesen sind... Gegenüber dem Reis treten Mais, Baumwolle, Kautschuk und Tabak zurück. Kaffeepflanzungen wurden in Tongking und Annam angelegt. Zuckerrohr gedeiht im Süden. Kambodscha liefert Pfeffer... 57% des Landes bedecken Wälder mit wertvollen Nutzhölzern. Weit verbreitet ist das Bambusrohr. Sehr wichtig für die Ernährung ist auch der Fischfang. Von China eingeführt hat sich die Seidenraupenzucht besonders in Kolchinchina verbreitet. In der Nähe des Hafens Haiphong im Norden Indochinas wurden große Kohlevorkommen festgestellt, die jetzt schon jährlich 2,5 Millionen Tonnen liefern". („Asien, Australien-Ozeanien und die Weltmeere", S. 58).

Die Kolonialisierung, Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung durch den französischen Imperialismus wird als „Hilfe" dargestellt:

„Die Industrie entwickelte sich dank französischer Hilfe. Reismühlen, Baumwollspinnereien, Zuckerfabriken, Töpfereien, Destillieranlagen und eine Schiffswerft bilden die Grundlagen für den weiteren Ausbau."

1960: Die westdeutschen Imperialisten sehen ihre Felle wegschwimmen. Sie setzen auf den US-Imperialismus.

„Der stärkste Hemmschuh für die Entwicklung der Wirtschaft Ostasiens sind aber die politischen Spannungen. Ostasien ist heute wie Europa und der Orient ein Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen dem kommunistischen Block und der demokratischen Welt. In Korea und Indochina gingen die nördlichen Landeshälften an die von China unterstützten Kommunisten verloren. Zur Abwehr weiterer kommunistischer Ausdehnung haben die USA mit Japan und den Nationalchinesen Formosas Verteidigungsbündnisse geschlossen" („Großmächte, Weltwirtschaft", S. 100).

1961: Das Streben der Völker Asiens nach Unabhängigkeit muß anerkannt werden. Der BRD-Imperialismus propagiert die neokoloniale Lösung der französischen Imperialisten mit der Französischen Union.

„Wie Afrika, so waren auch in Asien während des 2. Weltkrieges und mehr noch nach dem 2. Weltkrieg die Völker darauf bedacht, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen... Frankreich entschloß sich, nach mancherlei Unruhen und Aufständen Vietnam, Laos und Kambodscha zu unabhängigen Staaten innerhalb der Französischen Union zu erheben. Doch 1954 löste sich Laos und 1955 Kambodscha aus der Union. Vietnam wurde nach schweren Kämpfen, welche den Franzosen große Verluste an Menschen brachte, auf der Genfer Konferenz im Juni 1954 in Nord- und Südvietnam geteilt. Ein einheitliches Land wurde zerrissen" („Leben ringsrum", S. 100).

1965: Der BRD-Imperialismus fürchtet um die Möglichkeit der ökonomischen Infiltration in Südvietnam und Laos, in Kambodscha scheint sie ihnen gegeben.

Südvietnam: „Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit ist das Hauptproblem der Regierung. Sie wird darin von den Westmächten unterstützt, besonders von den USA... Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch kommunistische Überfälle und Verwüstungen gestört.

Laos: Der wirtschaftliche Aufbau wurde bisher durch Bürgerkrieg behindert...

Kambodscha: Die Industrie kann dank finanzieller Mittel von West und Ost aufgebaut werden" („Wirtschaftskunde", S. 137).

1970: Auf Druck der Völker der ganzen Welt gegen den amerikanischen Aggressionskrieg spielen sich die BRD-Imperialisten als Pazifisten auf, um die Bewegung der Volksmassen zur Unterstützung des gerechten Krieges der Völker Indochinas zu brechen.

„Im Jahre 1956 sollen (laut Genfer Abkommen, d.V.) dann in ganz Vietnam freie Wahlen zur Einsetzung einer Regierung stattfinden. Die Durchführung der Wahlen scheiterte am Widerstand des Präsidenten der inzwischen im Süden errichteten „Republik Viet nam"... Die USA gerieten in eine militärische Verstrickung und der „schmutzige Krieg" erfuhr auf beiden Seiten eine ständige Steigerung... Ein Ende der Verwicklungen, die bisher in aller Welt leidenschaftlich erörtert werden, ist noch nicht abzusehen" („Geographische Zeitfragen", Südostasien Nr. 17, S. 24-25)...

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Hochschulausgabe für die Gesamthochschule Kassel und die Fachhochschule Fulda.
Hrsg.: Kommunistischer Studentenbund Kassel/Nordhessen
Nr. 2/79
22. Januar 1979

Bonn. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) behauptet in einer jetzt veröffentlichten Denkschrift, den z.Zt. 11500 Studienanfängern stände ein Gesamtbedarf von ca. 4500 Ärzten jährlich gegenüber, bei einer jetzigen Ärztedichte von 1 Arzt : 491 Bürgern. Die Ausbildung des angeblichen Überschusses an Medizinstudenten würde jetzt schon Unsummen kosten. Schon 1976 hätte die Ausbildung eines „Überhangs" von 3000 Studenten pro Jahrgang an den Universitäten über eine Mrd. DM und an den Krankenhäusern 1,6 Mrd. DM gekostet, wobei eine Medizinerausbildung 300000 DM kosten würde. Dazu fordert die ASG die Straffung der Medizinerausbildung: es „müsse auf alles Entbehrliche am Studium verzichtet werden, so auf mathematisches und naturwissenschaftliches Basiswissen in Chemie, Physik und Biologie gleichermaßen, das in der Oberschule zu lernen sei. Notfalls müßten hier Sonderkurse die Lücken schließen." Der NC soll, weil untauglich, abgeschafft werden. Stattdessen spricht sich die ASG „für ein Testverfahren und ein einjähriges Krankenpflegepraktikum mit Beurteilung aus." Nach der Einführung des PJs wollen die Sozialdemokraten auch noch vor Beginn des Studiums die Arbeitskraft der Studenten dem staatlichen Dienstherrn kostenlos zur Verfügung stellen.

„Beugung des Kopfes, wie sie bei der Arbeit und auch sonst oft vorkommt"

z.hal. 1972 wurden gegen 15 300 Jugendliche (bis 18 Jahre) und Heranwachsende (bis 21 Jahre) 10 008 Jahre „Freiheitsentzug in Jugendstrafanstalten" verhängt. 1976 waren es 11 648 Jahre gegen 18 000. Da die bürgerliche Statistik nur die Mindeststrafen, nicht die Einzelstrafen aufführt, kann man von *einigen* tausend Jahren mehr ausgehen.

„Mittelpunkt des Jugendstrafverfahrens ist der noch in der Entwicklung stehende, also beeinflußbare junge Mensch, der von uns die rechte Maßnahme zur rechten Zeit fordert" (Brunner, Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz JGG). „Jugendstrafe ist in erster Linie Erziehungsstrafe" (Richtlinien zum JGG).

Es besteht „Arbeitspflicht" (Verwaltungsvereinbarung zum Jugendstrafvollzug). „Dem Gefangenen ist wirtschaftlich ergiebige Arbeit zuzuweisen"; es „ist von der Leistung auszugehen, die von einem freien Arbeitnehmer erreicht und erwartet werden kann"; „die Soll-Leistung wird überprüft und neu festgesetzt", „wenn sie durch eine Änderung der Arbeitsmethoden, technische Verbesserungen oder durch ähnliches begründet ist" oder von der Mehrzahl der Gefangenen „um 40% überschritten wird". Die entsprechend geltende Arbeitszeitregelung im Öffentlichen Dienst darf „in dringenden Fällen bis zu der für freie Arbeitnehmer zugelassenen Höchstdauer überschritten werden". Samstag, Sonn- und Feiertag? – „soweit nicht unaufschiebbare Arbeiten ausgeführt werden müssen" (alle Zitate: Verwaltungsvereinbarung Nr. 32 zum Jugendstrafvollzug).

Um die Jugendstrafanstalten herum drängen sich die Kapitalisten und vollstrecken die rechte „Maßnahme zur rechten Zeit", „wirtschaftlich ergiebige Erziehung". Welche Arbeit ist da nicht „dringend", nicht „unaufschiebbar", wenn sich Gier nach unbezahlter Mehrarbeit als „guter Zweck" und Zwang zur Akkord- und Überstundenarbeit als dessen bestmögliche Verwirklichung ausgeben läßt: Gefangene aus der Jugendstrafanstalt Schwäbisch Hall kennen 60-Stunden-Wochen mit Samstagsarbeit bis 18 Uhr.

Der Sklavenarbeit entspricht das „Arbeitsentgelt": 4,11 DM im „Zeitlohn", 5,30 DM *pro Tag* im Akkordlohn. Von den 60.- DM, die die Kapitalisten dem Gefängnis überweisen, finanziert der Unterdrückungsapparat seinen Anteil an der „Erziehung" mit.

Mit dem Begriff der „Eignung" hat sich die Kapitalistenklasse für den Strafvollzug das Gegenstück zu der von ihr planmäßig betriebenen Verrottung der Ausbildung der produktiven Fähigkeiten der Jugend geschaffen (§37 Strafvollzugsgesetz mit VV und VVJug).

Machen die Gefangenen das Recht auf Ausbildung geltend, läßt sie das Justizministerium Baden-Württemberg antworten: „Wie die Erfahrungen zeigen, es *eignen* sich nur wenige Gefangene für einen Realschulabschluß. Es wäre daher nicht vertretbar, die personellen und sachlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß der Realschulabschluß in unseren Anstalten erlangt werden kann" (zit. nach: „Unbestimmt-Extra", Gefangenenzeitung Schwäbisch Hall).

Der Sklavenarbeit und -haltung hat das Aussehen der Gefangenen zu entsprechen. Das Oberlandesgericht Celle wies eine Eingabe eines Gefangenen gegen eine Anstaltsstrafe wegen „überlanger Haare" zurück: Sie könnten ins Gesicht fallen, „bei einer Beugung des Kopfes, wie sie *bei der Arbeit und auch sonst oft vorkommt*".

Das Oberlandesgericht weiß: Sklavenarbeit und Sklavenhaltung ist der Gang allen Vollzugs an „beeinflußbaren jungen Menschen". Der wachsenden Rebellion auch im Gefängnis entspricht die differenzierte Anwendung von Zuckerbrot und Peitsche. Hier feiert die bürgerliche Psychologie Höhepunkte ihrer Nutzanwendung. Widerstand zu brechen durch verfeinerte Spaltungsmethoden der Gefangenen untereinander und demütiges Kriechen des einzelnen ist der „Fortschritt reformierter Vollzugspolitik". „Unterbringung im geschlossenen oder offenen Vollzug", „Zuweisung zu Wohngruppen und Erziehungsgruppen", Einteilung für die Gefängnisblöcke – in Schwäbisch Hall gibt es den sog. „Arschkriecherblock" und den Block für den „harten Kern" neben anderen – ein feinabgestuftes System der „Lockerungen des Vollzugs", „Weisungen, Aufhebung von Lockerungen und Urlaub", „Verhaltensvorschriften", „Maßnahmen, die geeignet sind, ihm sein Fehlverhalten bewußt zu machen" (VVJug.). Reicht das nicht, kommen die „Disziplinarmaßnahmen" zur Anwendung: Verweis, Beschränkung oder Entzug des Hausgeldes und des Einkaufs, des Lesestoffs, der Hörfunkgenehmigung, des Umschlusses, der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen, Beschränkung des Besuchs, Bunker (VVJug.) 14 Tage nacheinander oder bis zu 52 Tage im Jahr, Fesselung, Holzbrett zum Schlafen, alle drei Tage warmes Essen, 2 Tage Brot und lauwarmen Tee.

Sozialwohnungen für US-Soldaten

r.ilf. Vergangene Woche erteilte der Bundeswohnungsbauminister dem Magistrat in Bremerhaven eine Sondererlaubnis, teilgeförderte Sozialwohnungen an US-Soldaten zur Vermietung freizugeben. Normalerweise muß man, um in eine Sozialwohnung oder in eine teilgeförderte Wohnung ziehen zu können, einen Berechtigungsschein von Sozialamt oder Bauamt vorweisen können. Um in den Besitz eines solchen Scheins zu gelangen, muß man sich übelster Bespitzelung durch den bürgerlichen Staat unterziehen. Offenlegung der finanziellen Verhältnisse, wobei das Jahreseinkommen bei Sozialwohnungen maximal 18000 DM, bei teilgeförderten Wohnungen maximal 18000 DM + 40% betragen darf, gehört ebenso dazu, wie eingehende Befragung nach dem Privatleben bis hin zur Aufforderung, erst einmal zu heiraten, ehe man eine derartige Wohnung zu zweit beziehen darf. Denkt man nun, diese Wohnungen, bei denen die Baukapitalisten aus den Steuern der Massen bezuschußt werden, seien billig, so irrt man. Bei einem Quadratmeterpreis im Schnitt von 10 DM für teilgeförderte Wohnungen kostet eine 90 m² Wohnung etwa 900 DM. Das ist für die Masse derer, denen es gelungen ist, einen Berechtigungsschein zu bekommen, kaum erschwinglich und so wundert es nicht, wenn in Bremerhaven etliche dieser Wohnungen leerstehen. Im Interesse der Baugesellschaften muß hier auf Abhilfe gesonnen werden. Die Wohnungen billiger abzugeben ist kein Ausweg, denn das schmälert den Profit.

Mit der nun angestrebten Lösung, diese Wohnungen an US-Soldaten zu vermieten, schlägt man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens schlägt man die Wohnungen zum gewünschten Preis los und zweitens erfüllt man die Verpflichtungen, die die Bundesregierung im NATO-Truppenstatut gegenüber den Besatzertruppen eingegangen ist.

Dort heißt es in Artikel IX, 3. Absatz: „Vorbehaltlich von Vereinbarungen, die bereits in Kraft sind oder zwischen den bevollmächtigten Vertretern der Entsende- und der Aufnahmestaaten hernach geschlossen werden, übernehmen allein die Behörden des Aufnahmestaates die Verantwortung dafür, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, um einer Truppe oder einem zivilen Gefolge die von ihnen benötigten Liegenschaften sowie die zugehörigen Leistungen zur Verfügung zu stellen." Richtet sich die Anwesenheit dieser Besatzertruppen vollständig gegen die Interessen der Massen, so müssen sie andererseits auch noch dafür bezahlen. Als 1953 in Bremerhaven die Arbeitersiedlung Blink für die Besatzer geräumt wurde, gab es heftige Kämpfe. Die Landbeschaffung für die Garnison in Garlstedt stieß auf heftige Gegenwehr der Bevölkerung und konnte so bis heute noch nicht vollständig durchgesetzt werden. Nun versucht man mit dem Projekt in Bremerhaven, indem man „leerstehende" Sozialwohnungen an die US-Soldaten vermietet, zu suggerieren, daß den Amerikanern halt die Wohnungen geboten werden, die sowieso kein Deutscher haben wolle. Daß diese Wohnungen aus den Steuern der Massen finanziert werden und die Massen die Miete für diese Wohnungen schlicht nicht zahlen können, wird tunlichst verschwiegen. Sicher ist, daß sich mit diesem Beschluß des Magistrats die Kämpfe gegen die US-Besatzer zuspitzen werden. Wohnen sie jetzt Tür an Tür mit westdeutschen Arbeitern, wird man sie gleich um so besser bekämpfen können.

Freundschaft 79

Großmanöver der beiden Supermächte an der Grenze BRD-CSSR

z.dab. Anfang Februar führen die beiden Supermächte genau vis-à-vis zwei Großmanöver durch: Die USA „Reforger 79" in Baden-Württemberg mit Böblingen als Schaltzentrale, die UdSSR „Freundschaft 79" im Raum Plzen (Pilsen) in der Tschechoslowakei. 13365 US-Soldaten werden nach Westdeutschland eingeflogen (pro Flug 15 Stunden) und in 2029 Fahrzeugen ins Manövergebiet gebracht. Dort werden sie zwei Tage lang auf ihren Einsatz gen Osten getrimmt. „Durch Hor rorgeschichten" über „den deutschen Winter" (Bildunterschrift in der Süddeutschen Zeitung vom 17.1.79) werden sie in Texas auf die sibirische Kälte vorbereitet. Die Sozialimperialisten ziehen 26000 Mann vom 2. – 7. Februar an der Grenze zur BRD zusammen mit dem Ziel, „die Ausbildung und das Zusammenwirken verschiedener Waffengattungen zu verbessern".

Für die US-Imperialisten ist im Raubkrieg um Europa die Eingreifreserve ein Problem. 1978 wurden 13000 Mann und 1000 t Material mit 152 Flügen bewältigt. Das Lufttransportkommando (MAC) besitzt 77 Flugzeuge des Typs C5 Galaxy, die während des Flugs getankt werden können. Der soeben eingebrachte Militäretat der US-Imperialisten weist ein Gesamtvolumen von 122,7 Mrd. $ auf, 10,8 Mrd. mehr als 1978. Er ist ganz auf den Blitzkrieg abgestellt. Der größte Teil ist für eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte in Europa: „Bereitstellung von vier zusätzlichen mechanischen Infanterie- und Schützenpanzerbataillonen ...; Steigerung der Artilleriefeuer- und Feuerstärke um ein Drittel und zusätzlich panzerbrechende Waffen ...; Lagerung von mehr Ausrüstungsmaterial, das im Ernstfall von aus den USA verlegten Truppen übernommen werden kann" (Süddeutsche Zeitung, 23.1.79).



Für die UdSSR stellt sich die Aufgabe, ihre „Vorwärtsverteidigung" möglichst an der Westgrenze der BRD durchzuführen. Mit einer „Angriffsleistung von 120 km pro Tag" könnten ihre in der DDR stationierten Truppen in vier Tagen Belgien erreicht haben. Ihr Ziel ist es, sich die hochentwickelten Produktivkräfte der BRD einzuverleiben, um so über eine strategischen Reserve zuzuschlagen. In ihren Manövern proben sie, von wo aus sie ihre Truppen in die BRD einfallen lassen. Von den 45 Manövern von 1961 bis 1977 fanden 7 in der Tschechoslowakei, 7 in der DDR, 7 in Polen, 7 in der UdSSR und 8 auf gemeinsamem Territorium statt. Nur durch direkte Besatzung der RGW-Länder können die Sozialimperialisten hoffen, die Truppen des Warschauer Paktes gemeinsam in die Schlacht um die Weltherrschaft zu werfen. Darum der immer höhere finanzielle Aufwand für die militärische Aufrüstung. 75% ihres militärischen Potentials sind in Europa stationiert.

Von den 58 Divisionen stehen allein 20 „Elitedivisionen" in der DDR und über 5 in der CSSR. Nach Angaben des CIA lagen die Militärausgaben der UdSSR 1978 mit umgerechnet 145 Mrd. $ um 48% über den Ausgaben der USA, dabei gaben sie doppelt so viel für die konventionellen Streitkräfte aus. „Die Sicherheit für beide Seiten wird zweifellos größer ... wenn die *Kriegsvorbereitungen* eingeschränkt werden", sagte Breschnew im Interview der „Time" vom 22.1.1979.

Bakr: „Das Recht kann nur durch Gewalt wiederhergestellt werden"

Irak und Syrien beschließen Vereinigung ihrer Armeen

z.diz. 1963 konnten die Imperialisten durch einen konterrevolutionären Putsch gerade noch die Bildung einer irakisch-syrischen Union verhindern, jetzt werden sie es schlucken müssen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat es für sie gleich ausgerechnet: Mehr als 400000 Mann unter Waffen, 450 Panzer und ungefähr 800 Kampfflugzeuge – so sieht die Armee der Union aus, die Irak und Syrien bilden wollen. Ein gemeinsames Oberkommando der Streitkräfte gibt es bereits seit Oktober 1978, seit kurzem auch – als Vorläufer eines gemeinsamen Verteidigungsministeriums – ein „Amt für Nationale Sicherheit". Die Gründung eines einheitlichen Staates wird noch in diesem Jahr erwartet.

Die Gründung einer irakisch-syrischen Union ist ein alter Programmpunkt der Arabischen Sozialistischen Ba'th Partei, die in beiden Ländern die Regierung stellt. 1963, auf ihrem 6., noch gemeinsamen Kongreß schon hatte die Partei beschlossen: „... die Partei hält es für wesentlich, daß Syrien und Irak voranschreiten, die geplante Union zu verwirklichen, und auf dieser Basis bekräftigte die Konferenz das Prinzip der Einheit zwischen der syrischen und irakischen Region". Eine einheitliche arabische Nation bei Anerkennung der bestehenden Staaten, das ist die Grundlage, auf der der Zusammenschluß möglich ist.

Wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird der verstärkte Zusammenschluß der arabischen Nation durch die Manöver der US-Imperialisten: Die Ba'th Partei ist der Ansicht, daß die Bildung der Standhaftigkeitsfront eine ausreichende Maßnahme gewesen sei. Durch das Abkommen von Camp David sei eine außerordentlich gefährliche Lage entstanden, weil dadurch die Trennung des Maghreb (der arabischen Länder Nordafrikas) vom Maschrak (dem arabischen Osten), die ja schon durch Israel gegeben war, weiter vertieft werde. Die geplante Vereinigung von Irak und Syrien ist nach ihrer Auffassung ein wichtiger Schritt, um den negativen Wirkungen des Camp-David-Abkommens entgegenzutreten und die militärische Überlegenheit der Zionisten zu brechen. Gerade deshalb sei auch die Vereinigung der Armeen einer der Hauptpunkte des ganzen Programms. „Die irakisch-syrische Übereinkunft war eine historische Wiederannäherung, weil sie die Pläne der Imperialisten und Zionisten durchkreuzt. Es war nicht nur eine Wiederannäherung zwischen zwei Staaten, sondern ein Treffen der arabischen Nation mit sich selbst, ein Treffen der arabischen Massen mit dem Geist des Kampfes und der Hoffnung auf die Zukunft", sagte Michel Aflaq, Gründer und Generalsekretär der Ba'th Partei.

Fürchten müssen die Imperialisten und Zionisten den Zusammenschluß der irakischen und syrischen Armeen nicht nur wegen ihrer personellen und ausrüstungsmäßigen Stärke, sondern vor allem wegen der ideologischen Festigkeit der Armee und ihrer Verbindung mit dem Volk. Die irakische Armee besteht aus drei Teilen: Der Volksarmee, einer Miliz aus Mitgliedern der Ba'th Partei, die das Rückgrat der Armee bildet; einer Wehrpflichtarmee und einer Berufsarmee. Entstanden aus dem Befreiungskampf gegen den englischen Imperialismus, war die irakische Armee unter Führung der Ba'th Partei beteiligt an der Vertreibung des Imperialisten und verschiedener Kompradorenregimes, denen es nicht gelungen ist, die Armee für sich zu gewinnen. Die Verbundenheit zwischen Volk und Armee beruht auf der Teilnahme der Armee an der Produktion: Unter der Parole „Die Armee für den Aufbau und die Entwicklung" nahmen die Soldaten im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans an Arbeitseinsätzen beim Wohnungsbau für die Bauern und Arbeiter, beim Straßenbau und beim Bau von Entwässerungsanlagen teil.

Voraussetzung der Zusammenlegung der Armeen ist die Einigung zwischen Irak und Syrien auf Parteiebene. Beide Seiten halten die Differenzen der beiden Flügel der Ba'th Partei für überwunden. „Es wird nicht mehr lange dauern", sagte der syrische Informationsminister Iskandar auf einer Pressekonferenz, „bis die Einheit der Partei erreicht ist".



„Zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Arbeit auf diesem Gebiet (dem militärischen) gehört in der Tat die technische Spezialisierung innerhalb des Rahmens der Unterordnung der militärischen Pflichterfüllung unter die Grundsätze und Grundwerte der Partei..., so daß militärischer Disziplin ein revolutionärer Inhalt gegeben wird... In diesem Sinn müssen wir die Anwendung der Demokratie in den Streitkräften verstehen als das Gegenteil von Anarchie und Fäulnis. Das bedeutet ebenfalls: demokratische Beziehungen bei Achtung der Tradition der eisernen, strengen und revolutionären militärischen Kontrolle mit der Aussicht, eine gesunde ideologische Struktur der Streitkräfte und die genaueste Erfüllung ihrer militärischen Aufgaben zu erreichen". (Saddam Hussein, stellvertretender Generalsekretär der (irakischen) Arabischen Sozialistischen Ba'th Partei, Iraq Today, April 78). – Das Bild zeigt Kämpfer der irakischen Volksarmee, einer Milizgruppe aus Angehörigen der Ba'th Partei, die das Rückgrat der irakischen Armee darstellt.

Drei Wochen Streik der indischen Jutearbeiter für höheren Lohn

z.elb. Seit dem 6.1. streiken über 220000 Jutearbeiter im indischen Bundesstaat Westbengalen für Lohnerhöhung, gegen die Intensivierung der Arbeit und für die Nationalisierung der Juteindustrie. Ananta Majee, Sekretär der westbengalischen Bauernvereinigung Krishak Sabha, sagte am 11.1., daß die Bauern den Streik der Jutearbeiter voll unterstützen.



Streikende Jutearbeiter vor einer Fabrik in Belur.

Der Minimumlohn in der Juteindustrie liegt mit 407 Rs noch weit unter dem in der technischen Industrie mit 510 Rs. Die Forderung der Jutearbeiter nach einer Erhöhung des Grundlohns um 75 Rs haben die Kapitalisten mit einem Angebot von 47 Rs beantwortet, wobei die Erhöhung des Grundlohns nur 28 Rs ausmachen soll. Besonders seit dem Notstand haben die Kapitalisten die Ausbeutung der Arbeiter drastisch verschärft. Regierungsschlichter wollten den Arbeitern die Abtrennung der Forderung gegen die Intensivierung der Arbeit von den Verhandlungen schmackhaft machen und diese Frage einer Kommission zur „Überprüfung“ vorlegen. Die Kapitalisten haben dem zugestimmt, die Gewerkschaften haben abgelehnt. Die westbengalische Regierung gab am 18.1. das Scheitern der Schlichtung bekannt.

Die Imperialisten drängen auf schnelle und „erfolgreiche“ Beendigung des Streiks, durch den ihnen täglich Rohjute und Juteprodukte im Wert von 9,5 Mio. Rs entzogen werden. Durch Kredite der Weltbank und FAO haben die Imperialisten diesen „anerkannt billigsten Verpackungsstoff“ mehr und mehr in ihre Hände bekommen. An erster und zweiter Stelle des indischen Juteexports stehen die US- und die Sozialimperialisten. U.a. werden 80% der Produktion von Grundgewebe für Teppiche in die USA exportiert, was 24% der gesamten Juteproduktion ausmacht. Die Sozialimperialisten reißen sich neben anderen Produkten einen großen Teil der aus Jute hergestellten Kleidungsgrundstoffe billig unter den Nagel.

Brasilien: Streikkämpfe der Arbeiter führen zur Aufhebung der Ausnahmegesetze

z.bew. Zum 1.1.1979 wurde in Brasilien mit der Aufhebung des berüchtigten „Institutionellen Akt Nr. 5“ die Ausnahmegesetzgebung weitgehend abgeschafft, wonach der Präsident das Parlament auflösen, Abgeordnete entlassen und verhaften, Bürgerrechte entziehen und den Belagerungszustand ausrufen konnte. Seit 1964, durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, betreibt in Brasilien eine Militärclique die Geschäfte der Imperialisten. Für die Arbeiterklasse und die große Mehrheit des Volkes bedeutete diese Militärdiktatur eine extreme Verschlechterung ihrer materiellen Lage (8,1 % Arbeitslosigkeit, 41% Inflation) und schärfste politische Unterdrückung. Im vergangenen Jahr hat sich dagegen eine breite Bewegung herausgebildet. Im Mai traten 250000 Stahl- und Automobilarbeiter trotz Streikverbot in den Streik. Im Sommer streikten u.a. die Lehrer, Bankangestellten, Hafen- und Ölraffineriearbeiter, im Oktober erneut die Stahl- und Automobilarbeiter. Zunächst legten 250000 Arbeiter 80% der Betriebe Sao Paulos lahm, dann streikten insgesamt 400000 Arbeiter. Neben der Durchsetzung von Lohnforderungen in der Höhe zwischen 70 und 100% ging es bei diesen Kampfaktionen um die Erkämpfung gewerkschaftlicher und politischer Rechte. Diese Kämpfe der Arbeiterklasse waren ein Vorbild für die Aktionen der anderen Teile des Volkes. Auf dem Land nahmen die Landbesetzungen und Kämpfe gegen die Großgrundbesitzer und internationalen Lebensmittelkonzerne zu. Bisher haben über 654000 Bauern Landnahmeaktionen durchgeführt. Ständig fanden Studentendemonstrationen statt. Händler und Kleinunternehmer wehrten sich gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Kongresse der Anwälte und Journalisten forderten eine Aufhebung der Unterdrückungsmaßnahmen. Die jetzt in Kraft getretene Aufhebung der Ausnahmegesetzgebung ist ein Resultat dieser Kämpfe.

Gleichzeitig mit der Vorlage für Beseitigung dieser diktatorischen Bestimmungen wurde am 4.8. ein Gesetzesdekret verabschiedet, das eine verschärfte Strafandrohung für Streiks im öffentlichen Dienst und die „nationale Sicherheit betreffende Bereiche“ festlegt. Politische und Solidaritätsstreiks sind weiterhin unter scharfe Strafe gestellt. Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes bei gleichzeitiger verschärfter Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter soll die Arbeiterklasse von den übrigen Teilen des Volkes abgespalten werden.

Der Befreiungskampf des eritreischen Volkes ist den äthiopischen Volksmassen Beispiel

z.rua. Die eritreischen Volksmassen haben sich vor der von 13 russischen Generälen befehligten Aggression in die Berge und Wälder begeben. Sie führen nach der bewährten Guerillataktik den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit fort. Gleichzeitig dezentralisieren sie die Produktion, Spitäler und Schulen, um die Versorgung und Ausbildung zu gewährleisten.



„Mit ihren traditionsgemäß quer über die Schulter getragenen Gewehren machen sie ... einen recht kriegerischen Eindruck“, schilderte das „Neue Deutschland“ am 20.1. verdrossen die äthiopischen Nomadenstämme, die durch Viehzucht ihre Reproduktion sichern. Sie besitzen Herden mit Millionen Rindern und Schafen. Sie sind freiheitsliebend. Sie kommen im Land umher, berichten vom Befreiungskampf in den einzelnen Regionen und beteiligen sich am Kampf gegen das verhaßte Mengistu-Regime.

Vor wenigen Tagen hat Mengistu ein „Entwicklungsprogramm“ erlassen. Es sieht die Zwangsumsiedlung von 1,2 Mio. Menschen aus den an Eritrea grenzenden Provinzen Wollo und Tigre in die Ogaden-Provinz vor. Die Nomadenstämme sollen seßhaft gemacht werden. Mengistu will sich so den Zugriff auf die Viehherden und die menschliche Arbeitskraft verschaffen, die in den Staatsfarmen vernutzt werden soll. Die Staatsfarmen sind auf Kaffee- und Zuckermonokulturen ausgerichtet; die Erträge werden in die UdSSR exportiert. Die Sozialimperialisten verlangen Tribut.

Mit dem Zwangsumsiedlungsprogramm will Mengistu das „Unruhepotential“ beseitigen und einen lebenden Schild für erneute Aggressionen gegen Somalia errichten. Das Programm bedeutet nicht die Entwicklung der Landwirtschaft, sondern ihre Verödung. Durch die Einpferchung der Viehherden wird der Boden binnen kürzester Zeit so abgegrast, daß er nicht mehr regenerierbar ist und verwüstet. Den kleinen Bauern, die nach der Agrarreform von 1975 jeweils 1,5 ha. zur eigenen Reproduktion bestellten, wird mit horrenden Preisen für Saatgut und Düngemittel die Bestellung des Bodens unmöglich gemacht. Mit einem „sozialistischen“ Steuersystem sollen sie endgültig von ihrem Land gejagt werden. Die Steuern wurden für sie um 15% erhöht, die Staatsfarmen wurden von der Steuer befreit.

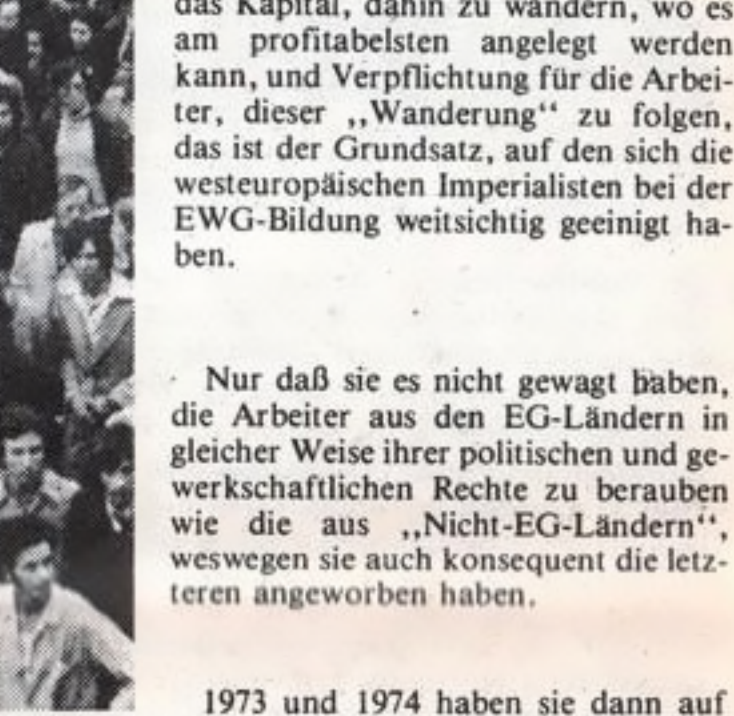
EG-Erweiterung: 19 Millionen Zwangsarbeiter

Die Imperialisten straffen ihr modernes Sklavenhandelssystem

z.rül.Brüssel. „Die Gemeinschaft und die Beitrittsstaaten müssen einsehen, daß eine Öffnung der Arbeitsmärkte bei der jetzigen und der zu erwartenen Arbeitsmarktlage mehr Probleme schafft als löst.“

Mit dieser Begründung haben die EG-Arbeitsminister unter Vorsitz von Ehrenberg auf ihrer letzten Konferenz beschlossen, den Arbeitern Griechenlands, Spaniens und Portugals auch nach Aufnahme dieser Länder in die EG keine Freizügigkeit einzuräumen. So hoffen sie, die mehr als 19 Millionen Arbeiter und Bauern dieser Länder am besten ausbeuten und als Druckmittel gegenüber der westeuropäischen Arbeiterklasse einsetzen zu können.

„Welche Lösung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik für die Erweiterungsprobleme auch angeboten wird: es ist klar, daß sich jede Verbesserung im Agrarsektor entsprechend auf die Beschäftigungsgrundlage auswirken und zwangsläufig einen erheblichen Rückgang der Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbspersonen mit sich bringen wird... Die Umstrukturierung von Industrie und Landwirtschaft sowie die Umstellung auf kapitalintensive Produktionszweige werden Arbeitskräfte freisetzen



Demonstration in Brüssel gegen die Unterdrückung ausländischer Arbeiter.

...“, hatte vor Jahresfrist die EG-Kommission bereits frohlockt. 4,7 Mio. Menschen arbeiten in der Landwirtschaft der drei Länder, mehr als 90% von ihnen als kleine Bauern und Landarbeiter. Mittels der „gemeinsamen Agrarpolitik“ wollen die Imperialisten deren Existenz beschleunigt vernichten. Ein entsprechendes Anschwellen der industriellen Reservearmee soll ein vollständig rechtloses Arbeiterheer in diesen Ländern schaffen, das ihrem Zugriff nach dem EG-Beitritt jederzeit und in unbegrenztem Umfang offensteht.

Bereits jetzt haben die westeuropäischen Imperialisten mehr als 5 Mio. Arbeiter aus „Nicht-EG-Ländern“, vor allem aus den Mittelmeerländern, als moderne Sklaven ihrer Ausbeutung unterworfen. Einen regelrechten Sklavenhandel haben sie aufgezogen, indem sie diesen Ländern Regierungsabkommen aufzwangen, die ihren Arbeitsverwaltungen freie Hand lassen bei der Rekrutierung der benötigten Arbeitskräfte. „Die deutschen Vermittlungsstellen prüfen die Kandidaten definitiv auf ihre gesundheitliche und berufliche Eignung, wickeln die mit dem Arbeitsvertrag, Arbeitsgenehmigung und Aufenthaltsgenehmigung verbundenen Formalitäten ab und führen die Sammeltransporte per Eisenbahn, Schiff und Flugzeug in die Bundesrepublik durch... Dazu kommen neuerdings die Einrichtung von Vorbereitungskursen mit deutschen Firmen“. („Ausländerbeschäftigung und internationale Politik“, hrsg. Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik).

Alle Rechte sind diesen Arbeitern in den imperialistischen Ländern geraubt. Weder haben sie das Recht auf Versammlung, Organisation und Streik, noch das Recht auf Wahl des Berufs, Kündigung und Wahl eines anderen Arbeitsplatzes. Ihren Wohnort bekommen sie vorgeschrieben; sie haben keinerlei Anspruch auf irgendeine Versicherungszahlung, sind aber zur Zahlung aller Sozialversicherungsbeiträge verpflichtet. Hat der Kapitalist ihre Arbeitskraft verbraucht oder bringt ihre Ausbeutung ihm nicht mehr genügend Profit, so werden sie wieder ausgewiesen und nach Bedarf durch frische Arbeitskraft ersetzt.

Mit der Einverleibung von Spanien, Portugal und Griechenland wollen die Imperialisten jetzt gegenüber diesen Ländern auch die letzte Schranke beseitigen, die ihrem Zugriff auf deren Arbeitskräfte noch im Wege steht. Waren sie bisher noch auf Regierungsabkommen angewiesen, in denen die jeweiligen Regierungen die Zahl der Arbeitskräfte begrenzen konnten, oder konnte diese gar die Verträge ganz kündigen, so soll dies mit dem EG-Beitritt ein Ende haben. Wahre Helotenlager wollen die Imperialisten sich schaffen, die die Arbeiter nicht verlassen dürfen und in denen sie zugleich keine Arbeit finden; aus denen umgekehrt aber die Imperialisten sich ihre Arbeitssklaven holen können, wann immer sie diese ausbeuten wollen, und in die sie diese zurückschicken können, wann immer ihre Ausbeutung nicht profitabel genug ist. Das ist der Zweck des Beschlusses der EG-Arbeitsminister. Er läuft auf die Schaffung eines europäischen Homelandsystems hinaus. In der schleimigen Sprache Ehrenbergs: „Wir hätten nämlich keine Freizügigkeit der Arbeitnehmer, sondern eine Freizügigkeit der Arbeitslosen“.

Tatsächlich hat es eine „Freizügigkeit der Arbeitnehmer“ auch bisher innerhalb der EG nie gegeben. „... das Recht, sich um *tatsächlich angebotene* Stellen zu bewerben, ... sich *zu diesem Zweck* im Hoheitsgebiet der Mitgliedsländer frei zu bewegen...“, so ist im EWG-Vertrag die „Freizügigkeit“ festgelegt. Entsprechend ist die nächste Festlegung in diesem Machwerk die „Sicherstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen den einzelstaatlichen Arbeitsverwaltungen“ (§§ 48, 49 EWG-Vertrag). Damit „auf Produktionsumstellungen mit ausgleichenden Bewegungen des Faktors Arbeit auch über die nationalen Grenzen hinaus“ reagiert werden könne, hat die EG-Kommission diese Festlegung begründet. Wer keine Arbeit findet, muß nach 90 Tagen das Land wieder verlassen oder einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung stellen. Freizügigkeit für das Kapital, dahin zu wandern, wo es am profitabelsten angelegt werden kann, und Verpflichtung für die Arbeiter, dieser „Wanderung“ zu folgen, das ist der Grundsatz, auf den sich die westeuropäischen Imperialisten bei der EWG-Bildung weitsichtig geeinigt haben.

Nur daß sie es nicht gewagt haben, die Arbeiter aus den EG-Ländern in gleicher Weise ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte zu berauben wie die aus „Nicht-EG-Ländern“, weswegen sie auch konsequent die letzteren angeworben haben.

1973 und 1974 haben sie dann auf die Verschärfung der Krise ihrer Profitproduktion mit „Anwerbestopps“ reagiert. Einen Teil der ausländischen Arbeiter haben sie sofort ausgewiesen. Zugleich haben sie systematisch die ausländischen Arbeiterheere umgewälzt, ältere Arbeiter durch jüngere, verbrauchte Arbeitskraft durch unverbrauchte ersetzt. Einem Teil haben sie erlaubt, Frauen und Kinder nachzuholen, um jetzt die Frauen- und Kinderarbeit auszuweiten. Gleichzeitig haben sie ihren Kapitalexport gesteigert. „Das Kapital zur Arbeit zu bringen“, nennt Ehrenberg das, um mit dem Schlachtruf zu schließen: „Es wird darauf ankommen, menschliche Erleichterungen und ökonomische Daten in Übereinstimmung zu bringen“. „Erleichterung“ der griechischen, spanischen und portugiesischen Arbeiter und Bauern von allen Produktions- und Lebensmitteln, um ihre Existenz mit dem „ökonomischen Datum“ des Höchstprofits der Imperialisten in „Übereinstimmung“ zu bringen.

Italiens Rüstungsindustrie unter Kontrolle der USA

z.erm. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und Italiens haben letztes Jahr ein jetzt bekannt gewordenes Abkommen über die Zusammenarbeit in Produktion und Auslieferung von Rüstungsgütern abgeschlossen. Darin verpflichten sich „beide Staaten“, Rüstungsgüter, die mit Lizenzen des Vertragspartners produziert wurden, nur mit dessen Einverständnis an Drittländer auszuliefern. Über diese Regelung haben die US-Imperialisten bereits die Auslieferung des mit einem amerikanischen „Lizenzmotor“ ausgerüsteten italienischen Transportflugzeugs Fiat G 222 an Libyen verhindert. Als Hauptlizenzgeber der italienischen Rüstungsindustrie haben sie jetzt nicht nur die vollständige Kontrolle über die Rüstungsproduktion und -ausfuhr Italiens, sondern auch die Abhängigkeit der italienischen Bourgeoisie von der Ausrüstung ihrer Armee mit amerikanischen Waffen verstärkt. Gleichzeitig wird die italienische Regierung in dem Vertrag „auf zunächst zehn Jahre“ darauf festgelegt, den Hauptteil ihres jährlichen Verteidigungsbudgets für die „dem Abkommen unterliegenden“, mit US-Lizenzen gebauten Rüstungsgüter zu verwenden. Dafür dürfen die italienischen Imperialisten Zubehörteile in die USA liefern. Nebenbei haben die US-Imperialisten so die europäische Konkurrenz aus dem italienischen Markt geworfen.

14. Tagung des palästinensischen Nationalrates

z.hku. Mit der Bestätigung der Führung der PLO und der Verabschiedung eines Politischen Programms ist die 14. Tagung des Nationalrats in Damaskus erfolgreich abgeschlossen worden. Das Politische Programm bekräftigt das „unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung“ und die Forderung nach „bedingungsloser Schaffung eines unabhängigen Staates auf palästinensischem Boden“. Wie Präsident Assad in seiner Eröffnungsansprache hat auch der Kongreß die große Bedeutung der wachsenden Einheit der arabischen Nation, vor allem des Zusammenschlusses zwischen Syrien und dem Irak, hervorgehoben. Der Nationalrat hat beschlossen, die bereits begonnenen Gespräche mit Jordanien fortzusetzen. – Die Zionisten haben durch das Attentat auf einen Funktionär der PLO und massive militärische Angriffe auf den Südlibanon die Tagung des Nationalrates zu konterkarieren versucht. Unter „Friedensgesprächen“ forcieren sie die Aggression gegen Palästina und ganz Arabien; weitere „Wehrdörfer“ werden in Westjordanien geplant und errichtet. Mit einer Verhaftungswelle wollen die Zionisten derzeit die nicht abreißende Kette von Streiks und Aktionen in den besetzten Gebieten brechen, die sich gegen den Raub von Land für die zionistischen Wehrdörfer und die zionistische Okkupation richten. Die palästinensischen Bürgermeister und fortschrittliche israelische Organisationen haben zur Bildung einer Einheitsfront gegen den zionistischen Landraub aufgerufen.

DDR: Ärzte sollen weniger krankschreiben

z.nop. Das DDR-Gesundheitsministerium hat die Ärzte in der DDR offiziell aufgefordert, Berufstätige seltener und für kürzere Fristen krankzuschreiben. Bei leichten Erkältungs- und Magen-Darm-Erkrankungen sollen die Ärzte

Gegen die Ausplünderung durch die rivalisierenden Imperialisten entfaltet die Arbeiterklasse der Türkei wirtschaftliche Kämpfe

z.lup. Im Juni vergangenen Jahres hatte der Internationale Währungsfonds zusammen mit einigen weiteren Gläubigerbanken die gewaltige Schuldenlast, in die die Imperialisten die Türkei getrieben haben, genutzt, eine Reihe von Bedingungen zu diktieren, mit denen das Streben der Türkei nach Unabhängigkeit gebrochen und Schranken der imperialistischen Ausplünderung beseitigt werden soll. Zu diesen Bedingungen gehörte die Verpflichtung, „exportstimulierende Maßnahmen zu ergreifen" und „überflüssige Importe abzubauen". Die Regierung Ecevits wurde genötigt, mit den Gewerkschaften einen „Sozialvertrag" abzuschließen, der die absolute Verelendung der türkischen Arbeiterklasse beschleunigen soll. Im Gefolge dieser Knebelung war die Türkei gezwungen, acht Mal innerhalb des vergangenen Jahres das Türkische Pfund abzuwerten, was die Schuldenlast des Landes weiter erhöhen wird, so daß Ende letzten Jahres erneut Umschuldungsverhandlungen mit Frankreich und den USA eingeleitet werden mußten. Die Sowjetunion versuchte, den Widerspruch der Türkei zu solchen Knebelungen ausnutzend, sich ihrerseits in der Türkei weiter einzunisten, gegen die Lieferung einiger Industrieerzeugnisse die Türkei in ihren Lieferanten für Buntmetalle, Obst und Weizen zu verwandeln und vor allem bei dieser Gelegenheit einen Stützpunkt für ihre Flotte zu ergattern. Grundlage des Widerstandes, den die Türkei den imperialistischen Erpressungen entgegensetzt, sind die Klassenkämpfe der türkischen Arbeiter- und Bauernmassen. Die folgenden Berichte über wirtschaftliche Kämpfe der türkischen Arbeiterklasse sind der marxistisch-leninistischen Tageszeitung „Aydinlik" entnommen.



Streik von Werftarbeitern gegen die Entlassung von 20 Arbeitern, die eine Gewerkschaft aufgebaut hatten. Die Parole im Vordergrund lautet: „Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse".

In der westlichen Stadt Canahhale kämpften mehrere Tausend Keramikarbeiter für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Der Kampf dauerte einige Monate bis zum November 1978. Die Arbeiter waren entschlossen für das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung aufgetreten, weil sie unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen litten und wußten, daß sie ohne Organisierung, ohne Zusammenschluß keine Erfolge haben könnten. Als sie genügend Unterschriften hatten, um eine Gewerkschaftsvertretung in der Fabrik gründen zu können, kündigte der Kapitalist Ibrahim Bodur über 2000 Arbeitern. Damit zeigte der Kapitalist seine Absicht, daß er nie dulden würde, daß die Arbeiter sich organisieren. Ende November entschlossen sich die Arbeiter zum Streik. Alle Arbeiter, auch diejenigen, die keine Unterschrift gegeben hatten, machten mit. Sie forderten:

- Sofortige Einstellung der Entlassenen
- Lohnerhöhung
- Sicherheitsmaßnahmen.

Die Straßenbauarbeiter von Ankara begannen am 8. November mit einem Warnstreik, weil der Kapitalist die beschlossene Lohnerhöhung nicht einhalten wollte, obwohl die Bezahlung schon 3 Monate Verspätung hatte. 4000 Arbeiter traten in den Streik mit der Begründung, daß sie dies nicht mehr hinnehmen könnten und daß ihre wirtschaftliche Lage unerträglich geworden sei.

Die Arbeiter setzten eine Frist bis zum 16. November für die Einhaltung des Vertrages.

Im Juli des vergangenen Jahres hatte die größte Föderation der liberal-sozialdemokratischen Gewerkschaften mit der Regierung einen sogenannten „sozialen Vertrag" vereinbart, wonach die Gewerkschaften sich verpflichteten, unter gewissen Lohngrenzen zu bleiben. Die Ecevit-Regierung ergriff diese Maßnahme unter dem Druck des IWF, der das zu einer Bedingung für neue Kredite gemacht hatte. Gegen die Unterzeichnung dieses Vertrages leisteten viele Gewerkschaften Widerstand. Tausende von Arbeitern traten in Warnstreiks. Nach der Unterzeichnung des Vertrages forderten Arbeiter trotzdem Löhne oberhalb der Grenzen des Vertrages, weil es unmöglich war, innerhalb der Grenzen dieses Vertrages zu bleiben, während die Preise dauernd stiegen. Zehntausende Bergbauarbeiter traten in den Streik, weil sie die versprochenen Prämien nicht bekamen.

In Ankara traten 5000 Bauarbeiter in den Streik, weil sie die geforderte Lohnerhöhung nicht bekamen. In Istanbul traten 2000 Eisenbahnarbeiter in den Streik, weil sie ihre Löhne entgegen einer Vereinbarung nicht bis zum 5. Tag des Monats ausbezahlt bekamen.

Die Beamten bekamen die vereinbarte „Familienhilfe" nicht. 300 Lehrer in Saruhan wiesen ihre Gehälter zurück, um dagegen zu protestieren, daß die Nebenzahlungen nicht enthalten waren. Sie schickten Telegramme an den Ministerpräsidenten und den Erziehungsminister.

In den letzten 6 Monaten stiegen die Preise um 60%, dagegen aber die Löhne nur um 7%. Das ist nun mehr als das 8-fache. Dieses zeigt deutlich, wie unsinnig der „soziale Vertrag" ist. Denn durch die Verteuerung der Lebensmittel werden die Löhne ja sowieso schon um 53% entwertet. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, hat die oben genannten Zahlen veröffentlicht. Die OECD gab weiterhin bekannt, daß die Türkei bei den Preissteigerungen an erster Stelle stünde.

Am 14. April 1978 traten 500 Arbeiter der Zementfabrik Cimsa in Mersin in den Streik. Sie forderten Lohnerhöhung, Arbeitssicherheitsmaßnahmen und die Garantie des Rechts auf freie Wahl der Gewerkschaften sowie Anerkennung der sozialen Rechte. Der Streik war nicht ein bloß wirtschaftlicher Kampf, denn er richtete sich gegen einen der größten und mächtigsten Kapitalisten, Sabanci, und die Führung dieses Streiks wurde von revolutionären Arbeitern in die Hand genommen. In den vielen Fabriken von Sabanci arbeiteten Zehntausende von Arbeitern, von Mersin bis Adana, in dem fruchtbarsten Gebiet der Türkei, Cukurova, an der Mittelmeerküste. Zehntausende von Arbeitern setzten große Erwartungen in diesen Kampf. Der Streik dauerte 65 Tage und endete mit einem Teilerfolg.


Streik der Arbeiter und Angestellten des französischen Krankenhauses Istanbul im November 1978

Über 25% gegen grönländische „Selbstverwaltung" – Raus aus der EG!

z.bag. Die Volksabstimmung über die „Selbstverwaltung" auf Kalatdlit Nunat (Grönland) brachte für das dänische „Mutterland" wie für die anderen imperialistischen Länder innerhalb der EG ein miserables Ergebnis. Bei nur schwacher Wahlbeteiligung (63%) stimmten zwar 70% der ca. 30000 Eskimos und 6000 wahlberechtigten Dänen für die „Selbstverwaltung", die eine betrügerische Fortsetzung der dänischen Kolonialherrschaft in anderer Form bedeutet. 26% stimmten jedoch dagegen und 3% gaben einen leeren Stimmzettel ab. Der größte Teil der Nein-Stimmen und die leeren Zettel sind der Erfolg der kleinen radikalen Unabhängigkeitspartei, Inuit Ataqatigiit, die für die vollständige Trennung von Dänemark eintritt, dh. vor allem für die volle Verfügung der Eskimos über die Naturschätze der Insel, und die die auf Grönland lebenden Dänen aufruft, die Entscheidung über die Zukunft von Kalatdlit Nunat den Grönländern selbst zu überlassen.

kunft von Kalatdlit Nunat den Grönländern selbst zu überlassen.

Unerfreulicher aber noch als dieses Ergebnis war die Tatsache, daß Inuit Ataqatigiit und die Partei Siumut gleich nach der Wahl erneut die Forderung nach dem Austritt Grönlands aus der EG erhoben. Fast 75% der Grönländer hatten sich 1972 gegen die EG ausgesprochen, vor allem, weil sie ihre Fischbestände nicht den imperialistischen Räubern überlassen wollten. Aufgrund der Abhängigkeit von Dänemark wurde die Insel jedoch Zwangsmitglied. Die Fischbestände sind auch jetzt wieder der Anlaß für den Widerstand gegen die EG. Die Unabhängigkeitsparteien greifen jetzt insbesondere „die Ausplünderung der Fischbestände durch westdeutsche Fangschiffe in unserem Teil des sogenannten EG-Meeres" an.

Die Fangmengen der grönländischen Fischereiflotte sind ständig gesunken. (1967 waren es 54000 t, 1971 nur noch 38000 t.) Durch die Ausweitung der Fischereizone auf 200 Meilen konnte eine Steigerung erzielt werden (1974: 51000 t). Seit 1975 sank die Fangmenge jedoch wieder, was insbesondere auf die Konkurrenz der großen EG-Länder zurückzuführen ist. Im letzten Jahr betrug die Fangquote auf Dorsch für grönländische Fischer nur 25000 t, während westdeutsche Trawler in die-


Die dänische Kolonialherrschaft mach-
Die dänische Kolonialherrschaft machte nach 1945 den selbständigen grönländischen Produzenten zum Lohnarbeiter

sem Zeitraum 50000 t wegfischten. Um dem Einhalt zu gebieten fordern die Unabhängigkeitsparteien jetzt, daß die EG eine Zone von 100 Meilen oder entsprechende reservierte Gebiete anerkennt, die grönländischen Fangschiffen vorbehalten sind. „Andernfalls werden wir Maßnahmen für den Austritt aus der EG treffen", sagt Siumut. Die grönländische Fischer- und Jägerorganisation KNAPP unterstützt diese Forderungen und verlangt insbesondere eine sofortige Beschränkung der westdeutschen Fänge auf die festgelegten Quoten. Inuit Ataqatigiit hat mit der Organisierung des Widerstandes unter der Forderung „Raus aus der EG!" begonnen.

gegebenenfalls „Kurzarbeitsbefreiungen" und statt Bettruhe häufiger „Schonarbeit" verordnen. Im Klartext: die Krankheiten, die die Arbeiterklasse aufgrund ihres schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes am häufigsten treffen, sollen die Ausbeutung der noch herauspressbaren Arbeitskraft nicht länger behindern und sei es auch um den Preis des schnelleren Verschleißes der jeweiligen Arbeitergeneration. Dies ist die „verbesserte arbeitsmedizinische Betreuung", die DDR-Bourgeoisie bereits am 1.1.1978 in ihrer neuen „Arbeitsschutzordnung" angedroht hatte. Nach dem am 19.1.1979 im „Neuen Deutschland" abgedruckten Bericht über die Durchführung des Volkswirtschaftsplans 1978 gelang es schon letztes Jahr, bei der Auslastung der Produktionsanlagen „Reserven in größerem Umfang zu erschließen". Diese „Hauptlinie des wirtschaftlichen Wachstums" soll verschärft vorangetrieben und die vom SED-Organ „Einheit" mehrfach beklagte „Skepsis" der Arbeiter gegenüber der „sozialistischen Rationalisierung" durch „neue Maßstäbe für die sozialistische Arbeitsmoral" bekämpft werden.

AKP-Staaten fordern Verbesserung des Lomé-Abkommens

z.gek.Brüssel. Bei den gegenwärtig in Brüssel weitergeführten Verhandlungen über die Neufassung des Abkommens von Lomé, das 1980 ausläuft, stoßen die EG-Imperialisten nach wie vor mit ihrer Forderung, eine Menschenrechtsklausel als universellen Vorwand für Einmischung und Spaltung einzubauen, auf Ablehnung. Umso nachdrücklicher vertreten die (nach dem Beitritt von Kap-Verde, Sao Tomé und Principe, Djibouti und Papua-Neuguinea) jetzt 53 AKP-Staaten ihre Forderungen gegenüber der EG. Sie verlangen: Den freien Zugang für alle ihre Produkte zum EG-Markt; die Gewährung von Zollnachlässen („Meist begünstigung") ausschließlich an solche Länder der Dritten Welt, die selbst dem Abkommen beigetreten sind, so daß die AKP-Staaten sich gegen Spaltung schützen und einheitlich auftreten können; die Ausdehnung des Fonds zur Stabilisierung der Exporterlöse (Stabex), der gegenwärtig nur für weniger als 1% der AKP-Exporte überhaupt zur Anwendung kommt, auf weitere wesentliche Exporte wie insbesondere Kupfer, Phosphat und Kautschuk; die Schaffung von Rohstoff-Ausgleichsfonds für andere Rohstoffe entsprechend den Forderungen der Dritten Welt im Rahmen der Unctad-Verhandlungen; weitgehende Schuldentilgung, wie sie ebenfalls im Rahmen der Unctad gefordert.

Afrikanische Staaten entwickeln Nationalsprachen

z.krk. Über die afrikanische Republik Benin schreibt der Fischer Weltalmanach 1979: „Umgangssprache der gebildeten Schicht: Französisch". In vielen Ländern Ostafrikas werden dagegen Personen, die mit Vorliebe europäische Sprachen benutzen, mit dem Namen „kazungu" verspottet, was „kleiner Europäer" heißt und jemanden bezeichnet, der afrikanische Lebensgewohnheiten verachtet. In ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit entwickeln die afrikanischen Staaten ihre eigenen Sprachen, untersuchen sie, wo keine eigene Schrift vorhanden ist, wird das Alphabet und die Orthographie schrittweise ausgearbeitet, Schulbücher werden zusammengestellt. Die meisten afrikanischen Staaten strahlen Radiosendungen in den National- und auch in kleineren Stammessprachen aus. So können die Sprachen der Kolonialisten – meist Englisch, Französisch und Portugiesisch – als Amtssprachen von den wirklichen Nationalsprachen abgelöst werden. Daß erst verhältnismäßig wenig afrikanische Schriftsprachen existieren, liegt an der jahrhundertelangen kolonialen Unterdrückung, die die nationale Kultur der afrikanischen Völker an der Weiterentwicklung gehindert und zum Teil zerstört hat. – Am 1. Januar ist nun in Tansania ein ostafrikanisches Forschungszentrum für mündliche Überlieferungen und afrikanische Nationalsprachen gegründet worden, an dessen Arbeit Tansania, Äthiopien, Burundi, Madagaskar und der Sudan teilnehmen. Die Forschungsergebnisse werden allen Mitgliedsstaaten der OAU zur Verfügung gestellt.

„Rätselhafter" Virus in Neapel

z.erm.Rom. Eine „rätselhafte" Krankheit hat in Neapel bereits den Tod von 41 Säuglingen gefordert. Vier weitere liegen im Koma. Die Lösung des „Rätsels" sind die elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und der in die Stadt getriebenen gelegten Bauern. 84000 sind offiziell erwerbslos gemeldet. In einzelnen Vierteln sind 15000 Menschen pro qkm zusammengepfercht. 25000 müssen in „bassi" leben, Kellerwohnungen, in die Luft und Licht nur durch den Eingang dringen kann. In einer Gasse von Herkulaneum, in der bereits vier Kinder gestorben sind, überschwemmen alle 40 Tage Abwässer die Straße und dringen in die Wohnungen, bis sie die Stadt, jedesmal mit ein oder zwei Tagen Verspätung abpumpen läßt. Einem der gestorbenen Kinder hatten die Eltern nur mit Wasser verdünnte Milch geben können. Der Vater ist arbeitslos. Einen Arzt hatte er zunächst nicht gerufen, weil er ihn nicht hätte bezahlen können. Durchschnittlich sterben in Neapel von 1000 Neugeborenen 50 im ersten Lebensjahr, in einigen Vierteln bis zu 137. Das ist die höchste Sterbequote Europas. Während die von Revisionisten beherrschte Stadtverwaltung von Neapel jetzt allen Familien mit Kindern unter zwei Jahren Gesundheitsbescheinigungen und Polizei auf den Hals hetzen will, haben die Massen bereits selbständig begonnen, Wohnungen und Straßen zu desinfizieren.

Sendbote des US-Imperialismus

Eine Presseschau

z.hev. Mit der Teilnahme des Papstes Johannes Paul II. an der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla/Mexiko rollt eine Propagandawelle riesigen Ausmaßes auf die Völker der westlichen Welt zu. Die Stimmung der Presse in den imperialistischen Metropolen reicht vom unverhohlenen Vergnügen darüber, daß der Papst Lateinamerika ausgerechnet in Santo Domingo betrat, wo schon Kolumbus gelandet sein soll, bis zur stummen Verzweiflung über die schier unlösbare Aufgabe, die der Papst übernehmen soll. Johannes Paul, der sich schon 1976 noch als Krakauer Kardinal Woitila von den US-Imperialisten einen Cowboyhut verpassen ließ, wurde auserwählt, Carters Menschenrechtsgesäusel den außerweltlichen Segen zu geben, um so den weltlichen Begierden der US-Imperialisten in Lateinamerika den nötigen Raum zu verschaffen. Die übrigen Imperialisten hoffen, davon zu profitieren. ,,Fürwahr eine schwierige Reise für Johannes Paul II." (Deutsche Zeitung, 26.1.79).

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.1.79:

,,Plötzlich auch scheint die Zeit zu Ende, da es nur darum ging, ob in Lateinamerika Washington oder Havanna Einfluß haben sollte. Andere Möglichkeiten, zu ordnen, zum Frieden zu ermahnen, werden sichtbar.

Der Zugriff der Kirche ist bei näherem Besehen des Programms fast atemberaubend, und es ist zu hoffen, daß man, nachdem man das streng laizistisch verfaßte Land in denkwürdige Vibrationen versetzt, für die Zukunft Lateinamerikas nicht bestimmte politische Hoffnungen ableitet: das könnte trügerisch sein."

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.1.79:

,,Die Situation wäre noch hoffnungsloser, würden nicht die Kirchen Europas kräftig helfen. Etwa die Hälfte der katholischen Hirten, die man heute in Lateinamerika antrifft, sind Fremde, die, ihrem Glauben folgend, versuchen, hier die äußere und innere Not zu lindern. In Ländern wie Venezuela, Bolivien, Paraguay, Nicaragua und Honduras sind bis zu 80% des Klerus ,ausgeliehene Ausländer'... Aus diesen Zahlen läßt sich folgern, daß das katholische Lateinamerika heute in vieler Hinsicht genauso Missionsland ist wie das säkularisierte Westeuropa. In manchen Metropolen jenseits des Atlantiks sind die Kirchen sonntags noch leerer als etwa in Deutschland."
Atlantiks sind die Kirchen sonntags noch leerer als etwa in Deutschland."

Neue Zürcher Zeitung, 25.1.79

,,Für die Durchführung der Konferenz wurde das 133 Kilometer östlich von Mexico City gelegene *Puebla* ausgewählt, das noch vor Jahrzehnten kaum über 200000 Einwohner zählte, durch die Entwicklung großer Industrien, wie der Volkswagenwerke, aber zur Millionenstadt wuchs. Sie liegt in einer Gegend, wo der spanische Conquistador, Hernan Cortes, 1519 die grausame Eroberung des Aztekenreiches begann und damit den Grundstein zin Missionierung des Subkontinents legte".

Deutsche Zeitung, 26.1.79

,,Er wird sich dort nicht anders verhalten, als er es in Polen getan hat. Dort galt seine erste Sorge der Verwirklichung und Verbesserung der Menschenrechte, und dafür wird er sich auch auf dem Kontinent der Habenichtse einsetzen."

Newsweek, 29.1.79

,,Das Dilemma ist klar: wenn die Bischöfe aktiv werden, riskieren sie den Verlust ihrer eigenen Institutionen; wenn sie zurückhängen, könnten sie das Volk verlieren".

Süddeutsche Zeitung, 26.1.79

,,Kein Denkmal erinnert in der Neun-Millionen-Stadt Mexiko-Stadt, die an Monumenten nicht gerade arm ist, an den Eroberer Hernan Cortez. Dabei hat jener doch eine der erstaunlichsten Großtaten der Weltgeschichte vollbracht."

Time, 8.1.79

,,Zum Teil wurde er geleitet von seinem Interesse an den Menschenrechten, und zum Teil durch die Tatsache, daß 300 Millionen der 700 Millionen Katholiken in der Welt in der Region leben. In seiner Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium betrachtete er dies so: ,,Einige sagen, daß die Zukunft der Kirche in Lateinamerika entschieden wird, und darin liegt ein bißchen Wahrheit"."

Le Figaro, 25.1.79

,,Als Bischof aus einem Land Europas, wo zwischen der Staatsmacht und der Kirche gespannte Beziehungen herrschen, kann er sehr leicht darauf hinweisen, daß es nicht die Aufgabe der Kirche ist, Regierungen zu stürzen, sondern sie dazu zu bringen, die Menschenrechte und die Rechte Gottes zu
sondern sie dazu zu bringen, die Menschenrechte und die Rechte Gottes zu
achten, ob sie wollen oder nicht."

Osservatore Romano, deutsche Wochenausgabe 3/79

,,Die Kirche möchte die Befreiung des Menschen und das Heil in Christus einander näher bringen, niemals aber miteinander identifizieren. Da ihre Rolle eine geistliche ist, ergibt es sich von selbst, daß sie ,Gewalt, insbesondere Waffengewalt... nicht als Weg der Befreiung akzeptieren kann.' ... Ansätze einer solchen Vermittlung (extremer Tendenzen, Red.) hat der damalige Kardinal Woytila 1974 in einem theologischen Bericht an die römische Bischofssynode folgendermaßen ausgesprochen: ...2) man kann den Glauben nicht mit irgendwelcher Ideologie vergleichen; 3) er weist die ,Macht des Bösen' in der Welt sowie die ,Versuchung des Materialismus' zurück; er verwirft die menschliche Ichbezogenheit wie auch den modernen Existenzialismus; 4) der Dialog mit den anderen verlangt ,eine große Sicherheit in der Lehre'; 5) die Kirche akzeptiert die Anpassung der Riten an die jeweilige kulturelle Eigenart eines Volkes, will aber dabei die Lehre bewahren."

Erste ,,Evangelisierung": Kirche unterstützt Kolonialmächte bei der Unterjochung der Völker Mittel- und Südamerikas

z.mai. Der Oberhirte ist vor Ausrichtung der Pfaffenmeute auf der Dritten Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats, die in Mexiko stattfindet, zunächst in Santo Domingo eingeflogen. Das Thema der Generalversammlung: ,,Die Evangelisierung in der Gegenwart und Zukunft Lateinamerikas". Um die Verbindung zur Vergangenheit klarzulegen, hat der Papst in Santo Domingo an dem Ort, an dem Kolumbus die erste ,,Evangelisierung" begonnen hat, gleich eine Messe gelesen.

Die erste Etappe der ,,Evangelisierung" führten Kirche und Kolonialmacht in engster Verbrüderung durch. 1521 besiegten die spanischen Konquistadoren unter Cortes die Azteken, Mayas und Inkas. Päpstliche Dokumente verliehen den spanischen Kolonialisten und Pfaffen die Besitzrechte an den eroberten Gebieten und verpflichteten sie als Gegenleistung zur Unterwerfung der ,,Heiden."

Dort, wo die Produktionsweise noch so wenig entwickelt war, daß nicht einmal die Alten und Kranken ernährt werden konnten, wie dies z.B. bei einem Großteil der Indianer der Fall war, konzentrierten sich die spanischen Kolonialisten vor allem auf die Plünderung der Bodenschätze und Naturreichtümer. Die Indianer leisteten Widerstand, sie wurden niedergemetzelt.

Die Azteken, Mayas und Inkas, die bereits eine hochentwickelte Arbeitsteilung und Kulturstufe entwickelt hatten, wurden direkt dem Feudalsystem, letzten Endes der Sklaverei unterworfen. Die spanischen Kolonialisten machten sich dabei das bestehende Herrschaftssystem der Inkareiche zunutze, indem sie die Stammeskönige zur Eintreibung des Zehnten zwangen. Die rechtliche Grundlage für die Errichtung des feudalen Tributsystems durch die Kolonialisten bildete eine päpstliche Bulle von 1501, in der der Krone das Recht zur Einziehung des
Krone das Recht zur Einziehung des
Zehnten übertragen wurde. Weiteres Mittel zur Unterwerfung der Indios war das Encomienda-System, mit dem die Kolonialisten und Missionare die Indios zur Zwangsarbeit in bestimmten Gebieten trieben.

Die Krone ließ Kirchen und Klöster zur Festigung ihrer Ausbeuterherrschaft errichten, ernannte Bischöfe und finanzierte die pfäffischen Kolonialisten. Kolonialisten wie Pfaffen forderten von den unterworfenen Indios immer höhere Tributzahlungen und beuteten deren Arbeitskraft maßlos aus. Viele Indios verhungerten oder wurden aufgrund der geringen physischen Widerstandskraft durch die eingeschleppte Krankheiten ausgerottet. 1519 zählte die Bevölkerung Zentralmexikos 11 Mio. Menschen, 1540 6,4 Mio., Ende des 16. Jahrhunderts nur noch 2,5 Mio. Wesentliches Mittel zur Festigung der Kolonialherrschaft war die Inquisition.

In Paraguay errichtete Ignatius von Loyola 1607 den ,,Jesuitenstaat". Unter dem Vorwand des Schutzes der Indianer vor den Kolonialisten und damit vor Versklavung konnten die Jesuiten Teile der Indianer unterwerfen. Diese wurden in Arbeitslager einkaserniert und unter Absingen von Litaneien aufs Feld oder in Werkstätten getrieben. Widerstand wurde mit Auspeitschen bestraft. 3 Tage in der Woche mußten die Indianer für den Orden arbeiten, 3 Tage blieben für den eigenen Lebensunterhalt. Von jedem der Arbeitsdörfer erzielten die Jesuiten einen Jahresgewinn von rund 30000 Goldpesos. Die Jesuiten wurden in zahlreichen Kolonien zu den größten Landbesitzern und Sklavenhaltern.

Die zweite Etappe der ,,Evangelisierung" bestand hauptsächlich in der Unterwerfung großer Teile der Stämme und Völker unter das Sklavenjoch. Um ihren Widerstand zu brechen, setzten die Kolonialisten afrikanische Neger ein, die sie bereits der Sklaverei unterworfen hatten.

In Mexiko hatte sich die Kirche bis Anfang des 19. Jahrhunderts 50% des Landes angeeignet. In der bürgerlichnationalen Revolution vertrieben die mexikanischen Volksmassen die Spanier und erkämpften 1821 die Unabhängigkeit. 1854 erließ die Regierung unter Benito Juarez ein Gesetz, das die Auflösung und Konfiszierung allen Kirchenbesitzes anordnete, und das Schuldenhaft, religiöse Orden, Sonderrechte und Eigengerichtsbarkeit der Kirchen verbot. In den folgenden Jahren setzte die Regierung die Trennung von Kirche und Staat in allen Bereichen durch. Allerdings konnte sich die Kirche bis Anfang des 20. Jahrhunderts erneut 40% des mexikanischen Bodens erschleichen. Nach großen revolutionären Bauernaufständen mußte die Regierung die 1854 erlassenen Gesetze erneut bekräftigen, sie enteignete sämtlichen Kirchenbesitz und verwies die Pfaffen 1927 des Landes.

Grundlage der Eroberung des Kontinents Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts durch die US-Imperialisten war die fortgeschrittenere Produktionsweise.

Sie vertrieben die Masse der Bauern
Sie vertrieben die Masse der Bauern
bindung an die feudalen Überreste, verwandelten die Bauern in freie Lohnarbeiter. Durch den Bau von Fabriken, Verkehrsnetzen und die Ausdehnung der Plantagenwirtschaft schufen die US-Imperialisten die Bedingungen für die profitable Vernutzung der Arbeitskraft des freien Lohnarbeiters. Dazu setzten sie wiederum die Kirche, vor allem die protestantische Kirche, ein. 1930, während der Wirtschaftskrise, finanzierten die USA die Errichtung von protestantischen Schulen, Ausbildungsstätten, Bibelinstituten und Theologieseminaren mit 4 Mio. Dollar. Die Zahl der Predigerstellen stieg bis 1957 auf 25565 an. Der amerikanische Journalist Read schreibt 1967 zu der Tätigkeit der Protestanten in Brasilien: ,,In der Gemeinde findet sich eine ständige Herausforderung für ein besseres Leben. Man muß lesen lernen, einen Weg finden, seine Kinder zu erziehen, sparsam sein, einfach leben, ein hohes geistliches Niveau erreichen. Mit dem Verzicht auf die früheren teuren Laster wird das ganze Leben zum Besseren gewendet." Die Verschärfung der Klassenwidersprüche und die Kämpfe der Arbeiter und Bauern in Südamerika gegen Imperialismus, Hegemonismus und Neo-Kolonialismus zwingt die Kirche, ein ausgedehntes Netz der Propagandaarbeit aufzubauen und ihre imperialistische Propaganda in soziale Phrasen zu kleiden. So wurden 1957 wöchentlich 2000 kirchliche Wochenprogramme über 11 Studios und 2 große Sender, die in den USA stationiert sind, ausgestrahlt. Gegen den Aufbau von Gewerkschaften der Arbeiter und Bauern Ende der 60iger Jahre wurden 1959 christliche Gewerkschaften gegründet. 1960 gab es bereits 50, die die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe fesseln sollten.

Bis 1966 wurde in Brasilien, Chile, Kuba, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Panama, Uruguay die Trennung von Staat und Kirche durchgesetzt.
Kirche durchgesetzt.



Bild links: Die spanischen Kolonialisten locken 1532 den Herrscher des peruanischen Inkareiches Atahualpa in einen Hinterhalt. Die Inkas leisten erbitterten Widerstand. Bild rechts: Peruanische Zeichnung, die die Herrschaft der spanischen Kolonialisten geißelt: Den Inkas wird der katholische Glaube aufgezwungen mittels der Schlange (Richter und Tributerfasser), des Löwen (Sklavenzuweiser), der Maus (unterworfener Stammeshäuptling, der Material über Tribute für die Zwangsarbeit einzuziehen hatte), des Tigers (spanischer Reisender, der Indios zu Sklavendiensten heranzog), des Fuchses (Pfaffe), der Katze (Notar).

,,Bollwerk und Stütze der Zivilisation" – Werk des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM

z.kam. Der Aufschwung der Unabhängigkeitsbestrebungen der südamerikanischen Länder hatte den traditionellen Einfluß der Kirche, die eng mit dem Feudalsystem verflochten war, schwinden lassen. Gleichzeitig drang imperialistisches Kapital in die Länder ein und hatte ein Heer billig ausbeutbarer Arbeitskräfte zur Verfügung, denen es jedoch an notwendigem Wissen fehlte, um eine industrielle Produktion aufzubauen. Das Elend der besitzlosen Massen wuchs, und es mußten Wege gefunden werden, Revolutionen der Arbeiter und Bauern zu verhindern, ihren Widerstand zu brechen und sie für die industrielle Produktion einsetzbar zu machen. Wie sonst sollten z.B. die VW-Kapitalisten in ihren Auslandskonzernen VW do Brasil oder VW Mexiko/Puebla in den 60er Jahren die Produktivität steigern, die Konkurrenz ausstechen und dabei Profite scheffeln, wenn sich die südamerikanischen besitzlosen Massen nicht ,,integrieren" lassen?

Die Kirche mußte diese Wende in Südamerika mitvollziehen. Instrument der ,,erneuerten Missionierung Lateinamerikas" wurde der Lateinamerikanische Bischofsrat CELAM, der 1955 auf der 1. lateinamerikanischen Bischofskonferenz (die letzte fand 1899 statt) in Rio de Janeiro gegründet und im gleichen Jahr vom Papst anerkannt wurde.

Auf dem ersten Treffen der Organisation 1956 in Bogota wurden die Aufgaben und Ziele konkretisiert. Der CELAM zog ins Feld gegen Protestantismus, Laizismus und Kommunismus, rückte dem Priestermangel zu Leibe (Verhältnis Priester – Einwohner Anfang der 60er Jahre 1:5000), bekämpfte die Laisierung der Schulen und verfolgte das Ziel der Verteidigung der christlichen Gesellschaft.

1961 rief Papst Johannes XXIII. in seiner Enzyklika ,,Mater et Magistra" die Industrienationen auf, durch Ausbildungs-, Kapital- und Kredithilfe rückständige Wirtschaften zu fördern. Das zeigte Wirkung bei den Imperialisten, und sie griffen gerne zu. Spanien entsandte nach einem Stufenplan innerhalb von 10 Jahren 8000 Priester nach Südamerika. Die USA richtete ein ,,Latin American Bureau" ein und schickte ab 1960, ,,Papal Volunteers", Freiwillige, d.h. Gruppen von Caritasspezialisten, Katechistenlehrern, Soziologen, Journalisten, Lehrern usw. In Kanada (1959), Frankreich (1962), Italien (1962) und Holland (1963) wurden Bischofskomitees für Lateinamerika eingerichtet. Die BRD mischte sich mit finanziellen Mitteln ein.

1961 beschloß die deutsche Bischofs-Konferenz, neben Misereor mit der Aktion Adveniat in Südamerika Fuß zu fassen. Adveniat war anfangs hauptsächlich ausgerichtet auf die Behebung des Priestermangels, förderte die Ausbildung von Priestern, Katecheten und Lehrern, baute Schulen und Seminare. 1965 errichtete sie ein Sekretariat, das die Gelder nach neuen ,,Sachgesichtspunkten" verteilte mit dem Ziel ,,langfristiger Strukturveränderungen". Adveniat unterstützte Volksbildungskampagnen, soziologische Institute, Radiosender und Zeitungen. – Koordinationsstelle für die wachsende ,,ausländische Hilfe" ist nach wie vor der CELAM.

Mit der 10. Jahrestagung der CELAM 1966 in Mar del Plata (Argentinien) begann eine neue Phase der ,,Evangelisierung" Südamerikas. Die Förderung der Intergration stand im Mittelpunkt – verständlich bei der zunehmenden Rebellion der südamerikanischen Völker gegen Imperialismus und Neo-Kolonialismus. Selbst innerhalb der Kirche regte sich Widerstand gegen die Erscheinungen des Imperialismus. Diese Widersprüche müssen geglättet und das Volk muß vom bewaffneten Kampf abgehalten werden. Papst Paul VI. beschwor 1967 in der Enzyklika ,,Populorum Progressio", Fortschritt der Völker, den Frieden, rief zur weltweiten Solidarität auf, propagierte das Prinzip der Sozialverpflichtung des Privateigentums, den Gemeinschaftscharakter von Betrieben und Unternehmen und setzte den sozialen Fortschritt als Maßstab der ,,wahren Entwicklung ..., die für jeden einzelnen und für alle der Weg von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen ist. Weniger menschlich ist die materielle Not derer, denen das Existenzminimum fehlt. ... Menschlicher ist der Aufstieg aus dem Elend zum Besitz des Notwendigen, der Sieg über die sozialen Mißstände, die Erweiterung des Wissens, der Erwerb von Bildung. Menschlicher ist das deutlichere Wissen um die Würde des Menschen, die Ausrichtung auf den Geist der Armut, die Zusammenarbeit zum Gemeinwohl, der Wille zum Frieden" (Enzyklika ,,Populorum Progressio").

Die ,,Befreiung des Menschen", d.h. die Befreiung der Masse der Besitzlosen davon, ihre Arbeitskraft nicht verkaufen zu können, auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Verpflichtung für das Volk, arm wie die Kirchenmäuse zu sein: ,,Alle Mitglieder der Kirche sind aufgerufen, die biblische Armut zu leben, aber nicht alle auf dieselbe Weise, weil es verschiedene Berufungen dazu gibt ...", kennzeichnen die Dokumente der 2. Lateinamerikanischen Bischofskonferenz 1968 in Medellin (Kolumbien). Die Bischöfe der 3. Konferenz in Puebla fühlen eine starke Berufung zu beraten, wie das System von unterdrückenden und unterdrückten Nationen aufrechterhalten werden kann und wie dabei die Kirche ,,Bollwerk und Stütze der Zivilisation" sein kann.

Was sagt der Christ zu seinem Leid? Amen.

Des „fortschrittlichen" Theologen Küng neuartige „Begründung" der Existenz Gottes

z.ulg.Rom. Prof. Dr. Hans Küng sitzt auf dem Lehrstuhl für katholische Theologie an der Universität Tübingen. Von dort aus hat er sich verschiedentlich mit der Deutschen Bischofskonferenz und der römischen Inquisitionsbehörde angelegt. Das hat ihm den Ruf eingetragen, fortschrittlich zu sein. Ein solcher Ruf ist nützlich, wenn man heutzutage Religiöses unter die Leute bringen will. Jedenfalls ist uns nicht erinnerlich, daß z.B. die Schriften des verstorbenen Paul VI. selig je die Höhen der „Spiegel"-Bestsellerliste erklommen hätten. Solches hat der Prof. Küng im letzten Jahr mit seinem neuesten Werk „Existiert Gott?" geschafft, in der Rubrik „Sachbücher". So hat sich der Fortschritt auf's glücklichste mit dem Einträglichen verbunden, ad maiorem Dei gloriam, zum höheren Ruhme Gottes, wie es auf dem Vorblatt heißt.

„Vernunft oder Glaube?" ist das erste Kapitel überschrieben. Es behandelt die Frage, ob die angebliche Existenz Gottes durch Erkenntnis der Welt, so wie sie ist, *bewiesen* oder nur durch „Offenbarung" *geglaubt* werden kann. Letzteres hat den beträchtlichen Vorteil, jeder vernünftigen Auseinandersetzung entrückt zu sein, weshalb namentlich die protestantischen Pfaffen ganz verliebt darin sind. Leider wird damit Gott zugleich der wirklichen Welt auf Nimmerwiedersehen entrückt, und über wen die Offenbarung nicht gekommen ist, wie über die heilige Jungfrau ihr Kind, kann sehen, wo er bleibt. Das ist propagandistisch ungünstig. Von jeher hat die römisch-katholische Kirche daher daran festgehalten, daß die Existenz Gottes „aus den geschaffenen Dingen durch das natürliche Licht der Vernunft mit Sicherheit erkannt werden" kann. (Ott, Grundriß der katholischen Dogmatik, S. 15)

Bei der Wahl der Anhaltspunkte für das „natürliche Licht der Vernunft" ist es in der Vergangenheit zu ziemlichen Malheurs gekommen. Man hatte sich nämlich mit Vorliebe noch reichlich dunkle Naturerscheinungen ausgesucht, die, bis dahin unbegriffen und daher religiös vernebelt, zum Beweis Gottes herhalten mußten. Mit dem Fortschritt der Produktivkräfte wurden sie einer nach dem anderen wissenschaftlich erklärt. Es ist daher zu einem zunächst zögernden und schließlich in heillose Flucht ausartenden Rückzug des „natürlichen Lichts der Vernunft" vor der Vernunft gekommen.

Vernunft" vor der Vernunft gekommen.

Küng weiß, daß auf diese Weise kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Die Verurteilung Galileis sei eine der „größten Katastrophen der Kirchengeschichte" gewesen, wenn man bedenkt, wieviel Schäfchen darüber abhanden gekommen sind. Gottseidank kann den Opfern der Inquisition noch nachträglich zu ihrem Recht verholfen werden: „Eine wahre Vollendung und ein wahres Glück der Menschheit kann es nur geben, wenn nicht bloß die letzte Generation, sondern alle Menschen, auch die in der Vergangenheit gelitten und geblutet haben, ihren Anteil daran haben werden." (721)

„Konsequente Übernahme des modernen Weltbildes" sei jetzt nötig, rät Küng, statt „weiterer Rückzugsgefechte und Verschleierungstaktiken". Woher dann aber noch Argumente für die Rückgewinnung der „Abgefallenen" nehmen, wenn man sich nicht auf die zweifelhafte „Offenbarung" verlassen will? Wir werden sehen.

Im dritten Kapitel wendet sich Küng der „Herausforderung des Atheismus" zu: Feuerbach, Marx und Freud. Im Kern, so Küng, habe Marx wie schon Feuerbach „nur" beantwortet, *wie* der religiöse Widerschein der wirklichen Welt entsteht, aber nicht, *daß* er nur in den Köpfen der Menschen existiert: „Alle Beweise oder Aufweise der bedeutenden Atheisten reichen zwar aus, um die Existenz Gottes fragwürdig zu machen, aber nicht, um Gottes Nicht-Existenz fraglos zu machen." (369) Tatsächlich haben sich Marx und Engels nicht damit begnügt nachzuweisen, daß zur Erklärung der Entwicklung von Natur und Gesellschaft die Annahme eines Gottes gänzlich überflüssig ist. Sondern sie haben aufgezeigt, wie sich in den verschiedenen Klassengesellschaften religiöse Vorstellungen aus der mangelnden Beherrschung der Natur und aus der bestimmten gesellschaftlichen Form des Produktionsprozesses herausbilden und auch in den Köpfen der arbeitenden Klassen festsetzen können. „Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtige, vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen." (Kapital I, S. 93f.)

Die Wahrheit dieser wie jeder Erkenntnis kann sich nur in der verändernden, revolutionären Praxis herausstellen. Diese ist dem Herrn Theologieprofessor zutiefst zuwider, und um das religiöse Schwadronieren vor jeder Ansteckung durch die Wirklichkeit zu bewahren, schreibt er: „Praxis ist nicht Wahrheitskriterium der Theorie. ... Als ob nicht auch schon das Denken Tun sei und Theorie eine Form der Praxis, die aus sich praktische Veränderung bewirken kann." (336) Aus sich. Das ist wirklich stark. Die eigene Nichtarbeit von Herrn Küng ist Argument genug gegen die materialistische Erkenntnistheorie. Und gleich fängt er von den ideologischen Wirkungen seiner Parasitenexistenz zu träumen an: „Ob alles anders gekommen wäre, wenn sich Dr. Marx, Dr. Bauer, Dr. Feuerbach, Dr. Strauß rechtzeitig als Universitätsprofessoren hätten etablieren können?" (255)

Allzu offen jedoch, so der wieder erwachte Küng, sollte sich die Kirche

Allzu offen jedoch, so der wieder erwachte Küng, sollte sich die Kirche besser nicht mit den Nicht-Arbeiten den identifizieren, es könnte der Wirkung abträglich sein. „Heute aber – und auch das ist ein Verdienst Marxscher Religionskritik – wird kein Christ ernsthaft bestreiten wollen: Das Christentum, das im Mittelalter mit den Feudalherren und im 19. Jahrhundert mit den Reichen gegangen ist, darf generell keine Interessenvertretung der jeweils Herrschenden mehr sein. Das Christentum, das im 19. Jahrhundert die soziale Frage nicht ernsthaft angefaßt hat, darf grundsätzlich keine unsoziale Institution sein." (291)



Ein mit Reliquien beladener Esel (Honoré Daumier, 1834)

stungen" vollbracht. Beispiel: „Die Urbarmachung großer Gebiete Mittel- und Osteuropas durch die Klöster ..." (291) Die Unterwerfung der Bauern unter die klösterliche Fronherrschaft und die Kolonisierung im Osten mag

Zu seinem Pech konnte sich Küng nicht verkneifen zu behaupten, auch früher schon habe die römisch-katholische Kirche „erhebliche soziale Leistungen" man freilich auch „erhebliche soziale Leistungen" nennen. Jedenfalls eröffnet das Beispiel die schönsten Aussichten auf das für das 20. Jahrhundert beabsichtigte „praktische Christentum".

Der philosophiegeschichtliche erste Teil des Buches endet mit einer Darstellung der Philosophie Nietzsches. Damit soll zweierlei demonstriert werden: Erstens komme man mit dem Atheismus schließlich dahin zu bestreiten, daß die objektive Realität überhaupt existiert. Zweitens führe die Leugnung der Existenz Gottes konsequenterweise zu Nietzsches berüchtigter „Umwertung aller Werte", womit dann jedes Verbrechen gerechtfertigt werden kann, wie die Faschisten praktisch vorgeführt haben.

„Der Nihilismus ist unwiderlegbar", behauptet Küng: „Es gibt kein rational zwingendes Argument gegen die Möglichkeit des Nihilismus. Es ist eben doch zumindest möglich, daß dieses Menschenleben letztlich sinnlos ist, daß der Zufall, ein blindes Schicksal, Chaos, Absurdität und Illusion die Welt regieren, daß alles letztlich zwiespältig, sinnlos, wertlos, nichtig ist." (468) Damit ist die Schlinge geknüpft, mit der der Leser im nun folgenden zweiten Teil in den Gottesglauben befördert werden soll. Was da auf ihn wartet, hat Küng schon in „Thesen zum Atheismus" angekündigt: „Keineswegs überholt ist jedoch die Frage nach dem Gott des neuen Weltbildes, der als die transzendent-immanente, allesumgreifende, allesdurchwaltende wirklichste Wirklichkeit im Menschen und in der Welt zu verstehen ist." (374) Das verstehe, wer will.

Da nicht zu beweisen sei, ob die Wirklichkeit überhaupt existiert, sei, so Küng nun weiter, eine *Entscheidung* nötig, eine Entscheidung zum „Grundvertrauen". „Im Grundvertrauen sagt der Mensch ein grundsätzliches und in der Praxis konsequent durchhaltbares Ja zur fraglichen Wirklichkeit seiner selbst und der Welt, in welchem er sich der Wirklichkeit öffnet." (493) Diese Entscheidung sei zwar „rational verantwortbar", aber vernünftig zwingend zu beweisen sei sie nicht. Warum nicht? Weil, wie wir schon gesehen haben, unser Pfaff abstreitet, daß die Praxis Kriterium für die Wahrheit unserer Erkenntnis ist.

Daß die Akzeptierung der objekti-

Daß die Akzeptierung der objektiven Realität als tatsächlich vorhanden „in der Praxis konsequent durchhaltbar" ist, ist unbestreitbar. Das reicht dem Herrn Küng aber nicht, um die entgegengesetzte Auffassung als die Schrulle zu behandeln, die sie ist. Nun endlich sieht er die Stunde nahen, wo sein lieber Gott in das „moderne Weltbild" eingeschmuggelt werden kann. Erst nur ganz vorsichtig: „Geschenk, Gunst, Gnade" sei das Grundvertrauen.

Die traditionellen Gottesbeweise der katholischen Kirche besagten u.a., Gott müsse existieren, weil jedes Ding eine Ursache habe und das vorletzte schließlich eine letzte Ursache, eben Gott, der sich im Dunkel der Vergangenheit um so heimischer fühlt, je weniger bekannt sie ist. Zweitens habe, in die Zukunft gerichtet, jedes Ding seinen Zweck, das vorletzte folglich einen letzten Zweck, wieder Gott. Daß diese „Beweise" auf Gedeih und Verderb mit der durch nichts begründeten Behauptung verbunden sind, die Materie habe irgendwann einmal einen Anfang gehabt (Schöpfung), und der noch weniger begründeten Annahme, sie müsse einmal ein Ende haben (Jüngstes Gericht), wirft sie schon allein über den Haufen. Auch Küng muß zugeben: „Eine rein rationale Demonstration der Existenz Gottes, die allgemein zu überzeugen vermöchte, gibt es nach den bisherigen Erfahrungen nicht." (587)

Aber nichts ist zu dumm, als daß man es nicht noch einmal versuchen könnte. So werden wenige Seiten später ebendieselben Gottesbeweise wiedergeführt, nur nicht als „Beweis", sondern als „Hypothesen": „Wenn Gott existierte, dann wäre die gründende Wirklichkeit selbst nicht mehr letztlich unbegründet. ... Wenn Gott existierte, dann wäre die sich entwickelnde Wirklichkeit nicht mehr letztlich ziellos." (622)



z.hev. Mit der Teilnahme des Papstes Johannes Paul II. an der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla/Mexiko rollt eine Propagandawelle riesigen Ausmaßes auf die Völker der westlichen Welt zu. Die Stimmung der Presse in den imperialistischen Metropolen reicht vom unverhohlenen Vergnügen darüber, daß der Papst Lateinamerika ausgerechnet in Santo Domingo betrat, wo schon Kolumbus gelandet sein soll, bis zur stummen Verzweiflung über die schier unlösbare Aufgabe, die der Papst übernehmen soll. Johannes Paul, der sich schon 1976 noch als Krakauer Kardinal Woitila von den US-Imperialisten einen Cowboyhut verpassen ließ, wurde auserwählt, Carters Menschenrechtsgesäusel den außerweltlichen Segen zu geben, um so den weltlichen Begierden der US-Imperialisten in Lateinamerika den nötigen Raum zu verschaffen. Die übrigen Imperialisten hoffen, davon zu profitieren. „Fürwahr eine schwierige Reise für Johannes Paul II." (Deutsche Zeitung, 26.1.79).

„Und hier haben wir nun endlich ... jenen Punkt erreicht" (621), wo die „wirklichste Wirklichkeit", Hosianna, ihren Einzug in die Wirklichkeit halten kann. Wenn man schon alltäglich, was man sieht und macht, nur auf Grund eines Grundvertrauens für wirklich halten kann, warum, ja, warum soll man es dann nicht auch bei Gott mit dieser Methode versuchen: „Daß Gott ist, kann nur in einem – in der Wirklichkeit selbst begründeten – Vertrauen angenommen werden ... Gott erscheint so geradezu als der Garant der Rationalität der menschlichen Ratio." (626, 630)

Und sofort wird der Spieß umgedreht. Nicht mehr die Pfaffen, die es sind, erscheinen als die wirklichen Obskuranten, sondern der dialektische

sind, erscheinen als die wirklichen Ob skuranten, sondern der dialektische

Materialismus: „Das Nein zu Gott bedeutet ein letztlich unbegründetes Grundvertrauen zur Wirklichkeit: Der Atheismus vermag keine Bedingung der Möglichkeit der fraglichen Wirklichkeit anzugeben." (627) Der Mann hatte seine guten Gründe, zur Begründung, daß die Praxis kein Wahrheitskriterium sei, nicht mehr anzugeben als die eigene Parasitenexistenz. „Als ob nicht auch das Denken Tun sei ..."

Herr Küng, der seine Ware gut zu verkaufen versteht, ist fortschrittlich genug, gleich lärmend Reklame für das frischgewonnene Gottvertrauen zu machen. „Der *Preis*, den der Gottesglaube für sein Ja erhält, ist offenkundig. ... Bei aller Ungewißheit und Ungesichertheit, Verlassenheit und Ungeborgenheit, Bedrohtheit, Verfallenheit, Endlichkeit auch meines eigenen Daseins ist mir vom letzten Ursprung, Ursinn und Urwert her eine radikale Gewißheit, Geborgenheit und Beständigkeit geschenkt ¼ *geschenkt*." (629) Greifen Sie zu, greifen Sie schnell zu, die ersten Hundert kriegen eine Prachtbibel gratis!

Und nun endlich kann der im Abschnitt über Nietzsche zurechtgeschnitzte Moral-Knüppel hervorgeholt werden. Denn „unbedingte" ethische Forderungen könnten nur aus „Unbedingtem", eben Gott, begründet werden. Engels hat im „Anti-Dühring" darauf die passende Antwort gegeben: „Wir weisen ... eine jede Zumutung zurück, uns irgendwelche Moraldogmatik als ewiges, endgültiges, fernerhin unwandelbares Sittengesetz aufzudrängen unter dem Vorwand, auch die moralische Welt habe ihre bleibenden Prinzipien, die über der Geschichte und der Völkerverschiedenheit stehn. Wir behaupten dagegen, alle bisherige Moraltheorie sei das Erzeugnis, in letzter Instanz, der jedesmaligen ökonomischen Gesellschaftslage. Und wie die Gesellschaft sich bisher in Klassengegensätzen bewegte, so war die Moral stets eine Klassenmoral." (MEW, Bd. 20, S. 87f.) Da Herr Küng weiß, daß die Arbeiterklasse auf seine „unbedingten" ethischen Forderungen pfeifen kann, wird flugs gefolgert: ohne unbedingte Moral überhaupt keine Moral. „Gott muß vorausgesetzt werden, sofern der Mensch letztlich sinnvoll sittlich leben will." (639)

Wie aber nun mit dem neuen, ja noch sehr allgemeinen Gottesglauben zurück in den Schoß der heiligen römisch-katholischen Kirche? Ganz einfach, Herr Küng verfährt nach der Methode: Welcher Gott am besten meinen religiösen Bedürfnissen entspricht, das wird der wahre Gott sein. Daß er damit in jeder Zeile die Kritik

der Religion, wie sie Marx und

Daß er damit in jeder Zeile die Kritik der Religion, wie sie Marx und auch schon Feuerbach geführt haben, bestätigt, scheint ihm dabei gar nicht aufzufallen. Papier ist geduldig, und wenn einmal zum „Vertrauen" Zuflucht genommen ist, gibt es kein Halten mehr. Und so gelangen wir schließlich beim guten alten „dreieinigen Gott" an, wie er in jedem Katechismus zu studieren ist. „Der Gott des Neuen Testaments trägt Namen und Gesicht. Der Gott des Neuen Testaments offenbart sich nicht nur in der Geschichte des Volkes, sondern in einer einzelnen menschlichen Gestalt, in der Gottes Sohn, Wort, Wille, Liebe Fleisch angenommen hat." (753f.) So ist es hübsch anschaulich, außerdem gut katholisch, und deswegen ist es auch – wahr.

Seit jeher hatten sich die Pfaffen mit dem Problem herumzuschlagen, wie man es den Leuten erklären soll, daß Gott allmächtig und gütig und doch von seiner Güte auf dieser Welt für die arbeitenden Klassen so wenig zu spüren ist. Küngs Antwort: „Einen letzten Halt findet der leidende, zweifelnde, verzweifelte Mensch nur im nüchternen Eingeständnis der Unfähigkeit, das Rätsel des Leids und des Bösen enträtseln zu können ... in der entschiedenen Ablehnung eines Mißtrauens, als ob der gute Gott den Menschen nicht wahrhaft gut sei ... Nur wenn wir – trotz allem – ausgesprochen oder unausgesprochen ‚Amen' sagen, läßt sich das Leid zwar nicht ‚erklären', aber bestehen." (682) Amen.

Für die Ausbeuter war es schon immer am bequemsten, wenn die Ausgebeuteten ihr Leid mit „Amen" „bestanden", statt die Ursachen ihrer Leiden zu untersuchen und seine Verursacher zu bekämpfen. „Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligenschein die Religion ist." (Marx. Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. MEW, Bd. 1, S. 379)

Gutes Ergebnis bei Wahlen gegen das NHG

r.mos. Vom 22. bis 25.1.1979 wählten die Studenten der TU Braunschweig ihre Fachschaftsräte und den Studentischen Rat unter eigener Regie. Wahlen, die nach dem Niedersächsichen Hochschulgesetz für Ende Januar vom Kanzler ausgeschrieben waren, mußten verschoben werden. Die Studenten hatten es per Urabstimmung abgelehnt, ihre Wahlordnung für solche Wahlen und solche Organe, die dann der Aufsicht des Ministers unterstehen sollen, an das NHG anzupassen. Während der RCDS und die Burschenschaftler zu wenig Kandidaten für die vom Kanzler ausgeschriebene und dann verschobene NHG-Wahl hatten, demonstrierten die TU-Studenten mit 34,27% Wahlbeteiligung an den „illegalen Fachschafts- und SR-Wahlen" (so Rektor Matthies und RCDS) ihre Ablehnung des NHG und ihren Willen nach einer Vertretung, die ihre Interessen vertritt und nicht die des Ministers Pestel und des Rektors. – Der neue Studentische Rat hat jetzt folgende Zusammensetzung (in Klammern das Ergebnis des letzten Semesters): Basis-, Fachbereichs-, und Institutsgruppen 37 Sitze (25), KSB 3 Sitze (3) (davon Listen auf gewerkschaftlichem Programm: 11 Sitze), Revisionisten 8 Sitze (9), Jungsozialisten 3 Sitze (4), Liberaler Hochschulverband 1 Sitz (-).

Ehrenbergministerium zunehmend unter Druck

r.rah. Am dritten Prozeßtag im Ehrenbergprozeß vor dem Amtsgericht Altona gegen Rainer Hans, Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), beantragte der Richter im Anschluß an den Vortrag des angeklagten Genossen die Einstellung des Verfahrens. Begründung: der Vortrag hätte ihm gezeigt, daß der Angeklagte die Bezeichnung des Bundesministers als Schreibtischmörder, Endlöser, Sterbehelfer usw. nicht einfach gesagt hätte, um den Bundesminister zu beleidigen, sondern daß er seinen Vorwurf, den er auch im Verfahren aufrechterhalten hätte, aufgrund umfangreicher und genauer Untersuchungen gemacht hätte. Er hätte zudem den Eindruck, daß der Angeklagte sich nicht erst für den Prozeß mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und den Rentengesetzen befaßt hätte. Begonnen hatte der Prozeß mit wilder Unterdrückung: Es wurde eröffnet, ohne daß das Gericht selbst einen wirksamen Eröffnungsbeschluß hatte. Ein Projektor, mit dem wir Schaubilder an die Wand werfen wollten, als Hilfsmittel für die wissenschaftliche Beweisführung gegen das Ehrenbergministerium, wurde verboten. Die Schaubilder wurden dann in A-3 vergrößert an die Wand gehängt. Der Staatsanwalt hat dem Antrag des Richters nicht zugestimmt: Die angeschuldigten Äußerungen wären Werturteile und nicht durch Fakten belegbare Tatsachenbehauptungen.

„Auf polizeilichem Gebiet unbedeutende Provinzstadt"

r.wir. Osnabrück. Mit dieser Überschrift wartete die „Neue Osnabrücker Zeitung" vom 17.1. auf. Oberbürgermeister Weber und Stadtdirektor Neumann hatten sich in einem Brief an die Landesregierung über die Neuordnung der Polizeikräfte beklagt, die durch die niedersächsische Verwaltungs- und Gebietsreform notwendig geworden ist und zum 1.2.79 vollzogen werden soll. Danach wird das Polizeiinspektionskommando Osnabrück abgezogen und ein Polizeiabschnitt Osnabrück-Stadt mit 2 Polizeirevieren eingerichtet. Der zentrale Verkehrsdienst Osnabrück wird ebenfalls aufgelöst und auf die beiden Reviere verteilt. Raus kommt dabei zunächst: Abzug von 3 höheren Offiziersstellen und 14 Polizisten der Diensthundeführergruppe. Die besorgten „Stadtväter" dagegen fordern die Erhaltung der vorhandenen Formationen und Verstärkung der Schutzpolizei um 104 Mann, um auf eine Polizeidichte von 1:485 zu kommen. – Die Pläne der Landesregierung sind aber keine Verringerung der Kräfte, denn das neu zu schaffende Polizeiinspektionskommando wird sowohl für Osnabrück-Land als auch für Osnabrück-Stadt zuständig sein, insgesamt also eine größere Polizeidichte erreicht. Außerdem wies Regierungsvizepräsident Meyer darauf hin, daß die für Osnabrück zuständige Bereitschaftspolizei nicht vergessen werden dürfte.

Ausbau Westberlins für die imperialistische Aggression

Die Energiebevorratungspolitik des Westberliner Senats

r.thb. Der Westberliner Senat denkt gegenwärtig öffentlich über seine Energiebevorratungspolitik nach. Um Westberlin als Brückenkopf inmitten des Machtbereichs des sozialimperialistischen Konkurrenten auszubauen, ist, da die Transportwege relativ leicht gekappt werden können, die Vorratshaltung insbesondere von Energie und Energieträgern für die Bourgeoisie wichtig. Die Bedeutung dieses Problems hat der Senat bereits 1976 in seinem Energiebericht beschrieben: „Die Deckung der Energienachfrage stellt eine der wesentlichsten Grundlagen für die Lebensfähigkeit der Stadt dar. Daher kommt der Versorgungssicherung eine weit über das sonstige Maß hinausgehende Bedeutung zu... Die geographische und politische Situation der Stadt sowie der Inselbetrieb der Sekundärenergieversorgung erfordert – anders als im übrigen Bundesgebiet – die Möglichkeit eines ständigen unmittelbaren örtlichen Zugriffs auf Primärenergievorräte, da sich Probleme bei einer Unterbrechung der Zufuhr... ergeben könnten."

Seit Anfang der fünfziger Jahre hält der Senat dazu Vorratslager für zwei bis drei Monate. „Vorsorgemaßnahmen sind in erster Linie ein Problem der Einlagerungsmöglichkeiten und des Transports. Die zur Zeit vorhandenen Lagerflächen sind ausreichend. Das gleiche trifft für die heute eingelagerten Mengen an Primärenergieträgern zu, die allerdings ständig der Bedarfsentwicklung angepaßt werden müssen. Dies bedingt mittel- und langfristig eine Anpassung der Lagerkapazität" (Energiebericht des Senats). Bevorratet werden vor allem Steinkohle, Braunkohle, Heizöl und Benzin.

Um die für den Ausbau des Brückenkopfes Westberlin notwendigen Energievorräte einzulagern, plant der Senat folgendes: 1. Ausbau der Kraftwerkskapazitäten, 2. Vergrößerung der Lagerkapazitäten für Primärenergieträger, 3. Ersetzung von Primärenergieträgern.

Die Kraftwerkskapazitäten der BEWAG betragen gegenwärtig 2257 Megawatt. Die bisher höchste Spitzenlast der Westberliner Kraftwerke war am 22.1.1979 1551 MW. Der Senat plant, die Kapazität weiter auszubauen durch die Errichtung eines 200 MW-Kraftwerkes und eines mit einer Leistung von 300 MW, wobei der Stromverbrauch in den letzten Jahren nur geringfügig gestiegen ist, von 1976 bis 1977 sogar um 1% zurückgegangen ist. Durch den Ausbau der Kraftwerkskapazitäten und die gleichzeitige Verbesserung der Steuerung des Verbundes zwischen den einzelnen Werken wird bezweckt, im Kriegsfall bei Ausfall eines Kraftwerkes dessen Stromerzeugung zu ersetzen durch die Umschaltung auf ein anderes Werk bzw. das Zuschalten der Spitzenlastkraftwerke. Alle diese Kraftwerke stehen in relativ dicht besiedelten Gebieten, was den Angriff darauf erschwert.

Für den Ausbau der Lagerkapazitäten läßt der Senat seit Ende der sechziger Jahre die Bodenbeschaffenheit Westberlins prüfen. Jetzt ist bei diesen Untersuchungen in Spandau eine größere Aufwölbung poröser Gesteinsschichten gefunden worden, die die Möglichkeit gibt zur Einlagerung von mehreren Milliarden Kubikmetern Flüssiggas in ca. 800 Meter Tiefe. Geplant ist die Anlage eines solchen Gasspeichers, der die Energieversorgung über einen größeren Zeitraum ermöglichen würde.

Bei der Ersetzung von Primärenergieträgern durch neue ist das Ziel, bei gleichbleibenden Lagerkapazitäten über einen längeren Zeitraum Sekundärenergie zu erzeugen. Insbesondere für die Gas- und Stromerzeugung ist das von Bedeutung. „Die Struktur des Einsatzes von Energieträgern im Umwandlungsbereich (Sekundärenergieerzeugung, d. Verf.) hat sich durch den Bau von Heizölkraftwerken sowie durch Anlagen zur Rohbenzinspaltung für die Stadtgaserzeugung wesentlich verändert. Während zu Beginn der Berichtszeit (1965) Strom und Gas zu 91 vH. flüssige Brennstoffe im Umwandlungsbereich eingesetzt wurden, ist der Anteil der festen Brennstoffe bis 1977 auf 67 vH. (2,5 Mio. Tonnen SKE) gefallen; entsprechend hat sich der Anteil der flüssigen Brennstoffe auf 33 vH. (1,22 Mio. Tonnen SKE) erhöht." (DIW, Vierteljahresbericht 3/78) Dies hat für die Bourgeoisie den Vorteil der einfacheren Lagerung, da sie Tanks für Heizöl und Benzin auch unterirdisch anlegen kann, während für Kohle größere Grundstücke für Kohlehalden freigehalten werden müssen. Außerdem sind flüssige Brennstoffe ergiebiger: 1 kg Steinkohle hat einen Heizwert von 7000 kcal gegenüber Heizöl mit einem Heizwert von rund 10000 kcal.

Das Ziel der Bevorratungspolitik des Westberliner Senats ist, im Kriegsfall auch unter den Bedingungen der vollständigen Unterbrechung der Verbindungen zwischen Westberlin und der BRD solange seinen Staatsapparat und Teile der Produktion aufrecht erhalten zu können, bis eine Verbindung durch das Staatsgebiet der DDR hergestellt ist.



r.inh. Gut die Hälfte der Arbeiter und Angestellten der Beker-Chemie besuchen regelmäßig die zweimal in der Woche auf dem Betriebsgelände stattfindenden Betriebs-Versammlungen. Auf diesen Versammlungen werden kollektiv Probleme geregelt, wie Wohnungssuche, Arbeitslosengeld usw., Festlegung der nächsten Schritte des Kampfes, Vergabe der Spendengelder. Ein Vertreter des Arbeitsamtes soll eingeladen werden, um über Höhe und Auszahlungsmodus der Arbeitslosengelder zu berichten. – Von Anfang an informierten die Arbeiter und Angestellten von Beker mit Transparenten, Wandzeitungen und mit dem Aushang von Solidaritäts-Erklärungen am Werkstor die Bevölkerung über den Stand ihres Kampfes. Das Land Niedersachsen lehnte jegliche Bürgschaft für den Betrieb ab, auch für die 90000 DM Weihnachtsgeld, das der Belegschaft noch zusteht. Offensichtlich ist ein Unternehmen der Größenordnung von Beker-Chemie uninteressant für die Expansionsträume der westdeutschen Bourgeoisie.

Beker-Chemie: Die Arbeiter können die Produktion selbstständig wieder aufnehmen

r.inh. Seit beinahe drei Monaten besetzen die Arbeiter von Beker-Chemie den Betrieb, ohne daß die Forderungen „keine Werksschließung, Auszahlung der vollen Dezemberlöhne, sowie des Weihnachtsgeldes" durchgesetzt worden wären. Die Landesregierung hofft auf Zersetzung: Ein Reporter der „Hannoverschen Allgemeinen" kundschaftete die Lage aus. „Einige Wochen können sie noch durchhalten", teilte er der Bourgeoisie mit. „Zwar liegt noch Geld aus Spenden auf einem Solidaritätskonto, aber das würde kaum noch für die schlimmsten Notfälle reichen. Trotz der eigenen Geldsorgen kommt in der Diskussion auch Zorn gegen das Land Niedersachsen auf,"! muß der Reporter mißmutig feststellen.

„Die Landesregierung hat uns immer wieder hingehalten", erklärte ein Bekerarbeiter in einem Interview mit der KVZ. „Schließlich hat sie uns fallen lassen, vor allem mit der Bürgschaft für 90000 DM Weihnachtsgeld". „Das hat die Kollegen im Dezember ziemlich in den Dreck gezogen: Das vorgeschossene Weihnachtsgeld wurde uns von heute auf morgen wieder abgezogen vom Dezemberlohn, der sowieso nur bis zum 21.12. ausgezahlt wurde." Hier setzt die Zersetzungstaktik der Bourgeoisie an. Sie schickte ihre Werber.

In Bremen bei Mercedes sollten die Kollegen arbeiten, für etwa eine DM weniger die Stunde Lohn, bei einer täglichen Fahrzeit von insgesamt ca. drei Stunden. Zehn waren schon gezwungen, eine neue Arbeit anzunehmen.

Unklarheit herrscht bei der Belegschaft nicht darüber, ob, sondern wie der Kampf weitergeführt werden soll. Denn soviel ist klar: Wenn man jetzt nicht sehr schnell wenigstens auf die Durchsetzung der Forderungen nach Auszahlung der vollen Dezemberlöhne sowie des Weihnachtsgeldes drängt, dann wird die Kampffront weiter abbröckeln, und das wird eine Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung sein. Denn die Kollegen hatten und haben die Solidarität zahlreicher Betriebe, von Universitäten und Gewerkschaftseinheiten und wußte diese Solidarität auch einzuschätzen: „Die Solidarität war eine Aufforderung weiterzukämpfen – eine ganz starke. Daß uns die Kollegen in den anderen Betrieben immer wieder aufforderten weiterzumachen, das war der springende Punkt. Verlassen kann man sich niemals zum Beispiel auf die Landesregierung, sondern nur auf die Solidarität der Kollegen und der Belegschaften anderer Betriebe", faßte eine Beker-Arbeiter seine Erfahrungen zusammen.

Die Kapitalisten zeigen logischerweise keinerlei Interesse, eine kämpferische Belegschaft wie die der Beker-Arbeiter zu übernehmen. Sie wollen zuschlagen, wenn die Belegschaft kleingekriegt ist. Das ist für sie nur eine Frage der Zeit – zehn Abwerbungen sind nur der Anfang. Die einzige Möglichkeit, die Forderung „Keine Werksschließung" durchzusetzen, ist die selbständige Inbetriebnahme gewesen. Ein Arbeiter dazu: „Diese Möglichkeit haben wir bereits erwogen. Wir haben uns beraten mit Experten, die auf unserer Seite standen. Sie haben geglaubt, weil die Bank für Gemeinwirtschaft einen Kredit ablehnte und die Belegschaft sich zu hoch verschulden müßten. Es gäbe genügend Abnehmer für unseren Kunstdünger, auch im Ausland, die bereit wären Verträge abzuschließen. Es müßten aber mindestens 20 Millionen Schulden und vier Millionen Investitionen aufgebracht werden."

Die Grundlage für die Lösung dieser Probleme ist allein die Sicherstellung des Absatzes. Sie läßt sich zuverlässig nur in fester Verbindung mit den einfachen Bauern und ihren Verbänden sichern. Ist das geklärt, lassen sich die Kreditprobleme lösen, wobei man die Schulden Bekers Schulden sein lassen muß, und wer hat schon jemals Kredit zur Schuldentilgung aufgenommen?

Es wird in der Durchsetzung der Eigentumsfrage stark auf die breite Unterstützung der Massen ankommen – nur durch den Aufbau einer starken Front wird das möglich sein. Daß es geht, haben die Solidaritätserklärungen aus Betrieben, Universitäten, Schulen, Gewerkschaftseinheiten bewiesen. Geldspenden – an die 40000 DM kamen zusammen – zeigen, daß diese Solidarität auf festen materiellen Füßen steht. Auch politisch wäre es ein guter Schritt voran, wenn es gelänge, in diese Front die Bauern aus der Wesermarsch einzubeziehen.

„Betriebsgeheimnisse" – die Arbeiter sollen nicht wissen, woran sie sind

r.ine. „Betriebsgeheimnisse" zu sichern, lassen sich die Kapitalisten einiges kosten, den Einsatz der Gesetzesmaschinerie, den Einsatz von „Werkschützern". Das geht hauptsächlich gegen den Kampf der Arbeiter; sie sollen die Machenschaften der Betriebsführungen nicht durchschauen, sich nicht darüber verständigen können. Erzwungen wird die betriebliche Geheimhaltungspflicht durch Straf- bzw. Entlassungsandrohung; § 17 Abs. 1 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb: *Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Angestellter, Arbeiter oder Lehrling eines Geschäftsbetriebes ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis, das ihm vermöge des Dienstverhältnisses anvertraut worden oder zugänglich gemacht worden ist, ... unbefugt ... aus Eigennutz oder in der Absicht, dem Inhaber einen Schaden zuzufügen, mitteilt.* Genauer gefaßt ist diese Schweigepflicht der Arbeiter in den einzelnen Arbeitsordnungen, z. B. § 19 Abs. 1 Arbeitsordnung Kabelmetal, Hannover: *Es gehört zur Treuepflicht jedes Arbeitnehmers, geschäftliche oder betriebliche Angelegenheiten vertraulicher Natur sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die ihm im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis anvertraut oder sonst bekanntgeworden sind, gegenüber jedem Dritten, auch gegenüber unzuständigen Mitarbeitern, geheimzuhalten. Diese Pflicht besteht auch über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus.* Gesondert unterliegen Betriebsräte der Geheimhaltungspflicht gegenüber den Arbeitern, deren gewählte Interessenvertreter sie sind (§ 120 Betriebsverfassungsgesetz). Sie haben Einsichtsrecht in Betriebsgeheimnisse nur zu dem Zweck, ihre gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, die gekennzeichnet sind durch das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Kapitalisten.

Weg mit den Fahrpreiserhöhungen beim HVV!

b.hej. Am 25. Februar sollen die Einzel- und Wochenkarten um 6,6% teurer werden. Die billigste Fahrt soll dann 1,10 DM kosten statt bisher 1 DM. Mußten die Volksmassen 1978 schon 397,5 Mio. DM zahlen, sollen es 1979 413,7 Mio. DM sein.

„Die Aufwendungen für die Verkehrsbedienung steigen weiter, ein Kostendeckungsgrad von 64,5% muß gewährleistet sein." (HVV Antrag) So heißt es in der Begründung dazu. Schon jetzt werden über 30%, das sind 220 Mio. DM, durch die Steuerausplünderung der Lohnabhängigen ausgepreßt und dem HVV als „Zuwendung" des Senats direkt zugesteckt. Aber nicht nur auf die gestiegenen Kosten wird sich berufen.

Sowieso „reagiere der Fahrgast erst bei 5 bis 10% Preiserhöhung ... und nach einem Jahr ist der sogenannte Tarifschock wieder aufgeholt." (Bürgerschaftsdrucksache 9/386)

DM | Lohnkonto Hafenarbeiter
HVV-Fahrpreise für eine Familie
(Monatskarte für 2 und 4 Zonen, 2 Schülermonatskarten)
0, -20, -40, -60, -80, -100
1973, 1975, 1977, 1979

Die Lohnabhängigen sind auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Überhaupt nichts kann hier bei Preissteigerungen eingespart werden, wie es z.B. bei Lebensmitteln und Kleidung gemacht wird, also einfach weniger Fleisch und schlechtere Kleidung gekauft wird.

Stand die SPD gleich voll hinter dem Antrag der HVV gab es bei der CDU noch Differenzen – wieweit bei der HVV Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt oder noch durchgeführt werden könnten. Dazu ein Vertreter der HHA: „Rationalisierung sei ein ständiger Prozeß. Zur „Zeit" gebe es keine Rationalisierungsmöglichkeiten, die mit einem Schlag auch nur 30 bis 40 Mitarbeiter freisetzen könnten. Einige technische Projekte würden jedoch weiter bearbeitet."

Das ist eine direkte Drohung gegen die Beschäftigten beim HVV, die sich gegen die Rationalisierungen zur Wehr setzen.

Die Steuerreform, die Anfang des Jahres in Kraft trat, bildet die Grundlage für das dreiste Auftreten des Hamburger Senats. Die Streichung der Lohnsummensteuer ist die direkte Aufforderung an die Gemeinden, sich über Gebührenerhöhungen das Geld doppelt und dreifach wieder hereinzuholen.

Die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen sollen mit der Steuerausplünderung und den Gebührenerhöhungen weiter ins Elend gedrückt werden. Deshalb muß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen umso entschlossener geführt werden.

Am Sa., den 27.1., haben Aktionseinheitsverhandlungen zu den Fahrpreiserhöhungen stattgefunden. Der KBW und sieben weitere Organisationen und Inititiven beschlossen, bis Do. einen Aufruf und einen Aufkleber vorzulegen und am Samstag in der Innenstadt einen Aktionstag durchzuführen.

Eine gemeinsame Demonstration ist für Samstag 10.2. geplant.

Der KB, der mit einem Vertreter dort war, erhofft sich zunächst einmal „Entscheidungshilfe", da sie noch keine Vorstellungen hatten. Die beste „Entscheidungshilfe" wird ein richtiger Aufruf und gute Aktion am Sonnabend sein.

Kampf den Fahrpreiserhöhungen durch den Hamburger Senat!
Kampf der Plünderung durch den bürgerlichen Staat!
Schluß mit den ständigen Lohnsenkungen!
Abschaffung aller indirekten Steuern und Bestreitung der öffentlichen Ausgaben – soweit diese durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft!
1500 DM steuerfrei!

Work-Faktor: Still-Kapitalisten planen verschärfte Ausbeutung

b.hew/mis. Hamburg. 4,3% auf 13 Monate, also in Wirklichkeit bloß 3,7% Lohnerhöhung wollen die Metallkapitalisten der Arbeiterklasse reindrücken. – Da ließen sich die Arbeiter noch mehr zu Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit treiben, da ließen sich noch fettere Profite einstreichen. So denken sie sich das jedenfalls. Bei Still planen die Kapitalisten das ohnehin schon bestehende widerwärtige Antreibersystem des Akkords noch mehr auszufeilen und das sogenannte Work-Faktor-System einzuführen. Work-Faktor schätzt nicht die Leistung des Arbeiters, sondern ist ein „System vorbestimmter Bewegungszeiten".

Gegen die dauernde Kürzung der Vorgabezeiten mittels Zeitmessungen haben sich nämlich die Arbeiter schon frühzeitig gewehrt, indem sie langsam arbeiteten. Daraufhin wurden die Zeitnehmer von den Kapitalisten angewiesen, den sogen. „Leistungsgrad" der gestoppten Arbeit zu schätzen, um trotz Langsamarbeit kürzere Zeiten berechnen zu können. Darauf antworteten die Arbeiter mit Komplizierung ihrer Arbeiten; das können sie, weil *sie* die Eigenarten ihrer Arbeit genau kennen, nicht aber die Stopper. Regelmäßig kam es zu Kämpfen um die Festlegung der Zeiten. Also brauchten die Kapitalisten ein anderes System: vorbestimmte Zeiten, die nicht mehr durch Stoppen und Schätzen des Leistungsgrades zustandekommen, sondern einfach dem Katalog entnommen werden. So rühmt sich die „Work-Factor-Gemeinschaft für Deutschland e.V.", sämtliche überhaupt vorkommenden Bewegungen des menschlichen Körpers aufgrund von Beobachtungen mit Filmkamera. Stroboskop usw. in kleinste Elemente zerlegt und zeitlich gemessen zu haben, mit Zeiteinheiten von 1/10000 Minute = 0,006 Sekunden. Daraus wollen sie dann alle möglichen Arbeitsvorgänge neu zusammensetzen und zeitlich berechnen können. Dreist schreiben sie über ihre Katalog-Zeiten: „Die *Work-Factor-Zeit* wird als die Zeit definiert, die der durchschnittlich erfahrene Arbeiter bei gutem Können und guter Leistung (entsprechend seinem körperlichen und geistigen Wohlbefinden) und unter standardisierten Arbeitsbedingungen benötigt, um nach einer vorgeschriebenen Arbeitsmethode und unter Beachtung bestimmter Qualitätsanforderungen einen Arbeitszyklus oder Arbeitsvorgang an einer Einheit oder einem Stück auszuführen. Die Work-Factor-Zeit enthält keine Zuschläge für persönliche Bedürfnisse, Ermüdung, arbeitsabhängige unvermeidbare Verzögerungen oder Leistungsanreiz." (quick u.A., Das Work-Factor-Buch, München 1965, S. 382)

Neben der Senkung von Vorgabezeiten ermöglicht das WF-System die Intensivierung der Arbeit durch Ausschalten von sogen. „unnötigen" Bewegungen. Das Buch enthält dafür ein Beispiel: Ein Arbeiter an der Stanze macht in seiner Taktzeit von 0,2 Minuten eine „überflüssige" Bewegung von 0,0023 Minuten. Das macht bei 300 Stück pro Stunde 0,69 Minuten, pro Jahr bei 2000 Stunden 1380 Minuten = 23 Stunden, die der Kapitalist laut WF-Messung mehr aus dem Arbeiter herausschlagen kann, ohne etwas dafür zu bezahlen.

Genau dies bezwecken die Kapitalisten: wegen des niedrigen Grundlohns die Arbeiter zu hohen Akkordabgaben zu zwingen, Neufestlegung der Vorgabezeit oder Verdichtung des Arbeitsablaufs, dadurch Zwang für den Arbeiter, sich immer mehr für den Kapitalisten zu verausgaben, um seine Arbeitskraft zu erhalten – was aber gerade dadurch unmöglich wird. Um dies mit erbarmungsloser Genauigkeit, stetig und unsichtbar durchzuführen, ist den Kapitalisten das WF-System willkommen.

Aber so genau wie die Kapitalisten rechnen die Arbeiter auch. Feilschen die Kapitalisten um Sekundenteile, um den Arbeiter in kürzester Zeit auszupowern, kämpfen die Arbeiter um Sekundenteile, weil es um ihre Lebensjahre und Lebensfreude geht.

Sollen die Kapitalisten an der immer frühzeitigeren Ruinierung der Arbeitskraft gehindert werden, dann müssen zuerst Akkordsenkungen und Abgruppierungen verhindert werden. Damit sind aber noch keine entscheidenden Schranken gezogen. Unbedingt muß die Ablehnung des WF-Systems mit dem Kampf gegen das Akkordsystem selbst verbunden werden. Einigen können sich die Arbeiter unter der Forderung: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Lohnsysteme.



1978 wollte ein Betriebsführer vom Pelikankonzern noch in den Iran zum Zweigwerk, um „da mal nach dem Rechten zu sehen". Der Kampf des iranischen Volkes hat die Pelikankapitalisten hart angeschlagen. Bei Lumoprint unterstützen die Arbeiter diesen Kampf. Gegen die Absicht der Pelikankapitalisten, mit Kurzarbeit die Ausbeutung zu verschärfen, wird die Front aufgebaut.

„Kein Streß für Kinder" schreit die Reaktion – Die Schüler bekämpfen die Aussieberei

b.kum. „Zensuren, Zorn, Zittern – dreimal Z, dreifache Schülernot. Ende der Woche gibt es an den ersten Hamburger Schulen Zeugnisse." So will sich DIE WELT (24.1.79) über die Schüler lustig machen. Tatsächlich zittern an jeder Schule viele Lehrer, ob sie „ihre" Noten noch einmal durchsetzen können, ohne daß die Schüler Rechenschaft fordern und die Rücknahme der 5en und 6en verlangen. Die Schulbehörde brütet seit drei Jahren

oben gehen.

Bis zu 50 Klassenarbeiten müssen Schüler in einem Jahr schreiben; die 5. und 6. Klassen am Gymnasium z.B. allein 14 Deutscharbeiten (1978 erhöht von 10 auf 14). Rechnet man die Ferien und die Schulanfangswochen ab, schreiben die Schüler im Schnitt 1,5 Arbeiten pro Woche, also etwa jeden dritten Tag eine. Bei den Lehrern wiederum stapeln sich die Hefte, die sie setzen.

Von den 800-900 Kollegen, die sich zum 1.2.79 bewerben, werden ca. 90% keine Planstelle erhalten.

Die Durchfallquote im Lehrerexamen ist ständig angestiegen. In der Abteilung II (Gymnasien) lag die Quote bis 1969 unter 2%, stieg bis 1973 auf knapp 10% und liegt seit 1977 bei 14-15%. Der Personalrat fordert für alle Lehrkräfte volle 23-Stunden-Verträge und lehnt alle Mehrarbeitsanträge ab.

1500 DM steuerfrei!



1978 wollte ein Betriebsführer vom Pelikankonzern noch in den Iran zum Zweigwerk, um „da mal nach dem Rechten zu sehen". Der Kampf des iranischen Volkes hat die Pelikankapitalisten hart angeschlagen. Bei Lumoprint unterstützen die Arbeiter diesen Kampf. Gegen die Absicht der Pelikankapitalisten, mit Kurzarbeit die Ausbeutung zu verschärfen, wird die Front aufgebaut.

„Kein Streß für Kinder" schreit die Reaktion – Die Schüler bekämpfen die Aussieberei

b.kum. „Zensuren, Zorn, Zittern – dreimal Z, dreifache Schülernot. Ende der Woche gibt es an den ersten Hamburger Schulen Zeugnisse." So will sich DIE WELT (24.1.79) über die Schüler lustig machen. Tatsächlich zittern an jeder Schule viele Lehrer, ob sie „ihre" Noten noch einmal durchsetzen können, ohne daß die Schüler Rechenschaft fordern und die Rücknahme der 5en und 6en verlangen. Die Schulbehörde brütet seit drei Jahren über neuen Richtlinien für Klassenarbeiten und weiß keine Lösung; Schulräte, Schulärzte und -psychologen und rekationäre „Elternvertreter" wie der Hamburger Vorsitzende der Elternkammer Seuthe strengen sich jetzt besonders an, um Eltern und Schüler in die Debatte zu verwickeln, was weniger „Streß" macht, die Schüler mit plötzlichen Tests („Lernerfolgskontrollen") zu überfallen oder ihnen mit lange vorher angedrohten Klassenarbeiten die Daumenschrauben anzulegen. Tatsächlich ist es so, daß viele Lehrer durch den Kampf der Schüler gezwungen sind, die Arbeiten zu verschieben. Dann kommt es vor den Zeugnissen zu der „Ballung" von Klassenarbeiten, über die DIE WELT zetert, um der „miserablen internen Organisation der Lehrer" (Seuthe) die Verantwortung zuzuschieben.

Es schmerzt die Bourgeoisie, daß die Lehrer so viel Schwierigkeiten haben mit der Auslese, vielfach auch die Unterdrückung der Schüler nicht mitmachen wollen – Arbeiten einfach ausfallen lassen und bei den Noten nach oben gehen.

Bis zu 50 Klassenarbeiten müssen Schüler in einem Jahr schreiben; die 5. und 6. Klassen am Gymnasium z.B. allein 14 Deutscharbeiten (1978 erhöht von 10 auf 14). Rechnet man die Ferien und die Schulanfangswochen ab, schreiben die Schüler im Schnitt 1,5 Arbeiten pro Woche, also etwa jeden dritten Tag eine. Bei den Lehrern wiederum stapeln sich die Hefte, die sie vor den Zeugnissen korrigieren sollen, zusätzlich zu den Konferenzen und oft bis in die Nacht.

Die Schulleiter haben alle Hände voll zu tun, um die Lehrer für diese Mehrarbeit bei der Stange zu halten, die nur der Unterdrückung der Schüler dient und direkt die Auslese zum Schuljahreswechsel vorbereitet. Der Druck auf die Lehrer wird gleichzeitig halbjährlich verschärft, indem Hunderte von fertigen Referendaren nach dem 2. Examen nicht übernommen werden.

Auf der Teilpersonalversammlung der Gymnasialreferendare am 15.1.79 hat die Schulbehörde bekanntgegeben, daß zum 1.2.79 von 311 Bewerbern mit 2. Staatsexamen nur 47 bis 65 Einstellungen geplant, also 246 bis 264 Arbeitslose vorgesehen sind. Vor einem halben Jahr waren 43 Bewerber abgelehnt worden. Zum selben Termin, am 1.8.78, waren 717 Bewerber für die Volks- und Realschulen auf die Warteliste gewandert. Von dieser Liste werden nur wenige eingestellt für beurlaubte und ausgeschiedene Kollegen. Von den 800-900 Kollegen, die sich zum 1.2.79 bewerben, werden ca. 90% keine Planstelle erhalten.

Die Durchfallquote im Lehrerexamen ist ständig angestiegen. In der Abteilung II (Gymnasien) lag die Quote bis 1969 unter 2%, stieg bis 1973 auf knapp 10% und liegt seit 1977 bei 14-15%. Der Personalrat fordert für alle Lehrkräfte volle 23-Stunden-Verträge und lehnt alle Mehrarbeitsanträge ab.

Das wirkt der Spaltung der Kollegen entgegen. Statt für weniger Klassenarbeiten sollte die GEW allerdings lieber gleich die Abschaffung der Klassenarbeiten fordern und den Kampf der Schüler gegen die Auslese und Aussieberei unterstützen. Wenn die Sozialdemokraten und Opportunisten in der GEW die Senkung der Klassenarbeitszahl fordern, um „unnötige Streßsituationen" zu vermeiden, werden die Schüler nicht in diese Falle gehen.

Auch der reaktionäre Elternbund hats durchschaut: „Jede Reduzierung verstärkt den Streß", wenn nämlich von weniger Arbeiten die Endnote abhängt. Er will auf noch mehr Klassenarbeiten oder Tests hinaus. Die Schüler kämpfen aber nicht mit dem „Streß", sondern schließen sich zusammen gegen die Spaltung durch die Noten in Arbeiten und auf den Zeugnissen. Die Vollversammlung der Tischlerlehrlinge an der G6 hat Ende November 1978 gefordert: „Weg mit den Politikzensuren! Keine Politikarbeiten in den Zwischen- und Gesellenprüfungen!"

Veranstaltungskalender

Organisationen rufen dazu auf.

Montag, 29.Januar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn U-Bahn Langenhorn Markt, Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Einkaufszentrum. Wandsbek, vor Karstadt. Eimsbüttel, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Altona, Einkaufszentrum. Osdorfer Born, Einkaufszentrum. Bergedorf, Im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.00 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.
Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth.

Dienstag, 30.Januar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Montag. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/Ecke Steinbeker Marktstraße.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüchow, 16.00 Uhr: TG-Markt
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar
Stade 9.00 Uhr: Berufungsverhandlung gegen ein 90-Tagessätze-Urteil, weil die Liquidierung der RAF-Häftlinge in Stammheim als KZ-Methode bezeichnet wurde. Schwurgerichtssaal, Wilhadikirchhof 1

Mittwoch, 31.Januar
Hamburg, 19.00 Uhr: Die CISNU führt eine Diskussionsveranstaltung zur Entwicklung der Massenkämpfe im Iran durch. Zu Beginn der Veranstaltung wird ein Film über die Entwicklung der Klassenkämpfe im Iran gezeigt. Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße. Der KBW und 9 weitere Organisationen rufen dazu auf.

Donnerstag, 1.Februar
Hamburg, 19.30 Uhr: Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Hamburg Unterelbe zu dem Thema: „Der englische Imperialismus macht den Iran zu seiner Domäne. Im 1. Weltkrieg versucht der deutsche Imperialismus Fuß zu fassen. Im Gefolge der russischen Revolution entwickelt sich die Befreiungsbewegung. Die Räterepublik in Gilan."
Finkenwerder, Elbhalle

Freitag, 2.Februar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz.
Hamburg, 9.00 Uhr: Fortsetzung des Ehrenberg-Prozeesses gegen den KHG-Sekretär Rainer Hans. Amtsgericht Altona, Raum 101

Sonnabend, 3.Februar
K i e l: 18.OO Uhr: Conti-Hansa Hotel, Schloßgarten Öffentliche Probe der Musikzüge der SRKs aus der Region Nord. Sprechgesang: 'Seit Gründung schürt die BRD ungrechte Kriege und bekämpft gerechte!'

Sonntag, 4. Februar
K i e l: 9.OO Uhr: Conti-Hansa Hotel, Schloßgarten Diskussionsveranstaltung zum Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: 'Ohne politisches Programm kann die Arbeiterbewegung ihren Fortschritt nicht finden'

KBW Studienprogramm
Winterhalbjahr 78/79

Afrikaseminarreihe
29.Januar bis 31.Januar und 2.Februar, 19.30 Uhr und 3.Februar, 16.00. **Billstedt**

Lenin: Staat und Revolution
29.Januar bis 31.Januar und 2.Februar, 19.30 Uhr und 3.Februar, 16.00. **Lüchow,** Gaststätte „Deutsches Haus", Lange Straße.

Stalin: Grundlagen des Leninismus
29.Januar bis 31.Januar und 2.Februar, 20.00 Uhr und 3.Februar, 16.00 Uhr. **Uelzen**

Mao Dzedong:
Fünf philosophische Monographien
29.Januar bis 31.Januar und 2.Februar, 18.00 Uhr und 3.Februar 16.00 Uhr
Universität, Philosophenturm
5. bis 9. Februar, 20.00 Uhr
Stade, Grafenklause, Udonenstraße

Mehr Polizei für Gorleben

b.ulh. Die CDU-Landtagsfraktion hat für den schnellen Aufbau einer Polizeitruppe im Raum Lüneburg 100 zusätzliche Polizeistellen beantragt. Das wäre eine Verdoppelung der im Personalhaushalt vorgesehenen Stellenzahl. Die Bundesregierung hat Bundeszuschüsse zur Verfügung gestellt. Von wegen „nationale Aufgabe in Gorleben". Außerdem wurde jetzt bekannt, daß die Preußenelektra den Bau eines Kernkraftwerks zur Versorgung der Wiederaufbereitungsanlage in Langendorf oder Alt Garge „in Erwägung zieht". Der Bau werde aber erst 1985, nach in Betriebnahme Gorleben, akut.

Keine Versetzung des Lehrer Rister!

b.Hamburg. Über 200 Schüler sowie Eltern und Lehrer zwangen am 25.1. den Oberschulrat Brüggemann zu Verhandlungen über das Vorhaben der Schulbehörde, den Lehrer Rister von der Schule Ohmoor strafzuversetzen, um die Auseinandersetzung um Noten und tägliche Schikane der Schulleitung zu unterdrücken. Da auch der Personalrat der Versetzung nicht zugestimmt hat, will die Behörde jetzt wohl in Schlichtungsverhandlungen eintreten. Während die Schüler bei der Behörde Druck gemacht haben, beschlossen über 20 Lehrer der Schule Ohmoor in der Pausenkonferenz, die Anweisung der Schulleitung, alle fehlenden Schüler einzutragen, nicht zu befolgen.

Lehrer gegen Verschärfung des Zensurendrucks

b.Stade. Nach Vorstellung des Schulrats Lippitz sollen die Rechtschreibzensuren in Buxtehude nach dem Ergebnis von 3 unbekannten Diktaten festgelegt werden. In den 3. Klassen mit 60 – 80 Wörtern, wobei fehlende i-Punkte und t-Striche als Fehler zu werten seien. Gegen diese Verschärfung des Notenterrors setzten die Lehrer durch, daß die Diktatzensuren nur zu 50% auf die Zeugnisse angerechnet werden. Die Lehrer der Grundschule sind einstimmig der Meinung, daß Klassenarbeiten nicht dazu dienen dürfen, die Schüler reinzulegen und auf die Sonderschule zu sortieren.

zu sortieren.

Keine Suspendierung des Lehrers Jürgen Dege

b.jüd. Am letzten Dienstag wurde dem Lehrer J. Dege mitgeteilt, daß er vom Dienst suspendiert werden soll, weil der Friede an der Schule gestört ist. Auf 78 Blättern haben Schulleiter und Elternratsvorsitzende Material zusammengestellt, wie der Lehrer „die Eltern und Schüler immer unterstützt hat" und „eine Gefahr für die seelische Gesundheit der Kinder darstellt". – Eltern und Schüler haben zwei Tage später entschlossene Schritte gegen die beabsichtigte Beurlaubung beschlossen, die zeigen sollen, daß sie die ständigen Mißachtungen ihrer Interessen durch die Staatsorgane nicht hinnehmen, und die Behörde unerwartet treffen sollen. – Gleichzeitig ist auch der Lehrer mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit getreten.

SPD-Schachtschnabel für Arbeitszeitverlängerung

b.Hamburg. Prof. Schachtschnabel, Vorsitzender der SPD-Arbeitsgruppe Selbständige, hat sich für den Vorschlag von Bundespräsident Scheel ausgesprochen, die Ladenöffnungszeiten zu verlängern. Er erklärte: „Bei uns gibt es so viele, die im Interesse der Berufstätigen nach Neuregelungen suchen." (Bild, Hamburg, 15.1.)

Wegenetzausbau für Besatzer

b.Lüneburg. Gegen die Kämpfe der Volksmassen im Bereich des Soltau-Lüneburg-Abkommens gegen die britischen Besatzungstruppen manövriert die Bourgeoisie mit dem Ausbau des Wegenetzes für die Besatzer. Am 15.11.78 erhielt der Oberkreisdirektor Harries die Bewilligung über 880000 DM Zuschuß der Bundesregierung für die 1,582 km lange Umgehung von Schwindeheck. Anfang Januar ist das Geld für die Panzerstraße Soderstorf genehmigt worden. Mit dem Bau der beiden Straßen soll noch 1979 begonnen werden. Allein 10 Mio. DM Bundes- und Landeszuschüsse sind 1977 und 78 dafür gezahlt worden. Für die Verwüstungen und Zerstörungen der Felder u.ä. sind Bund und Land 1978 zur Zahlung von 786202 DM gezwungen worden.

Berufsschüler bekämpfen die Verkürzung ihrer Ausbildungszeit durch Blockunterricht

b.uwz. Die Kapitalisten und in ihrem Kurssystem der Hamburger Senat sind sich einig, daß mittels Blockunterricht und Kurssystem an den Berufsschulen die Ausbildung von in der Regel 3 Jahren auf 2 Jahre oder 1 Jahr und wenige Monate gekürzt werden soll. 1969 forderte die Handelskammer eine weitere Ausdehnung des Blockunterrichts auf alle Berufsgruppen. Die Versicherungskapitalisten, die zusammen mit der Elektroindustrie bei der Einführung von Blockunterricht und Stufenausbildung Vorreiter waren, begründen in ihrem Zentralorgan Versicherungswirtschaft 11/72, warum sie für Blockunterricht sind: „1. Die Lehrlinge stehen außerhalb der Unterrichtsblöcke den Ausbildungsbetrieben täglich zur Verfügung und können 2. für ausbildungsgerechte Arbeiten vollverantwortlich eingesetzt werden, da sie täglich verfügbar sind."

Sie nutzen die billige Arbeitskraft der Lehrlinge, um die Löhne zu senken. Die berufsmäßigen Lügner der Schulbehörde, die behaupten, das Kurssystem sei eine neue Entdeckung, haben sie bereits 1970 selber gefordert: „Auch die Berufsschule soll ein differenziertes Kern- und Kursangebot haben, daß den unterschiedlichen Lernzielen und Eingangsvoraussetzungen Rechnung trägt. Weiterhin sollte überprüft werden, inwieweit im ersten Jahr der beruflichen Bildung systematische Lehrgänge für bestimmte Teilbereiche abgehalten werden, die mit einem Teilzertifikat abgeschlossen werden (z.B. Schweißtechnik, Drehen, Montage)." (Deutscher Bidlungsrat)

Ein oder zwei Blöcke Lehrgang, z.B. Schweißtechnik, Überreichung eines Teilzertifikats und dann ab in die Produktion. Das ist das Ziel der Kapitalisten. Überall führt der HH Senat Blockunterricht ein. 54% der Berufsschüler haben Block. Nach 3 mal 10 Wochen Blockunterricht werden die Jugendlichen von der Berufsschulpflicht „befreit" und freigegeben für die Ausbeutung im Betrieb. Laut Protokoll der Konferenz der Schulleiter aller berufsbildenden Schulen vom 23.2.77 gilt dafür folgendes Verfahren: „Antrag der Eltern auf Befreiung von der Berufsschulpflicht mit einer Bescheinigung des Arbeitgebers, daß der Schüler nur unter dieser Voraussetzung eine Stelle erhält. – Die Schule befürwortet den Antrag."

Zum neuen Schuljahr werden jetzt an der G 9 z.B. folgende Kurse eingeführt:

„Vergasen einfach – Vergasen speziell."

Die II. Gesamtschülerratskonferenz ruft zu einer Demonstration „Gegen die Verkürzung und Verschlechterung der Ausbildung und verschärfte Auslese: Weg mit dem Kurssystem und dem Zeugniserlaß" auf. Um die Durchführung dieser Demonstration gibt es Kampf. Soll man sie gegen die Absichten der Kapitalisten mit richtigen Forderungen organisieren, oder als „Marsch der unzufriedenen Schüler", wie Birgit von Randow, Bundesvorstandsmitglied der DKP, es fordert.

Die Forderung der DGB-Jugend, des OJA, der IGM und der streikenden Berufsschüler sind beschlossen und auf einer Veranstaltung am 19.2. im Gewerkschaftshaus wird beraten, wie man den Blockunterricht bekämpfen kann und bessere Bedingungen schafft für eine Ausbildung, in der Theorie und Praxis eng verbunden sind und alle wichtigen Grundlagen der Hauptzweige der Produktion vermittelt werden.

Energisch an der Demonstration festhalten und Aktionen zum Boykott der Kurse zu organisieren, das haben die Berufsschüler beschlossen.

Gärtner der Vier- und Marschlande fordern vollständige Schadensregulierung

b.thr. Sturm und Frost haben bei den Gärtner der Vier- und Marschenlande große Schäden angerichtet. Scheiben der Gewächshäuser zerbrachen, Blumen und Gemüse erfror. Am Montag, 22.1., protestierten 200 Gärtner auf einer Veranstaltung in Neuengamme wütend gegen die geplante Schadensregulierung durch die Hamburger Feuerkasse und griffen den Oberbaurat Freitag hart an

Bei dem Verkehrschaos war angeblich der „Sturm" das Entscheidende Bei den Gärtnern ist es Eis und Schnee. Das hat seinen einfachen Grund. Die Gärtner – meist Familienbetriebe – sind in der Hamburger Feuerkasse gegen Feuer und Sturm gesetzlich pflichtversichert. Gegen Eis und Schneeschäden können sie sich nicht versichern, da dies nur zusammen mit anderen in der Feuerkasse erfaßten Risiken angeboten wird und eine Doppelversicherung gesetzlich unzulässig ist. Also gingen die Schätzer der Feuerkasse hin und bezeichneten einen Großteil der Schäden als schnee- und eisbedingt. Die „Urteile zugunsten der Versicherten" – so der Feuerkassenvertreter – sahen folgendermaßen aus: Bei einem Betrieb in Neuengamme waren über

sahen folgendermaßen aus: Bei einem Betrieb in Neuengamme waren über

300 Scheiben zerbrochen. 101 Scheiben werden nicht als Sturmschäden anerkannt, da es sich um keine Dach- sondern um untere Seitenscheiben handele, also um „typischen Kältebruch".

Ebenso seien Scheiben durch vom Dach fallende Schneemassen zerbrochen. Der Gärtner demgegenüber: Alle Gartenbaubetriebe sind vom Frost betroffen, aber nur bei den windgeschützt gelegenen ist es zu Schäden gekommen. Von dem Dach kann nahezu nichts fallen, da der Schnee auf Grund der Beheizung sofort als Wasser abläuft. Wo die Schätzer um Sturmschäden nicht herumkommen, streichen sie die Schadenshöhe weitgehend zusammen. Bezahlt wird in voller Höhe nur eine vom Glaser ausgestellte Rechnung. Auf Grund der Masse der anfallenden Arbeit sind die Glaser bis April ausgebucht. In demselben Betrieb in Neuengamme ging der Gärtner sofort daran und reparierte den Schaden selbst, um ein Erfrieren der Pflanzen zu verhindern. Schäden an Pflanzen werden nur ersetzt, falls eine „Verderb-Schaden-Versicherung" abgeschlossen ist. Seine Arbeitsstunde wird ihm nur mit 12,50 DM angerechnet, während die Glaserstunde mindestens 50 DM kostet. Eine Glaserei hatte ihm einen Kostenvoranschlag von ca. 8000 DM gemacht. Seine reinen Glaskosten betrugen 1270 DM. Der Schätzer erkannte nur 1676 DM an, wovon 10% als Eigenbeteiligung verlangt werden.

Oberbaurat Freitag versuchte auf der Versammlung sich rauszuwinden.

„Legen Sie Widerspruch ein." Die Politiker müßten eingeschaltet werden, damit das Feuerkassengesetz geändert wird. Doch davon bekommt jetzt kein Gärtner sein Geld. Mit der geplanten Änderung des Gesetzes sollen die Gärtner vertröstet und erneut betrogen werden. Bereits am 29.12.78 hat die Kasse eine Mitteilung über geplante Prämienerhöhung verschickt. Dies sei trotz „lukrativer Anlage" und hoher Profite aus dem Versicherungsvermögen nicht zu umgehen. Sie werden die Prämien saftig erhöhen wollen, obwohl schon heute ein mittlerer Familienbetrieb mit 5000 m² Hochglasfläche ca. 1000 DM

5000 m² Hochglasfläche ca. 1000 DM

bezahlen muß. 48,5 Mill. hat die Feuerkasse 1977 aus Beiträgen und 7,5 Mill. an Zinsen und „ähnlichen Erträgen" eingenommen, wobei lediglich 31,4 Mill. für Versicherungsfälle und Schadensregulierung sowie 14,7 Mill. als Rückversicherungsbeiträge gezahlt wurden. Das Vermögen der Kasse beträgt 122 Mill. plus 70 Mill. Wertpapiere und Anteile. Die Gärtnereibetriebe sollen das Kapital für die „lukrativen Anlagen" vergrößern. Der Gärtner aus Neuengamme meinte: Trotz 15 Stunden Arbeit pro Tag werden viele den Winter nicht überstehen, da im März die Zwiebeln bezahlt werden müssen, jetzt kaum noch Blumen gekauft werden und weil zur Schröpfung durch die Feuerkasse noch die Öllieferfirmen kommen und jetzt, wo viel geheizt werden muß, täglich die Preise in die Höhe treiben. In zwei Wochen findet eine erneute Versammlung statt. Die Gärtner fordern unmißverständlich: Sofortige und vollständige Schadensregulierung durch die Feuerkasse!

Altstadtsanierung Lüneburg: Schikane und Ausplünderung durch die Stadtverwaltung

b.irs. „Damit die Vergangenheit auch in Zukunft sichtbar bleibt ...", so überschreibt die LZ am 17.1. den erneuten Angriff der Stadt auf die Altstadtbewohner. Die Handelskapitalisten wollen eine schnuckelige Altstadt mit Kunsthandwerks- und Schmuckläden, um ihre Profite mit dem Fremdenverkehr zu erhöhen. Die Bourgeoisie will die Arbeiter und Rentner zum Teil vertreiben und sich selber malerisch niederlassen in renovierten Häusern oder Appartementhäusern alten Stils, auf Pfählen gebaut, damit sie durch die Bodensenkung nicht einfallen, so wie das SPD-Haus.

1973 wurde die westliche Altstadt zum Sanierungsgebiet erklärt. 1974 la-

1973 wurde die westliche Altstadt
zum Sanierungsgebiet erklärt. 1974 la-

gen Pläne zur Sanierung vor mit Häuserabrissen und Bau verschiedener Fußgängerzonen zur Innenstadt. Mit diesen Plänen ist die Stadt am Kampf der Altstadtbewohner gescheitert. Es wohnen dort hauptsächlich Arbeiter und Rentner (24%). Die Wohnungen sind meist billig und schäbig. Aus dem Gewos-Gutachten von 1972 geht hervor, daß 56% der Wohnungen ohne WC, 61% ohne Bad/Dusche, 41% ohne ausreichenden Kälteschutz sind. Viele Häuser gehören Arbeitern, die sich die Häuser im Senkungsgebiet billig gekauft und mit gegenseitiger Hilfe renoviert haben.

Um die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen, hat der Stadtrat im Juli 1978 die „Örtliche Bauvorschrift über die Gestaltung der Altstadt Lüneburg" erlassen. Kleinlichste Schikane und Plünderung soll die kleinen Hausbesitzer zum Verkauf zwingen. Für 99 Häuser sind genaueste Bauvorschriften erlassen worden. Z.B. Neigung der Dächer, Farbe, Art und Material der Dachziegel, Größe der Dachfenster, Lage von Schornstein und Dachrinne usw.; sogar Farbe und Material der Markisen – alles ist genau vorgeschrieben. Stabile Thermopenfenster mit Stahlrahmen, die Wind und Regen abhalten, sind verboten. Wer sein Haus nicht vorgeschriebener Manier herrichtet und nicht nachweisen kann, daß die Renovierungskosten 70% von Neubaukosten ausmachen, dem werden die Handwerker auf Anordnung der Stadt ins Haus geschickt. Die Kosten hat der Hausbesitzer zu tragen, nebst einer Ordnungsstrafe. So steht es in den §§55 und 71 des Niedersächsischen Baugesetzes. Umfangreiche Spit-

in den §§55 und 71 des Niedersächsi-
schen Baugesetzes. Umfangreiche Spit-

zeleien der Stadt in den Häusern und Wohnungen der Altstadtbewohner werden dem vorausgehen. Zahlen kann die Modernisierungskosten nur, wer Kapital flüssig hat und einige Häuser besitzt. 15% der Kosten, insgesamt ca. 1,5 Mill. DM müssen die 99 Hausbesitzer aufbringen; 40%, rund 9,8 Mill. DM sollen durch die Mieten eingetrieben werden und 45%, nämlich 11 Mill. DM zahlen Stadt, Land und Bund. So steht es im §42 des Städtebauförderungsgesetzes. Rentner haben berichtet, daß nach den Baumaßnahmen ihre Miete von 160 DM auf 300 DM steigen soll. Insgesamt werden die Mieten danach in die Höhe schnellen und viele Mieter vertreiben, die wegen der niedrigen Miete in der Altstadt wohnen.

Diesen Plan werden sich die Altstadtbewohner nicht gefallen lassen. Das weiß die Stadt, weshalb sie ihn erst ein 3/4 Jahr nach Beschluß in der LZ verhandeln.

Die Kleinhändler werden durch die Monopole ruiniert

Die bürgerlichen Parteien wollen die ausländischen von den deutschen Kollegen spalten

b.led. Die CDU hat den Vorschlag gemacht, den Zuzugstop für ausländische Arbeiter nach Wilhelmsburg drastisch zu verschärfen; sie behauptet, die ausländischen Arbeiter seien die Ursache für den Ruin der Handwerker und kleinen Händler in Wilhelmsburg, weil dort den deutschen Läden ausländische Lebensmittelläden als Konkurrenten gegenübertreten. Die kleinen



Händler und Handwerker werden ruiniert durch die großen Lebensmittel-Warenhausketten und Supermärkte. In Hamburg ist die Zahl der Großraum-Selbstbedienungsläden von 1962:

40 Läden auf 477 Läden 1977 gestiegen. In Wilhelmsburg-West, wo 44 Händler einen Brief an Bürgermeister Klose geschrieben und protestiert haben gegen ihren drohenden Ruin, ist die Bevölkerung um 14000 Einwohner in der Zeit von 1961-1977 gesunken.

1974 betrug der durchschnittliche Jahresbruttolohn der Arbeiter in Wilhelmsburg-West 17864 DM und lag damit um 2164 DM unter dem Landesdurchschnitt. Alle bürgerlichen Parteien benutzen den Protest der Kleinhändler gegen ihren drohenden Untergang, um diese einfachen Tatsachen zu vertuschen und um die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu organisieren. In einer Empfehlung des Senats wird die Einschränkung der Freizügigkeit für ausländische Arbeiter festgelegt: Wohnungen öffentlicher Wohnungsunternehmen (in Wilhelmsburg 80% des



Baubestands) sollen nicht an Ausländer vermietet werden, ein Zuzugsstop gilt, schärfere Kontrollen sollen durchgeführt werden. Die CDU gibt Zunder für die Verschärfung der staatlichen Kontrolle und Unterdrückung. Für die Hausbesitzer sind die verrotteten Häuser in Wilhelmsburg Goldgruben. Die Arbeiter – deutsche wie ausländische – sind gezwungen, in diese Löcher einzuziehen, weil ihr Lohn so niedrig ist. Die Konzentration ausländischer Arbeiter in Wilhelmsburg West ist eine Folge der Lohnsenkung und die Plünderung durch hohe Wohnungsmieten. In Wilhelmsburg-West ist der Anteil der ausländischen Arbeiter 23% an der Wohnbevölkerung – in Hamburg 17%.

Mit der Hetze gegen die ausländischen Arbeiter sind die bürgerlichen Parteien nicht durchgekommen. Stattdessen werden sie angegriffen für die miserablen Wohnverhältnisse und die Verrottung des Schulwesens, das an den Wilhelmsburger Schulen, wo teilweise über 20% ausländische Kinder hingehen, besonders drastisch zutage tritt. Die Bourgeoisie hat schlechte Aussichten, mit ihrer Spaltung zur Durchsetzung der dauernden Lohnsenkungen gegen die ausländischen und deutschen Arbeiter durchzukommen – gemeinsam kämpft die Arbeiterklasse dagegen.

Zum 250. Geburtstag von Lessing jault die Bourgeoisie ihr Ständchen

b.ulh. Lessing lebte von 1729 – 1781 und war der erste, nicht im Sold eines Fürsten stehende Dichter. Heute feiert die Bourgeoisie lautstark sein Jubiläum. Alles, was Rang und Namen hat, ist angetreten, sein Geplärr – bestehend aus Lüge und Heuchelei – beizusteuern. Den Reigen eröffnet der Herr Bundespräsident. Er sprach am 19.1. in Wolfenbüttel, wo Lessing „als Bibliothekar der Ernst August Bibliothek wirkte“ (ZDF). Franz Mehring schreibt über dies „Wirken“: „Über zwanzig Jahre hatte er dem deutschen Jammer eine unabhängige Stellung abzuringen versucht, ehe er den stolzen Nacken unter ein fürstliches Joch beugte... Sein Leben in Wolfenbüttel war ein langsames Sterben, ein Todeskampf von elf Jahren; es ist jammervoll zu sehen, wie diese unverwüstliche Kraft vor dem Elend der deutschen Zustände allmählich zerrieben wird...“ (Mehring, die Lessinglegende, S. 311) Man muß sich nicht wundern, daß Scheel ausgerechnet in Wolfenbüttel sprach.

Folgendes hatte er loszuwerden: „Demokratiekritik, das ist Kritik an all den vielen Unzulänglichkeiten unseres Staates... Eine Kritik jedoch, die meint, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung als Witzwort lächerlich machen zu dürfen, kann sich auf Lessing, den Erzvater deutscher, der deutschen Kritik, nicht berufen.“ (KVZ Spezialnachrichtendienst Nr. 4, S. 9) Und W. Sabais, der im Hamburger Rathaus über Lessing sprechen durfte, entdeckt, ganz wie Scheel, Lessing als Vorkämpfer und Verteidiger der sozialliberal geführten Bundesrepublik Deutschland: „Denn zum Menschen, Bürger, Freund und Patrioten wollte Lessing sein Publikum im Theater bilden. Wir Bürger eines freien Staatswesens, wie Lessing es nur erträumen konnte, sind selbst verantwortlich...“ (Welt, 23.1.)

Klose fehlt in dem Reigen natürlich auch nicht. Er hat die etwas komplizierte Aufgabe, die unrühmliche Tradition der Hamburger Bourgeoisie in der Behandlung Lessings aufzufangen. Diese Tradition ist kurz gesagt so: – 1768 muß Lessing sein Nationaltheater in Hamburg schließen, weil die Hamburger Bourgeoisie kein Interesse an der Entwicklung eines antifeudalen Theaters hat. – Eine Feier zu Lessings Tod wollte der Hamburger Senat erst verbieten. Er mußte sich dann aber auf das Verbot der Berichterstattung über die Feier beschränken. Er beschloß, „daß davon keine Notiz zu nehmen“ sei. – 1881 errichtete die Bourgeoisie in Hamburg ein Lessing-Denkmal. Sie gedachte aus Lessing ideologisch Kapital zu schlagen. die Mehrheit des HH Senats war dagegen. – 1929 entschloß sich der HH Senat zur Stiftung eines Lessingpreises. Damit wurden die verkommensten Ideologen der herrschenden Klasse geehrt, von Faschisten bis zu „kritischen Theoretiker“, wie dem Herrenreiter Horkheimer und dem Propagandisten der Selbstentleibung Améry. Auf den Vorschlag Heinrich Sievekings, die HH Universität nach Lessing zu benennen, antwortete 1929 der Hamburger Anzeiger wahrheitsgemäß: „Das wäre wohl bei dem betont überseeischen Charakter unserer Universität ein Name am verkehrten Platz.“

Daß die Hamburger Bourgeoisie von der Unterdrückung Lessings zu reaktionärer Vereinnahme seiner Person übergegangen ist, will Klose als „historische Entwicklung des kritischen Geistes in der Kaufmannschaft“ deklarieren. Historische Entwicklung zu faulem, sterbendem Geist wäre treffender.

Klose gibt selber ein Beispiel: „Lessing wehrte sich gegen ... absolute ‚Wahrheiten‘ ... Weil er sah, daß der Anspruch, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein, oft nur Vorwand für selbstherrliche Machtausübung und Repression war – und ist.“

Lessing kämpfte gegen die „absolute Wahrheit“, daß der Feudaladel sich als gottgegeben erklärte. Er kämpfte aber ebenso für die „absolute Wahrheit“, daß der Feudalismus von der Bourgeoisie beseitigt werden mußte. Klose will Lessing einspannen, um seine eigene verkommene Ideologie des „nichts ist sicher“ zu propagieren, mit der die bürgerliche Klasse heute auf den wissenschaftlichen Sozialismus eindrischt, in der Hoffnung, damit die absolute Wahrheit, daß die Bourgeoisie von der Arbeiterklasse gestürzt wird, unterdrücken zu können.

Franz Mehring hat diese geistigen Verrenkungen der Bourgeoisie schon 1893 enthüllt: „Ein Revolutionsgenie sei Lessing, so schreibt Gervinius in den 30er Jahren. Und in den 60er Jahren schreibt Erich Schmidt: ‚kein Reformator, sondern ein Reformer, ein Liberaler...‘. Und sollte nach 30 Jahren der kapitalistische Gesellschaft noch auf ihren Füßen stehen, so wird der alsdann ‚aktuellste‘ Lessing-Forscher wohl erklären: kein Reformer, sondern ein Nichts-als-Freihändler!“

Die imperialistische Bourgeoiskanaille war sich nicht zu schade, dieses Urteil zu bestätigen.

Lessing nutzte die Polemik als Waffe gegen die feudale Reaktion



b.ulh. Mit dieser Zeichnung wollte die Hamburger Zeitung „Reform“ Lessing zu seinem 100. Todestag 1881 ehren. Heute findet es die Hamburger Kultusbürokratie zu seinem 250. Geburtstag angemessen, die Zeichnung wieder auszugraben. Wegen der „aktuellen Aussage“: „Lessing nicht nur als Geisteshelden zu sehen, sondern als einen der konsequentesten Verfechter kritischer Vernunft, Meinungsfreiheit und des rationalen Austragens von Konflikten und Kontroversen.“ Eher ‚im Sinne Lessings‘ ist es, den Kultusbürokraten darauf zu antworten: „Es ist erlaubt, Ihnen den Eimer faulen Wassers, in welchem Sie mich ersäufen wollen, tropfenweise auf den entblößten Scheitel fallen zu lassen.“ (Lessing, Anti-Goeze, Zweiter) So „rational“ trug Lessing seinen „Konflikt“ mit dem Hamburger Hauptpastor Goeze aus. „*Überschreien* können Sie mich alle acht Tage. Sie wissen wo. *Überschreiben* sollen Sie mich gewiß nicht“, prophezeite er dem reaktionären Pastor, der gegen die Kritik der Religion wetterte und nach der feudalen Staatsmacht zwecks Unterdrückung rief. Lessing erledigte den Hauptpastor, indem er jedes seiner Argumente als falsch und zudem noch dürftig mit den Mitteln der Polemik auseinanderpflückte. Er war unversöhnlich, was den Angriff auf die feudale Reaktion anbelangte. Um diesen Angriff wirksam führen zu können, brachte Lessing die Kunst der Polemik wieder zu neuem Leben.

So nachhaltig, daß auch mal ein deutscher Professor bei Lessing Schutz sucht, wenn er so vermessen ist, gegen den Dienstherren aufzubegehren. So der Prof. Lecke in der Verteidigung einer Examensarbeit, die von dem Oberschulrat Albrecht 1975 u.a. wegen ihres polemischen Stils von 2 auf 5 zensiert werden sollte. Der Professor schrieb: „Der Hauptpastor Goeze hat es verstanden, sich gleich mit zwei Skribenten anzulegen... – nämlich Goethe ... und Lessing ... Er wurde damit zum Gespött der Geistesgeschichte. Wenn Herr Albrecht Recht hätte – sollte man dem Hauptpastor am Ende Unrecht getan haben?“

In alles sich findend, zu nichts Großem fähig – so zeichnete Lessing die deutsche Bourgeoisie

b.rah. Um wieviel weniger noch als die deutsche Bourgeoisie des letzten Jahrhunderts sich die heutige imperialistische Bourgeoisie auf Lessing berufen kann, zeigt das als sein Meisterwerk betrachtete Trauerspiel „Emilia Galotti“. Lessing hat das Stück, gegründet auf seine Hamburger Erfahrungen, in Wolfenbüttel beendet, wo er in dem Treiben des Erbprinz Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, zu dessen Herzogtum der Ort Wolfenbüttel gehörte, noch direktes Anschauungsmaterial dafür fand, wogegen er „Emilia Galotti“ schrieb.

Der deutsche Feudaladel mit seinem Duodezfürstentum war so heruntergekommen, daß ihn selbst der Ausverkauf des Landes durch Menschenschacher wenig bedeutete, wenn es bloß Geld für die fürstlichen Ausschweifungen brachte. Dreimal hat der Herzog von Braunschweig die Bauernschaft verschachert: 1776 verkaufte er 4300 Mann an England für den Krieg mit den amerikanischen Kolonien, 1788 3000 Mann an die niederländischen Generalstaaten, 1795 wieder an England 1900 Mann. Für die 4300 Mann Infanterie kassierte er insgesamt über 5 Mill. Taler Reingewinn und zwar so:

Die Kruppel und Verwundeten befahl er in Amerika zurückzulassen, wodurch er dreifachen Profit herausschlug. Erst ließ er sich den gesunden Leib zahlen; sodann wurde er für ihre Verletzungen entschädigt und schließlich sparte er den Invalidensold. Dies war kennzeichnend für die deutsche Situation von der Karl Marx schrieb: „Das ganze Land war eine lebende Masse von Fäulnis und abstoßendem Verfall. ...Keine Bildung,..., keine freie Presse, kein Gemeingeist, nicht einmal ein ausgedehnter Handel mit anderen Ländern – nichts als Gemeinheit und Selbstsucht –, ein gemeiner, kriechender, elender Krämergeist durchdrang das ganze Volk. ...Die einzige Hoffnung auf Besserung wurde in der Literatur des Landes gesehen.“

Emilia Galotti stirbt durch die Hand ihres Vater Odoardo auf ihre flehentliche Bitte, sie zu morden. Emilia entschließt sich zum Tod, nachdem der örtliche Despot, Prinz von Guastalla, der sie haben wollte, ihren Bräutigam, Graf von Appiani, auf ihrer gemeinsamen Fahrt zum Altar meuchelmorden ließ. Sie selbst, wie es dem Plan des Prinzen entsprach, konnte sich auf sein Lustschloß Guastallo retten, wo sie sich als praktisch Gefangene seinen lüsternen Anträgen ausgesetzt sah. Der Prinz hatte sich gerade vorher seiner Geliebten, Gräfin Orsina, entledigt, um sich aus einer plötzlichen Eingebung heraus der Emilia zuzuwenden.

Diese aber hielt an der Verheiratung mit dem Appiani fest, der für das feudale Leben bloß Verachtung hatte.

Der Prinz ist der erste feudale Fürst, den ein deutscher Schriftsteller karikiert hat. Gleich die ersten Worte des ersten Aufzuges kennzeichnen ihn:

„Klagen, nichts als Klagen! Bittschriften, nichts als Bittschriften! Die traurigen Geschäfte! Und man beneidet uns noch!“ In jeder Scheu vor ernster Arbeit spielt er sich als Opfer einer erdrückenden Arbeitslast auf. Das einzige Schriftstück, das er durch Gewährung erledigt, verdankt diesen Vorzug dem Umstand, daß die Bittstellerin zufällig Emilia heißt. Und diese einzige Gewährung nimmt er dann auch genauso grundlos wieder zurück. Alles ist bei ihm Stimmung und Laune. So zeichnet Lessing den Prinzen an einer anderen Stelle im Gespräch mit einem seiner Räte, Camillo Rota.

DER PRINZ: Was ist sonst? Etwas zu Unterschreiben?
CAMILLO ROTE: Ein Todesurteil wäre zu unterschreiben.
DER PRINZ: Recht gern. – Nur her! Geschwind
CAMILLO ROTA *stutzig und den Prinz starr ansehend*: Ein Todesurteil – sagt ich.
DER PRINZ: Ich höre ja wohl. – Es könnte schon längst geschehen sein. Ich bin eilig.
CAMILLO ROTA *seine Schriften nachsehend*: Nun habe ich es doch wohl nicht mitgenommen! – Verzeihen Sie, gnädiger Herr. – Es kann Anstand haben damit bis morgen.
DER PRINZ: Auch das! – Packen Sie nur zusammen: ich muß fort ...

Der gesamte Feudaladel wird in den Dreck gezogen, ohne jedoch, wie in „Nathan der Weise“, die Werte der Bourgeoisie zu propagieren. Der Sturz des Feudaladels wird verlangt. „In ‚Emilia Galotti‘ gipfelt gewissermaßen das bürgerliche Klassenbewußtsein, soweit es im Deutschland des vorigen Jahrhunderts überhaupt erwachte“, schrieb Franz Mehring. Die Größe Lessings zeigt sich bei der Behandlung dieser Frage darin, daß er schon ahnt, daß die deutsche Bourgeoisie unfähig sein würde, ihre Revolution durchzuführen. Emilia Galotti läßt Lessing durch ihre Mutter Claudia kennzeichnen: „Sie ist die Furchtsamste und Entschlossenste ihre Geschlechts. Ihrer ersten Eindrücke nie mächtig, aber nach der geringsten Überlegung in alles sich findend, auf alles gefaßt.“ Es gab für sie nicht nur die Möglichkeit des Todes. Die Alternative war, den lüsternen und schmarotzenden Despoten zu erdolchen. Doch Odoarda und Emilia entscheiden sich anders. Odoardo: „Nicht verächtlicher als ein brausender Jünglingskopf mit grauen Haaren. ... Und deine Sache – mein Sohn! Mein Sohn! – Deine Sache wird ein ganz anderer zu seiner machen! Genug für mich, wenn dein Mörder die Frucht seines Verbrechens nicht genießt. – Dies martere ihn mehr als das Verbrechen! ...“ Zu nichts Großem fähig, opportunistisch und rachsüchtig im Charakter; dies war Lessings Beschreibung der Bourgeoisie. Wie recht er hatte.

Aluminiumkapitalisten: profitträchtige 80er Jahre

b.güt. Westdeutschlands Aluminiumkapitalisten ziehen Bilanz des Jahres 1978. Um 2,6% haben sie die Produktion von Hüttenaluminium gesteigert und ihre Lager um gut ein Fünftel abgebaut. Die Aluminiumhütten haben ihre Kapazitäten voll ausgenutzt. Dennoch haben sie nicht den Profit eingestrichen, den sie sich erhofft hatten. Mit 40 Mio hatte die VAW in diesem Jahr gerechnet, obwohl in NRW die Stromkosten um 50% gestiegen sind. Die US-Imperialisten haben ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die Dollarabwertung hat den westdeutschen Aluminiumkapitalisten die erhofften Anteile auf dem Weltmarkt zunicht gemacht und sie gezwungen, unter Pries zu verkaufen. Für 1980 rechnen sie mit einer Verknappung des Aluminiums auf dem Weltmarkt, einem Anstieg der Preise und der Chance, auf dem US-Binnenmarkt größere Einbrüche zu erzielen, um ihren Export weiter zu steigern. Für die profitträchtige Expansion auf dem Weltmarkt graben sich die westdeutschen Alu-Kapitalisten die Startlöcher. – In Westdeutschland werden veraltete Produktionsanlagen stillgelegt oder modernisiert. Das INN-Werk wird vollständig auf computergesteuerte Produktion umgestellt. „Trotz erheblicher Steigerung der Produktion ist die Beschäftigtenzahl um 1,8% zurückgegangen“, kommentiert R.-Escherich, Vorstand der VAW, den Weg zu erneutem Höchstprofit, und „ich würde es begrüßen, wenn wir diesen Weg weitergehen könnten.“

sen Weg weitergehen könnten.“

– Steigerung der Ausbeutung durch Modernisierung der Produktion ist das eine Standbein der Expansion. Im Hamburger Aluminiumwerk liegt die Produktion bei 141t/pro Beschäftigten. Das Werk ist computergesteuert. In VAW Stade bei 91t/Beschäftigten. Auf das Hamburger Niveau in der Ausbeutung will VAW möglichst in allen Werken kommen. In Stade werden bereits modernisierte Öfen ausprobiert. Lohndrückerei ist der zweite Fuß, auf dem die Aluminiumkapitalisten stehen bei ihren Expansionsplänen. Die VAW Geschäftsführung hat bereits angekündigt, daß sie verschiedene außertarifliche Lohnbestandteile streichen will, nachdem sie bereits im letzten Jahr die Treueprämie gestrichen hat.

BP auf Expansionskurs

b.uwh. „Bei BP droht Schließung“, „2000 Arbeitsplätze sind bedroht“. (Mopo) Als erstes wollen die BP Kapitalisten angeblich das Harburger Werk schließen, 400 Mio. DM Verlust hätte die BP in den letzten 3 Jahren gemacht, lügt die Bild. Wie diese Verlustrechnung aufgehen soll, bleibt im Dunkel. Am 12.1. jedenfalls gibt sich BP Chef Buddenberg zufrieden: „16,3 Mio Tonne mehr Absatz und 54 Mio. Gewinn 1978.“ Grund dafür seien die Dollarschwäche und Rationalisierungen.

Im September 78 hat BP mit VEBA (Hauptaktionär ist der Staat) einen Vertrag unterzeichnet, wonach Gelsenberg in den BP-Konzern einverleibt werden soll. Pläne und Verarbeitungskapazitäten seien bereits fix und fertig.“ Der Kaufpreis für Gelsenberg macht nicht die geringsten Schwierigkeiten.“ (Buddenberg in der Welt, 12.1.) Das Bundeskartellamt habe aber die Fusion verboten. Der Kaufpreis soll wohl noch ein bißchen angeheizt werden. Die Schließungsdrohung aber ist eine Kampfansage an die BP-Belegschaft. Ende Januar beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten in der Ölbranche. Die sollen unter Druck gesetzt werden. Sowieso hat die BP die Mittel für die Expansion. („Einstieg in den Gas- und Kohlemarkt“, Buddenberg), brutal aus den Arbeitern herausgepreßt.

Nach einem Index des statistischen Jahrbuchs ist die Produktivität je Arbeitsstunde in der Ölindustrie allein von 1971 bis 76 von 102,6 auf 115,8 gestiegen. Die Lohnsumme haben die Kapitalisten im gleichen Zeitraum von 503 Mio auf 492 Mio gedrückt. Der Expansionskurs soll auf alle Fälle beibehalten werden. 1,6 Mrd. DM hat der Vorstand bereits für den Einstieg ins Gasgeschäft bis 1980 lockergemacht. Kampf um ausreichenden Lohn kann ihm dabei nur ungelegen kommen. Deshalb auch seine Drohungen. Die BP-Kapitalisten wissen. daß sie sehr empfindlich sind, was Arbeitskämpfe angeht. Die Konkurrenz ist ungeheuer scharf. Allein 1976 und 77 sind 57 Firmen der Branche den Konkurrenten zum Opfer gefallen. Eigentlich eine Lage, die für den Lohnkampf gerade richtig ist.

„Holocaust“: Propagierung der „Schutzbedürftigkeit“ anderer Nationen

z.alb. Bundeskanzler Schmidt hat es in seiner Regierungserklärung, Bundespräsident Scheel in seiner Sylvesterrede nicht zum Spaß angekündigt – die „Aufarbeitung der Vergangenheit durch das deutsche Volk“ wird vorwärtsgetrieben. Mit Dokumentarfilmen, Lebensberichten, Romanen, Fernsehserien, mit begleitenden Kursen an den Volkshochschulen und Materialheften für den Schulunterricht kommt die Bourgeoisie scheinbar dem großen Interesse entgegen, Licht in das Dunkel des Nazi-Faschismus zu bringen, diesen Teil der Geschichte erkennen und begreifen zu lernen, die Antwort auf die Frage zu finden: Was war der Faschismus. Der amerikanische Fernsehschinken „Holocaust“ ist das jüngste Ergebnis dieser Bemühungen.

Es ist die schwülstig erzählte Geschichte zweier erfundener Kleinbourgeois-Familien in den Jahren 1935 bis 1945 – der jüdischen Arztfamilie Weiß und der arischen Juristenfamilie Dorf. Heinrich Dorf, ehemals Patient von Weiß, glücklichst verheiratet, zwei Kinder, steigt zum persönlichen Sekretär Heydrichs in der SS auf, trifft auf den kunstvoll verschlungenen Schicksalswegen immer wieder auf ein Mitglied der Familie Weiß, hält sich aber hart an Befehl und Karriere, bis er von den freiheitsliebenden, demokratischen und amerikanischen Besatzern des Landes gefaßt und verhört wird; er kann sich vergiften. Josef Weiß, ebenfalls glücklichst verheiratet, drei Kinder, kommt in den Gaskammern des Hitlerfaschismus um wie alle Familienmitglieder bis auf den jüngsten Sohn Rudi, der, schon von Geburt her anders, verbissener als die anderen, sich nach der Flucht aus Berlin einer zionistischen Partisanengruppe in Rußland anschließt.

Was ist Faschismus? Der Film gibt die Antwort: die Zerstörung jüdischer Familienidylle und die Bewahrung der „arischen“ – symbolisiert im Bechsteinflügel der Familie Weiß, auf dem Mutter und Tochter zum Abschied vierhändig „Ich weiß nicht was soll es bedeuten“ spielen, während sich nebenan die Großeltern vergiften, und der Flügel Jahre später bei der SS-Familie Dorf wieder auftaucht zur innigen Stille-Nacht-Heilige-Nacht-Feier. Außerdem soll Faschismus die Erschießung und Vergasung Hunderttausender willen- und wehrloser, zum Widerstand nicht fähiger Juden („Wir Juden sind nicht zum Kämpfen geboren“) durch die Arier sein, die durch die Lust am Bösen getrieben werden („Wenn die Menschen nichts zu tun haben, quälen sie die Juden“) und nach Macht heischen, die Uniformen entspringt.

Macht heischen, die Uniformen entspringt.

Eine scharfe Anklage gegen den Faschismus hat die Bourgeoispresse diesem Film bescheinigt. Mit der Gleichsetzung von Faschismus und Judenverfolgung, Judenvernichtung – und nichts mehr – ist er das Gegenteil. In der Hülle der Kritik am Nationalsozialismus greift er dessen Rassenideologie nur auf, um sie anzuwenden – zur Propagierung des Zionismus, des Rechts der jüdischen Rasse auf „Heimat“, „Raum“ – im „gelobten Land“, Palästina.

In „Holocaust“ gibt es nicht zufällig keine Arbeiter, keine Fabriken, keine Produktion, kein Kapital. Unter dem „Rassenkampf“ werden die tatsächlichen Verbrechen der imperialistischen deutschen Bourgeoisie verharmlost und die Triebkräfte der faschistischen Diktatur verdeckt: die Unterwerfung der Arbeiterklasse, des Volkes unter die extremsten Bedingungen der Ausbeutung, um den Profit zu schaffen für die imperialistische Expansion, für den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt. Der Widerstand gegen die faschistische Diktatur, in dem sich deutsche Arbeiter – „Juden“ und „Arier“ – zusammengeschlossen haben, außerhalb und in den KZs, die Kämpfe der Partisanen in den besetzten Gebieten, die entscheidende Kraft für den Sieg über den Faschismus – die Rote Armee – alles das wird unter der Ideologie des Rassengegensatzes begraben bei Beleidigung und Verhöhnung der Massen.

Der Film endet mit der „Mahnung“ des Heinrich-Dorf-Onkels Kurt: „Wir sind alle mitschuldig“. Das ist das extra für die deutsche Fassung fabrizierte Ende. Das Buch, die amerikanische Fassung geben einen anderen Ausblick am Schluß: Rudi Weiß, der einzige Überlebende der Familie, erhält den Auftrag, 40 jüdische Waisenkinder aus dem KZ Theresienstadt durch die englische Blockade ins „Gelobte Land“ zu bringen. Es ist der logische Schluß, das eigentliche Leitmotiv und Interesse des Films. Er propagiert die moralische Verpflichtung der „Herrenrasse“, diesem geschlagenen Volk die „jüdische Heimat“ zu erhalten, „das Land, in dem wir nicht verfolgt, nicht geschlagen, nicht unterdrückt werden“ – wie Rudis Freundin Helena es im Film ausdrückt.

Die bis zum Ekel dargestellte und wiederholte Hilflosigkeit der Filmjuden, ihre Schicksalsergebenheit, ihre Abneigung zu kämpfen, propagiert die tiefinnerste Friedfertigkeit des zionistischen Staates Israel – und gleichzeitig die Notwendigkeit, dieses schwache Volk durch Waffenlieferungen und alle erdenkliche Stärkung seiner Kraft vor Angriffen durch die arabischen Länder zu schützen. Aufrechterhaltung des Staates Israel als Bollwerk der Imperialisten, vor allem der US-Imperialisten, gegen die arabischen Staaten, ideologische Vorbereitung weiterer israelischer Aggression mit Unterstützung des US-Imperialismus – das ist der aktuelle Zweck von „Holocaust“.

Die Ideologie der Schutzbedürftigkeit der geschlagenen „jüdischen Rasse“ paßt sich nahtlos in die Menschenrechtskampagne Carterscher Prägung, mit der sich der US-Imperialismus das Recht auf unbegrenzte Einmischung in die Angelegenheiten der Völker sichern Recht auf unbegrenzte Einmischung in die Angelegenheiten der Völker sichern will.

Das Ausland verfolge mit Interesse, wie „Holocaust“ von den Deutschen aufgenommen wird, kann man überall lesen. Verständlich. Die Imperialisten verfolgen mit Spannung, ob es gelingt, die Erfahrungen der westdeutschen Arbeiterklasse mit dem Faschismus mittels dieser Art „Vergangenheitsbewältigung“ umzubiegen und Chauvinismus unter der Ideologie der „Schutzbedürftigkeit“ anderer Nationen zu verankern. Die Zeit dafür drängt, denn der Kampf der Imperialisten um die Weltherrschaft entwickelt sich heftiger, explosiv.

„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form, durch die offene terroristische Diktatur.“
(Dimitroff, VII. Weltkongreß der Komm. Internationale 1935)

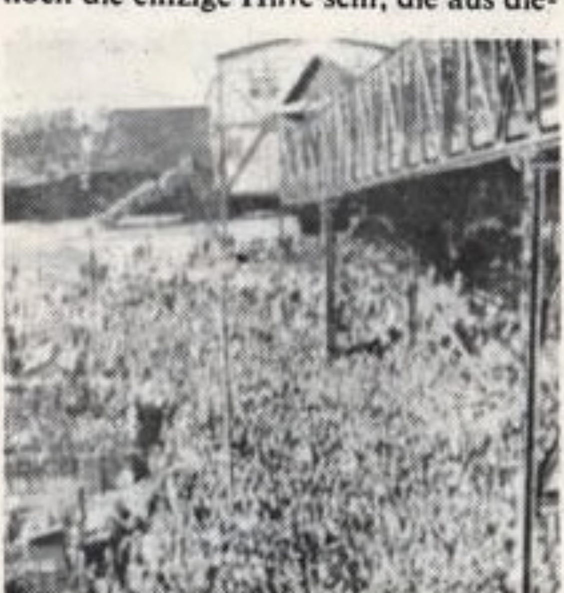
Der Plan Hugo Stinnes', Monopolkapitalist und Gründer des Stinnes-Konzerns, von 1922 (State Department Documents)

„Deutschland befindet sich in seiner augenblicklichen unhaltbaren Lage hauptsächlich aus zwei Gründen:

(1) Es erzeugt nicht genug, teilweise weil der Betrag der geleisteten Arbeit im allgemeinen ungenügend ist...
Sie (die Arbeiter) werden Überstunden machen, ohne besonderen Lohnzuschlag für Überstunden; d.h. einfach als eine Verlängerung des Achtstundentages... Es wird hier angenommen, daß wenigstens die Arbeit von 2 Überstunden für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren gefordert werden muß...
a) Für die Dauer von wenigstens fünf Jahren soll jeder Streik in jedem industriellen Unternehmen, das für die nationale Wirtschaft lebensnotwendig ist, verboten und als strafbare Handlung betrachtet werden.“

Diskussionsbeiträge auf der a.o. Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie am 12.12.1929 (Auszüge)

„Mit Halbheiten ist uns aber nicht mehr gedient... Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen..., dann wird gar nichts anderes übrigbleiben, als... sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben... Ich stehe durchaus nicht isoliert da, wenn ich sage: Ein Ermächtigungsgesetz kann vielleicht nur die einzige Hilfe sein, die aus diesem Elend herausführt.“ (Wittke, Vorsitzender des Verbandes Sächsischer Industrieller)



Streikversammlung der Kohlegrubenarbeiter in Leuna 1920.

Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie an die Wirtschaftsgruppe vom 4.7.1940 über die Vorbereitungen für die „Neuordnung Europas“ (Auszüge)

„1. Die Industrieanalyse kann zunächst auf folgende Länder beschränkt werden: Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich.

2. Es ist noch einmal ausdrücklich festgestellt worden, daß die Grundlage für die Arbeiten der Wirtschaftsgruppen die Berichte über die industriellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern bilden müssen. Genauso notwendig ist aber eine scharfe Herausstellung der Interessenswünsche der Industrie.

4. Soweit es im Augenblick noch nicht möglich ist, die vorgebrachten Wünsche ganz konkret zu äußern und zu begründen, genügt es, daß uns die Wünsche zunächst als Voranmeldungen unterbreitet werden, und wir sie als solche dem Reichswirtschaftsministerium übermitteln.“

„Sie haben Europa in ein Völkergefängnis verwandelt. Und das nennen sie die ‚Neuordnung Europas‘ ... Ihre Namen sind Zehntausenden von gequälten Menschen bekannt. Diese Henker sollen wissen, daß sie der Verantwortung für ihre Verbrechen nicht entgehen und der strafenden Hand der Völker nicht entrinnen werden.“
(Stalin)

Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen KZ-Häftlings Dr. Herzog über die Lage der Häftlinge bei IG Farben (Nürnberger Pohl-Prozeß 1946/47)

„... Ich habe viele Ansprachen mit bekannter Ingenieure und Leiter der IG an Häftlinge gehört, bei denen ausdrücklich gesagt wurde, daß man an Menschen, die nicht voll arbeiten können oder wollen, kein Interesse habe.

5. Eines Tages im Winter 1942/43, als der Lagerstand von Buna (Monowitz) etwa 3000 bis 3500 Häftlinge war..., ließ (Hauptsturmführer Schwarz) alle Häftlinge, die nur irgendwie nicht ganz so kräftig erschienen, heraustreten lassen... Damals wurden etwa 1000 bis 2000 Häftlinge ausgewählt und kamen sofort in die Gaskammern...

11. Die Methode der IG Farben, nur voll Arbeitsfähige in Buna zu belassen, hat weitaus mehr Todesopfer gekostet als die individuellen Morde in anderen KZs.“

Straße um Straße wird Stalingrad durch die sowjetische Rote Armee befreit.

„RESOLUTION!

Die unterzeichneten Vertreter der Kommunistischen Parteien Buchenwalds haben in ihrer Sitzung vomn 19. April 1945 zur Lage und der geleisteten politischen Arbeit Stellung genommen und erklären folgendes:

1. Die internationale Zusammenarbeit und Solidarität aller kommunistischen Sektionen unter Führung der deutschen Genossen war eine der wesentlichsten Voraussetzungen im Kampf um unsere Befreiung. Die brüderliche Zusammenarbeit in allen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen, die gemeinsame Linie unserer Agitation und Propaganda, hat zur siegreichen Beendigung unseres Kampfes geführt.

2. Die politische Generallinie des 7. Weltkongresses war für alle Sektionen der Leitfaden ihrer antifaschistischen



Massenarbeit und Massenmobilisierung. Im Lager und seinen Außenkommandos wurde der unerbittliche Kampf gegen den SS-Terror geführt. In der Rüstungsindustrie die Sabotage organisiert, um die militärische Niederlage Hitlerdeutschlands zu beschleunigen. Die Massen der Kameraden wurden zu einer festen antifaschistischen Einheit zusammengeschweißt.

3. Der Kampf um die Lagerführung hatte unter Ausschaltung der kriminellen und faschistischen Elemente der Besetzung der entscheidenden Lager- und Verwaltungsorgane durch die Antifaschisten aller Länder zur Folge. Der Erfolg dieses Kampfes war von entscheidender Bedeutung für die Durchsetzung unserer politischen Generallinie.

Buchenwald, den 19. April 1945“



(Aus: „Stärker als die Wölfe“ von G. Kühn, W. Weber, Berlin 1978)

... dem deutschen Volk den ihm gebührenden ... Wir verlangen, was wir brauchen – je mehr Ein

„... dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern...“
(Hitler, Mein Kampf, S. 739)

„Wir verlangen, was wir brauchen – je mehr Einwanderer, desto mehr Land.“ *(Theodor Herzl)*

Balfour-Declaration, 1917:

„Lieber Lord Rothschild,
Ich habe die große Freude, Ihnen im Auftrag der Regierung Seiner Majestät die folgenden Sympathieerklärungen für die jüdisch-zionistischen Bestrebungen zu übermitteln, die dem Kabinett vorgelegt und von ihm gebilligt wurden.
‚Die Regierung Seiner Majestät betrachtet die Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina mit Wohlwollen und wird keine Mühe scheuen, die Erreichung dieses Zieles zu fördern...‘
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung der zionistischen Föderation zur Kenntnis bringen wollten.
Der Ihrige (gez.)
A.W. James Balfour“

(Rothschild war der führende britische Bankier; Balfour britischer Außenminister)

„Den Privatbesitz der angewiesenen Ländereien müssen wir sachte expropiieren.
b. Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber *in unserem eigenen Land* jederlei Arbeit verweigern...
. Ziehen wir in eine Gegend, wo es für die Juden ungewöhnlich wilde Tiere gibt – große Schlangen usw. – so benütze ich die Eingeborenen, bevor ich sie in den Durchzugsländern beschäftige, dazu, diese Tiere auszurotten...“
Theodor Herzl)

Verteilung des Bodenbesitzes 1947
(in Prozent)

Subdistrikt	Araber u.a.	Juden
Safad	68	18
Acre	87	3
Tiberias	51	38
Beisan	44	34
Nazareth	52	28
Haifa	42	35
Jenin	84	weniger als 1
Nablus	76	weniger als 1
Tulkarm	78	17
Ramallah	99	weniger als 1
Jerusalem	84	2
Hebron	96	weniger als 1
Jaffa	47	39
Ramleh	77	14
Gaza	75	4
Beersheba	94	weniger als 1

Quelle: Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972

Registrierte palästinensische Flüchtlinge

Jahr	Zahl registr. Flüchtl.
Juni 1953	916761
Juni 1955	969389
Juni 1957	1019201
Juni 1959	1087628
Juni 1961	1151024
Juni 1963	1210889
Juni 1965	1280823
Juni 1967	1346086
Juni 1970	1425219

Quelle: Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt 1972

Mit ihren Terrorakten vertrieben die Zionisten die Palästinenser aus ihrer Heimat. Beispiel: Am 9.4.1948 ermordete die zionistische Terrororganisation Irgun über 200 arabische Bewohner des Dorfes Deir Yasin.

Auszug aus der Politischen Erklärung des 13. Palästinensischen Nationalrates, 12.-21. März 1977

„... Der palästinensische Nationalrat beschließt die Forcierung des arabischen Kampfes und der Solidarität auf der Grundlage des Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus für die Befreiung aller besetzten arabischen Gebiete und auf der Grundlage der Verpflichtung zur Unterstützung der palästinensischen Revolution in ihrem Kampf für die Rückgewinnung der nationalen unveräußerlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes – ohne Versöhnung und Anerkennung.“



Die palästinensischen Volksmassen kämpfen seit dem Bestehen Israels gegen die Besatzer